

anteiligen Landesmittel voraussichtlich 15,6 Millionen Schilling für 65.000 Tonnen eingelagerten Mais aufgebracht werden. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, daß die Auszahlungen fristgerecht möglich sind. Ein Antrag über die Beteiligung des Landes zur Gewährung von Frachtkostenzuschüssen für die Verfrachtung von Futtermais in die anderen Bundesländer befindet sich derzeit noch beim Landesfinanzreferenten zur Vorentscheidung.

Drittens: Bezüglich degressiver Preisausgleichszahlungen: Unabhängig vom Ausgang der Finanzausgleichsverhandlungen sind die Länder bereit, für die degressiven Preisausgleichszahlungen nach Anforderung in Raten als Akontozahlung im Rahmen der finanziellen Leistungen Österreichs im Zuge der EU-Mitgliedschaft den Betrag von 654 Millionen Schilling zu leisten. Der Steiermark-Anteil für diese Akontozahlung beträgt 110 Millionen Schilling und ist in der Regierungssitzung vom 23. Jänner 1995 ein Antrag vorgelegt und zur Beratung zurückgestellt worden. Bisher liegen Richtlinien für degressive Übergangshilfen für Milch und Mastschweine vor. Für weitere Sparten ist die Richtlinienbearbeitung vor dem Abschluß.

Viertens: In bezug auf benachteiligte Gebiete - Ausgleichszulagen sowie Investitionsförderung: Laut Beschluß der Kommission vom 17. Jänner 1995 war es möglich, in der Steiermark 87,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, bei einem Österreich-Durchschnitt von 69,4 Prozent, als benachteiligtes Gebiet zu klassifizieren. Diese Abgrenzung ist die Basis für die Gewährung der EU-Ausgleichszulagen und ermöglicht eine Besserstellung in der Förderhöhe im Rahmen der landwirtschaftlichen Investitionsförderung. Ergänzend ist noch auf die nationale Ausgleichsmöglichkeit, betreffend die Systemunterschiede zwischen österreichischer Bergbauernförderung und dem EU-System, hinzuweisen.

Fünftens: Nächster Bereich, Jungbauernförderung und Sonderinvestitionsprogramm im Schweine- und Geflügelbereich: Die Jungbauernförderung wird über die Investitionsrichtlinie 1995 wesentlich verbessert werden. Auch sind die ersten technischen Fördergrundlagen für das Sonderinvestitionsprogramm im Geflügel- und Schweinebereich bereits vorliegend.

Sechstens: Der nächste Bereich, landwirtschaftliches Umweltprogramm mit dem herrlichen Namen ÖPUL: Das Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft wird derzeit mit der Kommission verhandelt. Die vorbereitenden Schritte zur Antragstellung werden derzeit getroffen. Nach der Genehmigung des Programms wird unmittelbar mit der Umsetzung begonnen werden.

Siebentes: Nächster Bereich. 5b-Programm Steiermark: Nach dem informellen Abschluß ist das beantragte 5b-Gebiet in der Steiermark zur Gänze seitens der Kommission als 5b-Gebietskulisse vorgesehen. Nach offizieller Bestätigung sind die entsprechenden Programme unmittelbar der Kommission zur Genehmigung vorzulegen und kann vermutlich noch im Jahr 1995 mit dem Start der Programmabwicklung begonnen werden.

Achtens: Der nächste Bereich, Kostenentlastung: Neben der Förderung der Landwirtschaft im Rahmen

der EU-Förderungsprogramme ist es möglich, auf nationaler Ebene Kostenentlastungsprogramme durchzuführen, wobei folgende Maßnahmen von besonderer Wichtigkeit sind: Die Weinsteuern wurden auf Null gestellt; die Hagelversicherungsprämie wird zu 50 Prozent von öffentlichen Zuschüssen verbilligt; für die Aufzucht junger Rinder ist eine einmalige Prämie vorgesehen, die anlässlich der erstmaligen Versteigerung beziehungsweise anlässlich von Zuchtverbänden organisierter Ab-Hof-Verkäufe fällig wird. Ein diesbezüglicher Regierungsbeschluß über die Kostentragung von 12,5 Millionen Schilling im Jahr 1995 liegt vor. Betreffend die Übernahme von Verwaltungskosten und Milchleistungskontrollkosten durch den Bund liegt ein Entschließungsantrag im Nationalrat zur Behandlung vor. Zur weiteren Kostenentlastung, betreffend die Transportkosten für Milch, wurde in der Regierungssitzung am 23. Jänner 1995 ein Grundsatzantrag eingebracht.

Neuntens: Im Landesvoranschlag 1995 ist im Voranschlag ein EU-Förderprogramm mit einer Gesamtdotierung von rund 660 Millionen Schilling vorhanden. Die voraussichtlichen Gesamtkosten sind erst nach Abschluß der Finanzausgleichsverhandlungen und der voraussichtlichen Programmausnutzung noch im Jahre 1995 endgültig abschätzbar. Es wird jedoch gerechnet, daß diese wesentlich über dem veranschlagten Betrag liegen werden, so daß entsprechende Nachbedeckungen erforderlich sein werden.

Das ist meine Stellungnahme zum ersten Antrag, und ich möchte damit gleich zur dringlichen Anfrage der Abgeordneten Peinhaupt, Dipl.-Ing. Vesko, Weilharter, Schinnerl, Mag. Bleckmann, Mag. Rader, Dipl.-Ing. Chibidzirua und Köhldorfer kommen und diese wie folgt beantworten: Grundsätzlich möchte ich vorweg folgendes feststellen: Die Landwirtschaft hat den EU-Beitritt immer aus umfassender Sicht gesehen und in den Gesamtkontext der volkswirtschaftlichen Entwicklung gestellt. Die Entscheidung für den Weg in die Europäische Union war aber immer auch durch gewichtige landwirtschaftliche Gründe, Perspektiven und Zukunftserwartungen getragen. Ich halte es für notwendig, diese Entscheidungsfragen nochmals kurz in Erinnerung zu rufen: Die österreichische Landwirtschaft stand vor der Situation, daß der Agrarhandel mit der EU im zunehmenden Maße zu Lasten Österreichs ging. Während die agrarischen Ausfuhren in die EU von 1972 auf 1992 von 3,5 auf 8,4 Milliarden Schilling stiegen, stieg im gleichen Zeitraum der Import von 4 Milliarden auf 21,1 Milliarden Schilling. Diese Zahlen belegen, daß die Handelsbarrieren zwischen Österreich und der EU zu einer Benachteiligung des kleineren Partners führen und letztlich ein starkes Argument für eine Liberalisierung des agrarischen Handels darstellten.

Österreichs Landwirtschaft mußte sich entscheiden, ob sie im zunehmend härter werdenden Welthandel als gleichberechtigter Partner in der EU agieren will oder auf sich allein gestellt auf Drittmärkten gegen die EU, die Konkurrenz aus Übersee und die neuen Anbieter aus den Reformstaaten Ost- und Mitteleuropas antreten will.

Diese Entscheidung bei der Volksabstimmung wurde letztlich ganz wesentlich von den Verpflichtungen der GATT-Uruguay-Runde bestimmt, die

Österreich ab Mitte 1995 zu erfüllen hat. Die GATT-Verpflichtungen sehen eine massive Erweiterung des Marktzutrittes für ausländische Erzeugnisse in Österreich vor. Statt dieses Reduktionskurses für die österreichische Landwirtschaft haben sich die österreichischen Bauern mehrheitlich für den schwierigen Weg in die EU entschieden, der aber für sie bessere Zukunftsoptionen im Grunde offenhält. Wir können in manchen Bereichen das Produktionsniveau steigern. Wir haben innerhalb der Europäischen Union gleiche Wettbewerbschancen wie unsere Mitbewerber, wir müssen nicht länger die Diskriminierung der EU als Außenstehende erleiden, und wir haben im Gegensatz zum GATT-Szenario vor allem die EU als Partner bei der Finanzierung von Ausgleichszahlungen. Und jetzt zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage eins: Die Umsetzung der EU-Marktordnung ist eine Bundesaufgabe. Für die Abwicklung der EU-Marktordnung wurde auf Bundesebene die Agrarmarkt Austria eingerichtet. Zur Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften sind bisher 21 Verordnungen erlassen worden, die beispielsweise Interventionsregelungen enthalten oder etwa Preisberichterstattung auslösen. Für die Umsetzung der EU-Marktordnung und zur Bewältigung des Überganges wurde eine intensive Informations- und Beratungstätigkeit von seiten der Landesregierung angeboten. So etwa für die Flächen- und Tierbestandserfassung als Voraussetzung zur Auszahlung der Marktordnungsprämien oder die Erhebung der Direktvermarktungsmengen als Voraussetzung für die Zuteilung der Direktvermarktungsquoten bei Milch. Die von der EU vorgeschriebene Kontrolle der Prämien und Direktzahlungen an die Bauern wird über ein integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (INVEKOS) erfolgen. Bei den degressiven Ausgleichszahlungen, die für vier Jahre mit der EU vereinbart wurden, wird fristgerecht mit der Auszahlung begonnen werden. Die Lagerabwertung für Mais wird in Form von Flächenprämien – 5000 Schilling pro Hektar, wie bereits durch eine direkte Information über das Fernsehen bekannt – in den nächsten Wochen – ab Ende Jänner – ausbezahlt. Der degressive Ausgleich steht für Getreide, Mais und Flächenstillegungen, für Eiweißpflanzen, Hopfen, Stärkekartoffel, Schweine, Geflügel, Obst und Gemüse sowie Milch zur Verfügung.

Wie bereits in der vorigen Anfragebeantwortung ausgeführt, habe ich dafür Sorge getragen, daß der Anteil des Landes Steiermark für die Lagerabwertung und die degressiven Ausgleichszahlungen rechtzeitig zur Verfügung gestellt wird.

Zur zweiten Frage: Hier liegt offensichtlich eine Verwechslung von betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Grundsätzen vor. Es ist richtig, daß sich jeder Betriebsführer bemühen wird, so zu produzieren, daß er seine Kosten deckt. Es ist aber in keinem marktwirtschaftlich organisierten Land möglich, daß der Staat, in diesem Fall die Landesregierung, Maßnahmen setzt, die sicherstellen, daß jeder Betrieb seine Kosten decken kann. Marktabsprachen zwischen Wirtschaftspartnern zu Lasten der Konsumenten sind grundsätzlich nicht zulässig. Die Preise am Markt gestalten sich durch die Aktivitäten der Wirtschaftspartner und sind so zu gestalten, daß die Wettbewerbsnachteile ausgeglichen werden. Aus diesem

Grund habe ich einen Transportkostenzuschuß für Milch beantragt, da auf Grund der ungünstigen geographischen Verhältnisse der Steiermark in unserem Land die Transportkosten höher sind als im Vergleich zu anderen Regionen Europas.

Zur dritten Frage: Diese Frage geht offensichtlich von der falschen Annahme aus, daß die Bestandesobergrenzen in Österreich freigegeben wurden. In Österreich gibt es weiterhin Bestandesobergrenzen. Sie wurden jedoch gegenüber der bisherigen Regelung um 150 Prozent angehoben, um auf diese Weise mehr Spielraum für Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben zu schaffen.

Ich gehe davon aus, daß diese Maßnahme unter den herrschenden Bedingungen nicht zu einer Zunahme des Verdrängungswettbewerbes in der heimischen Landwirtschaft führen werden. Die entscheidende Zunahme des Wettbewerbes ist auch auf die Öffnung der Grenzen gegenüber den nördlichen EU-Ländern zurückzuführen, die es möglich macht, daß auch aus diesen Ländern Schweine und Schweinefleisch zu sehr niedrigen Preisen angeboten werden. Die Erfahrungen der letzten Wochen zeigen jedoch, daß dank der hohen Qualität der steirischen Schweineproduktion diese Billigimportware am Markt nicht gut ankommt und es daher möglich wurde, die Schweinepreise in den letzten zehn Tagen wieder wesentlich anzuheben. Auf der anderen Seite soll die Anhebung der Bestandesobergrenzen die Möglichkeit schaffen, daß jene Betriebe, die weiter im Hauptberuf und ohne sonstige landwirtschaftliche Einnahmen die Schweineproduktion betreiben wollen, Entwicklungsmöglichkeiten haben und damit die produktionstechnische Voraussetzung der Steiermark geschaffen wird, die künftigen Absatzaussichten in Italien, die jetzt schrittweise aufzubauen sind, entsprechend zu nutzen.

Zur vierten Frage: Diese Frage geht teilweise auf die Fragestellung drei ein und bezieht sich auf die Anzahl der Vollerwerbsbetriebe, die in der Steiermark notwendig sein werden, um die Versorgung zu sichern.

Wie uns die Erfahrung in der Vergangenheit zeigt, steht die gesamte Wirtschaft, auch die Landwirtschaft, unter dem Druck ständiger Veränderungen und solche Veränderungen vor allem auch durchzuführen. Diese Veränderungen sind die Folge des technischen Fortschrittes, der von Wissenschaft, Forschung und Industrie ständig neue Impulse bekommt. Es ist derzeit nicht abzusehen, daß dieser technische Fortschritt abrupt stehen bleibt. Aus diesem Grund ist derzeit auch nicht abzusehen, daß der Strukturwandel plötzlich aufhört.

Ich glaube, wir müssen ehrlich genug sein zu sagen, daß bei anhaltendem technischem Fortschritt und damit verbunden bei anhaltendem Strukturwandel es auch zu einer laufenden Veränderung in der Zahl der Betriebe und in der Zahl der Vollerwerbsbetriebe kommen wird. Daher gehe ich davon aus, daß die Zahl der Vollerwerbsbetriebe so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft weiter abnehmen wird. Gleichzeitig dürfte die Zahl der Zuerwerbsbetriebe zunehmen. Dieser Prozeß wird nach meiner Meinung so lange anhalten, solange unsere Gesellschaft weiterhin nicht aufhört, nichterneuerbare Rohstoffe zu Billigpreisen zu verschleudern und damit den wirtschaftlichen Druck auf die Urproduktion aufrechterhält. Es

ist jedoch unter diesen Umständen nicht möglich, eine exakte Zahl dafür zu nennen, wie viele Betriebe in der Steiermark notwendig sein werden, um eine ausreichende Produktion sicherzustellen.

Zur fünften Frage: Der Agrarreferent der Landesregierung, das betrifft vor allem die arbeitsmarktpolitischen Fragen, ist nicht in erster Linie für die Arbeitsmarktpolitik zuständig. Ich muß bei dieser Gelegenheit auf die bereits erfolgreich durchgeführten Verhandlungen mit der EU verweisen, die die Festlegung der Strukturfördergebiete Ziel 2 und 5 b für die Steiermark zur Folge hatten. Gerade im Rahmen der 5b-Strukturförderpläne wird die Frage des Strukturwandels eine besondere Berücksichtigung finden. Es ist Aufgabe der gesamten Wirtschaftspolitik, für die entsprechende Infrastruktur in den Regionen zu sorgen, da der Strukturwandel eine allgemeine Erscheinung der Wirtschaft ist. Folge des Strukturwandels in der Landwirtschaft ist, daß mehr Landwirte einen Zu- und Nebenerwerb brauchen. Wir haben immer auf die Bedeutung einer intakten ländlichen Region besonderen Wert gelegt. Das kann die Landwirtschaft aber nur gemeinsam mit der Wirtschaft, mit dem Fremdenverkehr und auch mit Innovationen im agrarischen Bereich – ich nenne hier die Direktvermarktung bis hin zur Bioenergie – erreichen, bis hin zu den Umweltmaßnahmen, die vielfach, wenn wir an die Kompostentwicklung denken, über die Landwirtschaft umgesetzt wird.

Zur Frage sechs: Bei der Budgeterstellung für den Voranschlag 1995 wurde der Weg gegangen, daß für die zu erwartenden EU-Förderprogramme und Ausgleichszahlungen zunächst ein Betrag von 660 Millionen Schilling veranschlagt ist, wovon ein allgemeiner Deckungskredit von 500 Millionen Schilling vorgesehen ist. Diese Vorgangsweise ermöglicht, flexibel auf die tatsächlichen Erfordernisse bei den einzelnen Förderungsmaßnahmen zu reagieren. Zum Beispiel war es möglich, die Landesmittelanteile für die Maisperrlageraktion beziehungsweise die Akontozahlung für die Lagerabwertungsmaßnahmen kurzfristig in vollem Umfang – wie bereits vorher gesagt – bereitzustellen. Das tatsächliche Finanzierungserfordernis wird im Zuge des Abschlusses der derzeit laufenden Finanzausgleichsverhandlungen feststehen. Es wird, den bisherigen Berechnungen folgend, erwartet, daß Nachbedeckungen erforderlich sein werden.

Zur siebenten Frage: Der Finanzschlüssel zwischen Bund und Land ist zum heutigen Tag noch nicht ausverhandelt. Diese Verhandlungen bilden einen Bestandteil der umfangreichen Finanzausgleichsgespräche, die auch zum Beispiel die Krankenanstaltenfinanzierung und die Aufteilung der allgemeinen EU-Beitrittszahlungen zum Gegenstand haben. Am 26., also übermorgen, ist also die nächste Verhandlungsrunde mit dem Finanzreferenten wieder im Gange.

Zur Frage acht: In dieser Frage ist zunächst die Verschuldung der heimischen Landwirtschaft angesprochen. Dazu möchte ich ausführen, daß die „Grünen Berichte“ der letzten Jahre deutlich aufzeigen, daß die Verschuldung der österreichischen Landwirtschaft kaum gestiegen ist und im internationalen Vergleich wesentlich geringer ist als in den meisten europäischen Ländern.

Von dem Gesichtspunkt der Eigenkapitalsausstattung gesehen ist daher die heimische Landwirtschaft in einer günstigeren Position als viele bäuerliche Betriebe im Ausland beziehungsweise als Mitbewerber in den EU-Ländern. Mit dem neuen Steiermärkischen Grundverkehrsgesetz 1994 ist sichergestellt, daß ein Abverkauf von landwirtschaftlichem Grund- und Boden durch die Auflage der Selbstbewirtschaftung nicht stattfinden wird können. Allfällige freiwerdende Flächen würden den bäuerlichen aufstockungsfähigen Betrieben zur Verfügung stehen. Vom Grundverkehrsreferat beziehungsweise dem Landwirtschaftlichen Grundauffang-Fonds für das Land Steiermark konnte bisher im Jänner 1995 keine Zunahme von Grundstücksgeschäften registriert werden.

Aus Ihrer Frage geht nicht klar hervor, warum ein Erlösminus von 4 Milliarden Schilling zu einem Einkommensminus von 7,2 Milliarden führen soll. Dies wäre nur dann der Fall, wenn die Ausgaben für Betriebsmittel in diesem Jahr zusätzlich um 3,2 Milliarden höher wären als im Vorjahr. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Vielmehr werden die Kosten vor allem durch politische Maßnahmen in diesem Jahr für die Betriebe geringer sein als im letzten Jahr. Es ist allerdings richtig, daß ein Erlösminus von knapp 4 Milliarden im laufenden Jahr zu erwarten ist, das letztlich nur durch entsprechende Direktzahlungen von knapp 4 Milliarden Schilling ausgeglichen werden kann.

Wenn der Landtag und das Parlament jene Ausgleichsmaßnahmen finanziell abdecken, die der Landwirtschaft im Solidarvertrag zugesagt wurden, so würde jedenfalls für die steirische Landwirtschaft in Summe ein Ausgleich der zu erwartenden Umsatzrückgänge geboten werden können. Es ist daher wichtig, daß die politischen Beschlüsse möglichst rasch gefaßt werden, um die Unsicherheit innerhalb der Bauernschaft zu verringern.

Zur neunten Frage: Die möchte ich vor allem so beantworten, wie ich das auch persönlich empfinde. Die Erreichung der Ziele des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes setzt die Zusammenarbeit zwischen dem Steiermärkischen Landtag und der Landesregierung voraus. Ich gehe davon aus, daß sowohl die Steiermärkische Landesregierung als auch der Steiermärkische Landtag sich der Verantwortung für die steirischen Bauern bewußt sind. Ich werde jedenfalls meinen Beitrag zu dieser Aufgabe nach dem Steirischen Landwirtschaftsförderungsgesetz leisten. (Beifall bei der ÖVP. – 16.32 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr!

Da die dringliche Anfrage der FPÖ-Abgeordneten nur von acht Abgeordneten unterzeichnet ist, kann die beantragte Wechselrede nur über Beschluß des Landtages erfolgen. Ich lasse daher über den Antrag auf Durchführung einer Wechselrede abstimmen. Die Damen und Herren, die dem Antrag auf Durchführung einer Wechselrede zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu den beiden dringlichen Anfragen der ÖVP- und FPÖ-Abgeordneten und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der

Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt. Ich bitte Sie, daß Sie sich an die maximale Redezeit von 20 Minuten halten, damit der jeweilige Vorsitzende Sie nicht unterbrechen muß.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grillitsch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Grillitsch** (16.35 Uhr): Sehr geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das Jahr 1994 war für die österreichische Wirtschaft und vor allem für die österreichische Landwirtschaft eines der turbulentesten der letzten Jahrzehnte, und die große Herausforderung, EU ja oder nein, hat uns eigentlich das ganze Jahr hindurch bewegt. Und wir haben schon im Frühjahr des vorigen Jahres genauso wie auch im Zuge der Budgetdebatte die Situation in der Wirtschaft und auch in der Landwirtschaft hier im Hause diskutiert. Und es wurde vor allem im Frühjahr sehr klar auch gesagt, welche Sorgen die Landwirtschaft in dieser Frage hat, und erst mit Bereinigung dieser Sorgen, mit dem dann verhandelten Paket ist eigentlich die Zustimmung erfolgt und eine gewisse Beruhigung auch eingetreten. Und ich weiß, und Sie wissen es auch, daß die Verhandlungen in Brüssel nicht leicht waren, daß dort die Koalitionsregierung endlich auch den volkswirtschaftlichen Wert der Land- und Forstwirtschaft erkannt hat und daß nach mehreren Unterbrechungen unter ganz starker Mitwirkung der gesamten Bundesregierung, vor allem auch des Landwirtschaftsministers und unseres Landeshauptmannes Dr. Krainer als dem Ländervertreter, es dann doch möglich war, das Paket abzuverhandeln und eine Zustimmung zu erreichen. Das Volk hat mit Ja entschieden am 12. Juni. Und es wurde heute schon angedeutet, daß von einigen die Bemerkungen gemacht wurde, daß nach dem 12. Juni gewisse Fehler gemacht wurden und damals schon eine Unsicherheit erzeugt wurde. Und ich kann das von meiner Sicht nur bestätigen und möchte auch sagen, daß ich in den Verhandlungen oder vielen Gesprächen vor dem 12. Juni als absoluter EU-Befürworter in die Überzeugung bei bäuerlichen Kollegen gegangen bin und dort manchmal auch den Spruch „Verantwortungslosigkeit“ ausgesprochen habe, wenn einer vehement dagegetreten ist und nicht in der Lage war, eine andere Alternative zu nennen, die es meiner Meinung nach gibt, und sich auch gar nicht bewußt war, was der Herr Landesrat in seiner Anfragebeantwortung heute schon ausgeführt hat, die Entwicklung in Osteuropa und auch die weltweite Entwicklung mit dem GATT-Abkommen, das der österreichischen Landwirtschaft bis zum Jahr 2000 auch eine Einkommensminderung von über 6 Milliarden Schilling gebracht hätte. In diesem Bewußtsein wurde diskutiert. (Abg. Weilharter: „Falsch informiert!“) Und es hat die Regierung – das kann natürlich ein Kollege wie Weilharter sagen – falsch informiert. Ich habe deshalb gesagt, ich bin mit Überzeugung in die Diskussion gegangen, und du hast bis heute noch keine Überzeugung. Entweder verstehst du die Dinge nicht, oder willst sie nicht verstehen.

Und ich möchte eingangs auch sagen (Abg. Weilharter: „Falsche Informationen!“), wenn ich gesagt habe, eine der größten Herausforderungen der letzten

Jahrzehnte, dann müßte es jedem Österreicher klar sein, der politische Verantwortung vertritt, und politische Verantwortung sehe ich so, für die Menschen dieses Landes das Beste für die Zukunft zu vertreten, und das, glaube ich, hat man in dieser Frage, das Beste für die Zukunft zu vertreten, neben der Begleitersicherung Sicherheit, und da kann es heute keine Diskussion mehr geben, es ist abgestimmt, die Verantwortung ist auszutragen. Und wir haben alle heute gemeinsam als Politiker die Verantwortung auf uns zu nehmen, die versprochenen Dinge zu erfüllen und das zu halten, was auch versprochen wurde.

Und leider, und jetzt fahre ich fort, wo ich aufgehört habe, sind nach dem 12. Juni Fehler passiert. Die vergangene Regierung war nicht in der Lage, den Vertrag sofort ins Parlament zu bringen und zu ratifizieren. Dadurch sind auch die notwendigen Verhandlungen bis zum 1. Jänner, was Lagerabwertung und andere Dinge sind, verschleppt worden. Und es hat damals schon die Unsicherheit begonnen. Und sie hat sich auch bemerkbar gemacht am Markt, beim Vieh und letztlich ganz deutlich bei der Milch ab 1. Jänner dieses Jahres.

Leider nicht mehr Muhrer, sondern Fischler. (Abg. Weilharter: „Richtig, leider!“) Gut, aber Staatssekretär bei der „Abhauserpartie“ im Jahr 1986 – nehmt das bitte auch zur Kenntnis! (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Vorsicht, ihr seid auch am unteren Ende angelangt!“)

Die große Verunsicherung wurde auch vom Markt wahrgenommen und hat sich im Preis ausgewirkt. Beim Fleisch schon den ganzen Herbst und bei der Milch ab 1. Jänner. Und es trifft 16.000 steirische Milchbauern, meine Damen und Herren, wo Sie rechnen müssen etwa die drei-, vierfachen Arbeitskräfte je nach Betriebslage, in der Regel überall der Elternteil und ein oder zwei Jugendteile. Und der Milchpreis in der EU ist wesentlich höher als in unserem Lande. Er bewegt sich in Bayern bei 9,20 Schilling bis 11,30 Schilling, in Südtirol bei 10,89 Schilling, und in Österreich glauben die Ketten, sie müssen die Milch als Lockmittel verwenden und die Milch mit 7,90 Schilling verkaufen.

Ich danke der ÖVP-Fraktion der Landesregierung, daß sie hier zu Hilfe geeilt ist mit dem Vorstoß des Transportkostenzuschusses. In Südtirol ist das selbstverständlich schon Jahre hindurch. Und gerade wir haben die große Verpflichtung, unseren entlegenen Bergregionen in der Transportfrage behilflich zu sein. Und wir haben es auch auf uns genommen in der politischen Verantwortung, daß wir auch die Genossenschaften fordern und daß wir uns auch bemühen, in den Gesprächen mit dem Handel zu einem Ergebnis zu kommen, was schon sehr nahe ist. Und die Erzeugerpreise sind mehr als um ein Drittel abgestürzt. Mit dem hat niemand gerechnet, meine Damen und Herren. Und umso richtiger und umso wertvoller ist jetzt auch diese Hilfestellung. Und ich bitte Sie darum, alle Fraktionen, daß Sie den Wert der Bauernschaft erkennen und daß nicht, gleich wie im Herbst mit der EU-Frage, ein politisches Spiel betrieben wird, sondern daß Sie in dieser Frage – Transportkostenzuschuß – den volkswirtschaftlichen Wert der Land- und Forstwirtschaft in Ihr Leitbild setzen und daß hier in einer gemeinsamen Entscheidung den steirischen Bauern auch geholfen werden kann. (Präsident: „Ent-

schuldigung, Herr Abgeordneter, die Zeit ist nicht abgelaufen, aber die Zeit der Damen und Herren, die sich im Zuschauerraum unterhalten wollen, ohne das Thema hier zu behandeln, die ist eigentlich abgelaufen. Ich bitte Sie, wenn Sie andere Themen behandeln wollen, das woanders zu tun! Wenn Sie hier aber der Verhandlung und der Wechselrede folgen wollen, dann bitte ich Sie, das mit entsprechender Aufmerksamkeit zu tun! Ich danke Ihnen! Bitte, Herr Abgeordneter, fahre fort!")

Danke! Und wenn wir in Österreich einen Erzeugerpreis von 3,80 bis 4 Schilling haben, in anderen Ländern, wie in Bayern, von 4,40 bis 4,70 Schilling, in Südtirol 5,60 Schilling und mehr, dann werden Sie Verständnis haben, daß das nicht kostendeckend sein kann, vor allem bei der Qualität, die wir erzeugen. Und die österreichische Qualität wird vom Konsumenten anerkannt. Und die österreichische Agrarpolitik hat sich auch in den letzten Jahren immer schon bemüht, gemeinsam mit den Konsumenten die Produktion vorzunehmen, und wir haben schon im Vorjahr ein gutes Zeugnis bekommen in der ersten Phase der Übernahme, na, wie die Importe schon möglich waren, wo die ausländische Qualität aus den Regalen verschwinden mußte und die österreichische Milchqualität in die Regale kam. Das haben die Konsumenten erwirkt, und ich erwarte mir auch in dieser Frage, daß auch diesmal es so sein wird nach einer gewissen Zeit.

Ich war an diesem Wochenende in Ried im Innkreis und habe dort einen Bekannten, der in einem großen Markt tätig ist und der dort Milchprodukte verkauft. Und er sagte mir erfreulicherweise, daß in den Anfangsmonaten in seinem Markt etwa acht Paletten umgesetzt wurden von der deutschen Müller-Milch, daß aber in den wenigen Wochen jetzt wöchentlich nur mehr eine Palette umgesetzt wird. Das ist die Bestätigung für die österreichische Qualität.

Meine Damen und Herren, der Transportkostenzuschuß ist schon deshalb gerechtfertigt, weil wir ganz andere Produktionsmöglichkeiten haben als die Deutschen. Die Deutschen haben es hier einfacher. Dort gibt es eine pro Betriebsleistung im großen Durchschnitt von 90.000 Kilogramm, und bei uns beträgt sie 20.000 Kilogramm. Und wenn Sie die Streuung der Berggebiete kennen, dann können Sie Ihre Partei nur ersuchen, bitte ja.

Und man soll aufhören mit den gegenseitigen Beschuldigungen. Ich höre immer wieder in den letzten Tagen, daß die Hauptverantwortung den Genossenschaften zugespielt wird. Sicher tragen sie eine große Verantwortung, und auch ich habe manche Vorgangsweise in den letzten Wochen der Genossenschaftsverantwortlichen besprochen und den Leuten auch die entsprechende Kritik gesagt. Aber in letzter Entscheidung sind sie Wirtschaftsbetriebe, die auch gesund bleiben wollen, sind sie einer Strukturänderung unterlegen und nehmen Einsparungen vor, wo es nur möglich ist. Vergessen Sie in Ihrer Kritik der Genossenschaften nicht, daß sie auch 3000 Arbeiter damit kritisieren, die in den steirischen Molkerei- und Lagerhausgenossenschaften arbeiten.

Meine Damen und Herren, die österreichische Landwirtschaft hat sich eigentlich immer um einen Fortschritt bemüht, und gerade die letzten Jahre seit 1986 waren sehr fortschrittlich. Wären sie nicht so fort-

schriftlich gewesen, dann hätten wir auch nicht diese großen Probleme vor der EU-Abstimmung schon gehabt, weil gerade am Milchsektor mit unseren Marktordnungseinrichtungen und mit unseren Regulierungen haben wir zumindest dort ein Preisbild erzeugt, das in der letzten Phase besser war als das der EU. Der durchschnittliche Auszahlungspreis vor dem 1. Jänner ist bei 6,40 Schilling gelegen, na, und liegt jetzt, wenn nichts passieren würde, mit dem degressiven Ausgleich bei 4,82 Schilling. Und wenn es uns gelingen wird, mit dem Transportzuschuß kämen wir auf 5,20 Schilling, was dann für die Bauernschaft auch verkraftbar wäre.

Und wir haben auch in der ökologischen Frage eine Vorreiterrolle für ganz Europa übernommen, und diese ökologische Frage wird auch in der zukünftigen Entwicklung der EU eine große Rolle spielen. Ich bin überzeugt, daß wir mit unserem Fleiß der Jugend, unserem Fleiß der Bauern und wenig politischer Unsicherheit die Probleme schneller lösen werden, wie wir eigentlich in der jetzigen Phase momentan glauben. Dazu ist es notwendig, daß auch die Politik ihre Spielregeln ändert, daß nicht parteipolitische Gesinnung Vorrang hat, sondern daß der Mensch und der Betroffene in jeder wirtschaftlichen Hinsicht in der Entscheidung den Vorrang haben, so wie wir es von der Österreichischen Volkspartei - (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Sie müssen noch viel lernen!“) so wie wir es von der Österreichischen Volkspartei in den vergangenen Jahrzehnten und vor allem in den schwierigen Jahren auch im Verstaatlichtenbereich immer wiederum gezeigt haben und unsere Solidarität mit allen anderen Berufsgruppen bekundet haben. Miesmacherei, meine Damen und Herren, in dieser Frage ist nicht angebracht und ist wirklich verantwortungslos. Für die Zukunft haben wir richtig entschieden. Für die österreichische Wirtschaft haben wir richtig entschieden, auch für die Sicherheit haben wir richtig entschieden. Und wenn wir eine soziale Weiterentwicklung wollen, dann müssen die Kennzahlen der Wirtschaft in Ordnung sein, und dazu gehört auch die Landwirtschaft, und derjenige, der glaubt, heute ein Land ohne Bauern noch als glückliches Land anzusehen, der ist unter ferner liefen einzureihen. Wir haben die Zeiten schon mitgemacht, und lesen Sie bitte die Zeitungen, und lesen Sie bitte auch den Bericht, wie es den Schweizern geht, die sich um die EU nicht bemüht haben, die jetzt ihre große Sorge auch gerade in diesen Fragen haben.

Ich fordere Sie auf, eine Politik für alle Menschen dieses Landes zu machen, in höchster Verantwortung, im Vordergrund den Menschen zu sehen, und nicht Ihre Partei! Und ich bitte Sie, daß Sie für die Bauern des Landes gemeinsam mit unserem Vorschlag gehen, im Sinne unserer Jugend und auch im Sinne unserer Heimat! (Beifall bei der ÖVP. - 16.53 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Kaufmann** (16.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Aufforderung vom Herrn Kollegen Grillitsch, die Zeitungen zu lesen, bin ich nachgekommen, ver-

mehrt in den letzten Tagen und Wochen. Und bei einer oberflächlichen Betrachtung der Meldungen in den letzten Tagen und Wochen, da kommt man zur Meinung, daß es sich beim Kampf um den Milchpreis um einen parteipolitisch internen Familienstreit zwischen ÖVP-Bauernbundvertreterinnen und hochrangigen ÖVP-Genossenschaftsfunktionären handelt. Als Insider weiß man natürlich, daß es mehr ist, nämlich es ist die Demaskierung der Schizophrenie des heimischen Agrarsystems. Als Insider weiß man, daß es bei dem Streit eigentlich darum geht, zwischen dem gewählten Bauernvertreter – und ich nenne hier einen Namen – Herbert Kühberger und dem von den Bauern in die höchsten Managementfunktionen entsandten Milchbauern Herbert Kühberger. Oder um ein anderes personalisiertes Beispiel zu bringen: Zwischen dem steirischen Agrarlandesrat Erich Pörtl, der vor nicht ganz einem Jahr beim Sparbudget auf Geld für die Bauern verzichtet hat, und zwischen dem ÖVP-Bauernbundobmann Erich Pörtl, der jetzt mehr Geld für die Bauern fordert (Beifall bei der SPÖ.) und der jetzt Kampfmaßnahmen gegen das Regierungsmitglied Erich Pörtl androht. Oder, aller guten Dinge sind drei, als drittes Beispiel: Landwirtschaftskammerpräsident Gerhard Wlodkowsky, der als Bauernvertreter die hohen AMA-Beiträge kritisiert, kämpft wahrscheinlich innerlich und intensiv gegen den AMA-Aufsichtsratsvorsitzenden Gerhard Wlodkowsky, der sehr viel Bauerngeld braucht, um den Bürokratenapparat der AMA zu erhalten. Und diese Beispiele lassen sich auf regionaler Bauernbund- und Genossenschaftsfunktionärebene entsprechend der Anzahl der noch vorhandenen Genossenschaftsbetriebe beliebig fortsetzen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die streiten alle?“) Die streiten mit sich selbst, ja! Indem sie nämlich Bauernvertreter und zugleich Genossenschaftsvertreter sind. Tatsache ist, daß die Bauern seit 1. Jänner 1995 einen Milchpreis bekommen, der nicht mehr vom Finanzminister, nicht mehr von den Sozialpartnern, sondern einzig und allein von Bauernbundfunktionären selbst nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft für ihre bäuerlichen Berufskollegen gemacht wird. Und nochmals, meine Damen und Herren, Bauernbundfunktionäre machen den Milchpreis für Bauern, und das ist die Tatsache.

Wie oft wir kritisiert haben, daß ein Genossenschaftsvertreter nicht zugleich Bauernvertreter sein kann, das brauche ich hier gar nicht zu erwähnen. Wie oft wir geschimpft worden sind wegen dieser Kritik, wir wurden genossenschaftsfeindlich genannt, und wir wissen aber, daß zwei Herzen in einer Brust schlagen müßten, um die Genossenschaften und zugleich die Bauern zu vertreten. Es gibt einfach verschiedene Interessen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „So ein großes Herz müßte man haben!“) Es gibt Expertenberechnungen, um wieviel die Erzeugerpreise nach einem EU-Beitritt fallen werden. Und nach diesen Berechnungen hat man in Brüssel verhandelt. Daß die degressiven Ausgleichszahlungen zu niedrig ausgehandelt wurden, das wissen wir jetzt. Der Verantwortliche dafür, der ehemalige ÖVP-Landwirtschaftsminister, sagt uns jetzt als EU-Agrarkommissar aus Brüssel, was alles in der Vorbereitungszeit falsch gemacht wurde. Und ich finde das grotesk. Bei seiner engen Zusammenarbeit mit den Genossenschaften hat er genau gewußt, was auf die Bauern zukommt. Näm-

lich daß die Genossenschaften, die mit Bauerngeld EU-reif gemacht wurden, plötzlich zum Gegner der Bauern werden. Und auch den Genossenschaftsvertretern ist dies nicht in der Silvesternacht eingefallen, die wußten das schon lange vorher, und auch sie haben geschwiegen. Ein Herr Kühberger, um wieder diesen Namen zu nennen, der oberster Chef der Agrosserta und zugleich Landesammerrat, also Bauernvertreter, ist, ist mit dem Kopf bei den Betriebszahlen seiner Agrosserta, den Berechnungen, mit denen die Kammer die Bauern für den EU-Beitritt gewinnen wollte, dabei gegessen und hat geschwiegen. Er hat gewußt, was auf die Milchbauern zukommt, daß sie die Leidtragenden beim beinaherten Kampf der Genossenschaften untereinander sein werden, daß auf ihrem Rücken der Kampf um Marktanteile ausgetragen wird, und Herr Kühberger hat geschwiegen. Mittlerweile wissen wir, und darüber habe ich Berechnungen, daß die Einkommen der Milchbauern nicht um 25 bis 30 Prozent, sondern zwischen 50 und 80 Prozent liegen. Die Versprechungen, die den Bauern von der Kammer, vom Bauernbund und vom Agrarlandesrat Pörtl gemacht wurden und vor denen ich ständig gewarnt habe, nämlich daß alles ausgeglichen wird, sind unhaltbar, und die Bauern wissen das auch.

Den Ausspruch von Landesrat Pörtl hier an dieser Stelle, daß er mit den EU-Verhandlungsergebnissen leben kann, den vergesse ich nicht. Meine Antwort war damals, daß der Blickwinkel, wenn man unter dem Giebelkreuz von Raiffeisen steht, eben ein anderer ist, als wenn man unter der Stalltür steht. Und der ist jetzt bestätigt worden.

Und wenn jetzt die Herren Kühberger, Puntigam, Pörtl, und wie sie alle heißen, drohen und in ihrer Hilflosigkeit Rundumschläge machen und alle schuld sind an der derzeitigen Situation, außer sie selbst, dann ist das für mich die Fortsetzung der jahrzehntelangen Bauernbundpolitik, nämlich des Dummverkaufs der Bauern. (Abg. Grilitsch: „Frau Kollegin, wenn Sie das morgen am Tonband hören, sagen Sie nicht mehr, das war eine Dummheit!“) Ich lobe die Bauernbundpolitik, dann hast du mir nicht ganz genau zugehört! Es war schlecht. Das sagen die Zahlen vom „Grünen Bericht“, da brauchen wir uns überhaupt nichts vorzumachen, und du kennst es genauso, Herr Agrarlandesrat, daß die Bauern aufgehört haben, daß sehr viele in den Nebenerwerb gehen mußten, weil sie ihr Einkommen einfach nicht mehr aus der Landwirtschaft erwirtschaften konnten. Und daß es jetzt schlechter wird und daß es jetzt schneller geht mit dem Aufhören, das weißt du auch. Und ich sage, diese Versprechungen, die gemacht worden sind, die sind nicht zum Halten. Und du, Herr Agrarlandesrat, hast gesagt, du kannst mit dem EU-Ergebnis leben. Dann gehe bitte hinaus zu den Bauern und frage, wie sie damit leben können. Sie können nämlich kaum damit leben. (Landesrat Pörtl: „Ich bin schon für die Bauern!“) Ansonsten, wenn das so schwer in Ordnung wäre, ansonsten bräuchten wir ja nicht die Bauern zu Demonstrationen auffordern. (Landesrat Pörtl: „Ich war in Feldbach und Leoben, ich habe das schon verstanden, worum es geht!“) Da höre ich aber ganz andere Sachen. Da sind wir wahrscheinlich bei anderen Bauern. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Die sind alle

demonstrieren gegangen, weil sie so eine Freude haben!") Wenn die ÖVP, die seit Jahren den Anspruch auf alleinige Vertretung der Bauern erhebt, und in allen Gremien, ob das jetzt das Landwirtschaftsministerium ist, ob es die Sozialpartner sind mit der PRÄKO, ob es die Landesregierung ist, in allen diesen Gremien hat sie auch die alleinige Vertretung, dann trägt sie aber bitte auch die alleinige Verantwortung an der jetzigen Situation. (Beifall bei der SPÖ.)

Was die Bauern jetzt brauchen, ist das, was ich für mich in Anspruch nehme, nämlich schon vor dem EU-Beitritt, getan zu haben. Eine ehrliche Information und eine ehrliche Agrarpolitik für die Bauern! Und nur für die Bauern, und nur für diese, und nicht für die Genossenschaften und nicht für die Verwaltung!

Es klingt vielleicht abgedroschen, aber es hat zu gelten. „Die Wahrheit sagen, auch wenn es weh tut.“ Und die Wahrheit für mich ist, daß sich das Scheitern der ÖVP-Agrarpolitik der letzten Jahre jetzt klar zeigt. Die Wahrheit ist, daß die Bauern vor dem EU-Beitritt von ihren Bauernbundfunktionären belogen wurden. Und die Wahrheit ist, daß die Interessenvertretung versagt hat und, außer auf den großen Geldregen von Brüssel zu warten, keine Konzepte entwickelt hat. Immer wieder habe ich gefordert, bereitet die Bauern auf die EU vor. Versprecht nichts, was ihr nicht halten könnt. Nur, ich bin ziemlich allein mit meinen Forderungen gewesen, und man hat mich immer als Schwarzmalerin hingestellt. Nur, wie schlimm es ist, das wissen die Bauern, und das spüren sie draußen. Die Wahrheit ist, daß jetzt Maßnahmen getroffen werden müssen, um zu retten, was noch zu retten ist. Das heißt für mich, Maßnahmen, die direkt den Bauern zugute kommen, und nicht wieder irgendwelche vage Versprechungen. Und da spreche ich jetzt für meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Klub, wir befürworten jede Hilfe, die als Direktzahlung zu den Bauern kommt, und wir lehnen aber jede versteckte oder getarnte Genossenschaftsförderung ab.

Die angeblich ausverhandelte Regelung für Erhöhung des Milchpreises würde für mich bedeuten, daß die Molkereien den Bauern sofort um 10 Groschen mehr bezahlen müssen, der Handel hat sich dazu ja noch nicht geäußert oder nur sehr vereinzelt. Aber die 20 Groschen, die das Land bezahlen muß, die sollen direkt zum Bauern kommen. Das heißt, ein unkomplizierter Antrag mit einer Kopie der Milchliefere abrechnung und Bekanntgabe der Kontonummer, und das Geld wird direkt zum Bauern überwiesen. Zu dieser Vorgangsweise wird es die Zustimmung meiner Partei geben.

Keine Zustimmung wird es geben, wenn diese 20 Groschen wieder an die Molkereien gehen sollen. Auf Grund der mangelnden Transparenz der Transportkosten vom Bauern zur Molkerei würde jede andere Regelung nur das alte System des Milchspazierenführens von Molkerei zu Molkerei, von Molkerei zu Trockenwerk, von Trockenwerk zu Molkerei wieder subventionieren.

Und während der für das Desaster verantwortliche ÖVP-Bauernbund Pläne für Demonstrationen ausarbeitet, haben wir Pläne für die Zukunft der Bauern als Sofortmaßnahme erarbeitet. (Abg. Riebenbauer: „Wo warst du die letzten drei Wochen?“)

Bei den Bauern draußen, und mit denen habe ich geredet, weil die verlassen sich nämlich nicht mehr auf die Genossenschaften, die schließen sich zusammen zur Direktvermarktung, die schließen sich zusammen zu Erzeugergemeinschaften. Die pfeifen nämlich drauf, daß sie sich auf diese Genossenschaften nicht mehr verlassen, die sie genau dann, wenn sie am meisten Hilfe brauchen, im Stich lassen und sich gegen die Bauern wenden.

Sofortmaßnahmen deswegen, weil sie erstens EU-konform sind und weil sie sofort verwirklicht werden können, wenn die ÖVP es will, denn in allen dafür zuständigen Gremien und Stellen, die ich da anspreche, sitzen hochrangige Bauernbundesvertreter, die das nur beschließen brauchen. Es war ja in der Vergangenheit auch schon so. Wenn der Bauernbund wirklich etwas wollte, dann hat er es beschlossen, und das ist durchgegangen. Also, man braucht es nur wollen, und der Bauernbund – (Abg. Kowald: „Wie bitte?“) Du weißt nicht, wo du drinnensitzt? Dann mußt du dich einmal genau erkundigen. In allen Gremien, die mit der Landwirtschaft zu tun haben, sitzt ihr drinnen. Und wir haben die Maßnahmen in einem Beschlusantrag formuliert, den ich verlesen möchte:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den Forderungen des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes, LGBI. Nr. 9/1994, inhaltlich Rechnung zu tragen, indem sie alle Schritte unternehmen wird, daß die Förderungen direkt den betroffenen Bäuerinnen und Bauern sowie der Erhaltung der bäuerlichen Struktur zugute kommt; zweitens nur Maßnahmen zu setzen, die EU-konform sind; drittens nach der einstimmigen Annahme der allgemeinen Förderungsrichtlinien gemäß Paragraph 17 Absatz 2 des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes am 7. Dezember 1994 durch den Beirat die Durchführungsverordnung gemäß Paragraph 20 zu erlassen, wobei eine Landeszahlstelle für alle Förderungsagenden zu etablieren ist; viertens die Installation einer Bauernstiftung für jene Bäuerinnen und Bauern in die Wege zu leiten, die den Betrieb aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben müssen, damit diese beruflich umgeschult werden können; fünftens alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, damit eine Vorruhestandsregelung (EU-Verordnung Nr. 2079/290 vom 30. Juni 1992) eingeführt werden kann, wodurch ein – unter Umständen notwendiger frühzeitiger – menschenwürdiger Ausstieg der älteren Bäuerinnen und Bauern aus dem Berufsleben ermöglicht wird; sechstens alle Schritte zu setzen, damit die Sozialversicherungsbeiträge nach dem tatsächlichen Einkommen berechnet werden; siebentens ihren Einfluß dahin gehend geltend zu machen, daß sie eine Aufforderung an die Raiffeisenbanken tätigt, damit jenen bäuerlichen Betrieben, die durch Einkommensverluste in Schwierigkeiten bei den Kreditrückzahlungen kommen, eine angemessene Übergangszeit (zum Beispiel zinsfreie Stundung der Kredite) gewährt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren – (Abg. Kowald: „Das hast du wieder abgeschrieben!“) Du, wenn ich es zum Beispiel von dir abgeschrieben hätte, dann brauchst du nur zuzustimmen, und dann haben wir es gleich durchgebracht, und den Bauern ist wirklich geholfen. Ich weiß nicht, ob es davon abhängt, wer

von wem abschreibt, für mich ist es ein Vorschlag, wenn er gut ist, dann ist er vertretbar. Und wenn du den Vorschlag gut findest, Kollege Kowald, dann brauchst du nur zuzustimmen, und den Bauern ist geholfen. (Abg. Kowald: „Das hast du wo abgeschrieben und tust jetzt so, als ob es von dir wieder gekommen wäre!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben den Beschlußantrag gehört, an alle Bauernvertreter, die sich an Sofortmaßnahmen für Bauern beteiligen wollen, denen es wirklich um die Bauern geht, nicht ums Schreien, nicht ums Grölen - Kollege Kowald, du kannst dich sofort nach mir melden, das ist auch eine Sofortmaßnahme. (Abg. Kowald: „Du redest von Sofortmaßnahmen, was andere schon längst gemacht haben! Wenn wir von deinen Vorschlägen abhängen würden, könnten wir zusperren!“) Du kannst dich nach mir melden. Es ist noch nicht durchgeführt, die Bauern stehen vor den gleichen Schwierigkeiten. (Abg. Kowald: „Wo warst du in der letzten Zeit?“) Wenn das für dich komisch ist, für mich ist es nicht komisch. Es geht nämlich um Existenzen, lieber Herr Kollege Kowald! Und wenn sich die Kollegen für Sofortmaßnahmen für die Bauern aufrufen könnten, dann ersuche ich sie, daß sie dem Antrag beitreten. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. - 17.09 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Peinhaupt das Wort und ersuche die Zwischenrufer, daß sie daran denken und ihre eigene Zeit verbrauchen, nicht die des gerade am Wort Befindlichen. (Abg. Kowald: „Um die Zeit tut es mir nicht leid!“)

**Abg. Peinhaupt (17.10 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ein Sprichwort sagt ja, daß bellende Hunde nicht beißen können, wenn sie auch wollen, lieber Kollege Kowald! Wir waren uns einig vor der EU-Abstimmung, daß unsere Bauern sicherlich nicht zu den Gewinnern dieses Abkommens zählen werden. Einig darüber, daß der Bauernstand der absolute Verlierer ist und sein wird, das hat eigentlich nur die FPÖ dokumentiert und auch belegt. Schauen Sie, meine Damen und Herren, die Preiseinbußen, diese Resignation im Bauernstand, diese Existenzbedrohung im Bauernstand, wissen Sie was? Das haben Sie vor dem 12. Juni als Chance verkauft, als Chance für die heimische Bauernschaft! Das ist doch ein bißerl viel! (Abg. Dr. Karisch: „GATT-Bestimmungen!“) Und ich sage Ihnen eines: Auf die GATT-Verhandlungen können wir gerne zu sprechen kommen, denn Sie haben den GATT-Vertrag sicherlich nicht gelesen, Frau Kollegin! (Abg. Dr. Karisch: „Da irren Sie sich gewaltig!“) Nicht die ganze Wahrheit zu sagen ist nämlich auch eine Lüge, und Lügen haben bekanntlich kurze Beine. Erinnern Sie sich an Ihren eigenen Minister und jetzt Kommissar in Brüssel, den Herrn Fischler.

Am 28. Februar 1994 ist der Herr Minister Fischler noch zum „Kurier“ gegangen und hat gesagt: „Über dieses Binnenmarktmodell sind wir nicht einmal bereit, darüber zu reden!“ Und erinnern Sie sich zurück, meine Damen und Herren Bauernbundver-

treter, am 1. März 1994 hat der Herr Minister das Binnenmarktmodell als den harterkämpften Erfolg für die heimische Landwirtschaft verkauft.

Und der Herr Minister Fischler ist ja auch derjenige, der von Brüssel nach Österreich ruft: „Meine lieben Freunde, die Hausaufgaben sind zu Hause zu machen, nicht in Brüssel!“ Aber er war bis Anfang Jänner hier und hat diese Hausaufgaben nicht gemacht und auch seine Landesräte nicht dazu angehalten, diese Hausaufgaben zu machen. Der Herr Minister kommt mir vor wie jene, dazu gehört der Kollege Grillitsch, es ist nur schade, daß er nicht da ist - (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Er ist ja da!“) oder ist er eh da, ja! -, die vor vier Wochen noch den EU-Beitritt befürwortet haben, und ich erinnere mich gerne zurück an die „Argumente“-Sendung in Hartberg, die übrigens von der Interessengemeinschaft der Kammer organisierten EU-Befürworter sind da auf einem Bankerl gesessen, und ich kann mich gut an die Argumentation dieser Herren erinnern. Dieselben Herren sind es, die jetzt aufrufen zu Kampfmaßnahmen des Bauernbundes für bessere Preise. Also kämpfen jene gegen die Politik, die sie selbst gemacht haben. Ein Spiel Bauer gegen Bauer, das kann man nicht mitspielen.

Das sind aber auch alle jene, die am 27. April - Herr Kollege Riebenbauer - das Solidarpaket verkauft haben als die Chance für den Bauernstand. Was steht denn drinnen in dem Solidarpaket? Ein Umweltprogramm mit 5,5 Milliarden - bis heute nicht genehmigt, die so wichtigen Förderungen für Erzeugergemeinschaften, bis heute kein einziger Antrag in Brüssel eingebracht, das sollten Sie nur wissen, die Übernahme der Milchleistungskontrolle, die Übernahme des Transportkostenzuschusses, das wurde versprochen. Ja, die Milchleistungskontrolle, da muß ich unserem Landesrat Pörtl schon einen schwerwiegenden Vorwurf machen. Wir haben doch im Zuge der Verhandlungen des Landwirtschaftsförderungsgesetzes sehr wohl ausgemacht, daß sofort dieser Landwirtschaftsbeirat einzusetzen ist und der via Verordnung festzulegen hat, welche Agenden bei der Kammer bleiben und welche Agenden vom Land durchgeführt werden. Das war eine ausverhandelte Maßnahme, daß der Leistungskontrollverband vom Land übernommen worden wäre. Jetzt ist das große Zähneknirschen und Jammern. Jetzt sind die Millionen beim Teufel, jetzt müssen wir sie nachbedecken. Weil die Stahlpensionen sind ja ziemlich gleich hoch mit 70 Millionen, aber ich weiß ja sowieso nicht, wie man in der EU heute Recht schreibt, also beziehe ich alles auf die Stahlpensionen, wenn diese nicht nur zur Stahlpension werden.

Das gleiche steht im Solidarpaket: Lagerabwertung. Was macht der Bund jetzt? Der bittet die Länder zur Kassa! Zuerst hat er gesagt 5,35 Milliarden, dann hat er gesagt 4,5 Milliarden, und jetzt 3,8 Milliarden! Ich bin neugierig, wie weit das noch hinuntergeht. Degressiver Preisausgleich 7,2 Milliarden. 14 Maßnahmen sind zu beschließen, zwei sind beschlossen. Der Aufteilungsschlüssel 60 zu 40, wie der Herr Landesrat sehr richtig in seiner Ausführung gesagt hat, ist auch noch nicht beschlossen, das wäre aber eine unabdingbare Maßnahme, um die Förderungen sofort zur Verfügung stellen zu können. Die ÖVP hat ja das Landwirtschaftsministerium, bis auf zwei Landes-



hauptleute alles ÖVP-Landeshauptleute, Präsident der Präsidentenkonferenz ist ein ÖVP-Mann, die Präsidenten der Landwirtschaftskammern, der Interessenvertretungen sind alles ÖVP-Männer. Sie sollen doch endlich in ihren eigenen Reihen handeln, bevor sie die Verantwortung immer wieder abschieben.

Eines sage ich Ihnen: Das, was der Bauernbund in diesem Zusammenhang gemacht hat, das war der Judas-Kuß an die Bauernschaft! (Landesrat Pörtl: „Das ist deine Wahrede jetzt!“) Das ist keine Wahrede, denn das sind Argumente, die hier aufzuzählen sind und auch von dir nicht widerlegbar sind. Und wenn ich daran denke, wie die Interessenvertretung, wie die die Bauern buseriert hat, damit sie eine Befürwortung abgeben zu diesem EU-Beitritt. Ich weiß nicht, viele von euch werden auch diese Zeitungsartikel aus den „Oberösterreichischen Nachrichten“ gelesen haben, wo ein Landwirtsohn eines ÖVP-Bürgermeisters am 12. Juni noch mit Ja gestimmt hat und jetzt ein sehr eindeutiges Nein von sich gibt und seinem Bauernbund das Vertrauen entzogen hat. Und eines sage ich Ihnen auch: Auch von der Interessenvertretung ist es nicht einzusehen, die Bauern hineinzuberaten in einen großen Markt, in dem sie nicht bestehen können, und sie selbst verstecken sich hinter einer Pflichtmitgliedschaft. Das kann einmal nicht gehen. Und es wird der Tag kommen, das sage ich Ihnen auch, wo die steirischen Bauern mit dem Abstimmungsstempel in der Hand einige Beamte aus ihren Ämtern jagen werden. Denn dieses Funktionärsdenken, das ist nichts anderes wie das Spielen des Erfüllungsgehilfen einer sowieso unter Schwindsucht leidenden ÖVP.

Es ist aber auch genau jene ÖVP, wenn eh nimmer viel da ist, aber soviel ist sie noch, wo der Bundesparteiobmann hergeht und sagt: „Und wir werden trachten, daß mit aller Vehemenz dieses Sparpaket der Regierung auch durchgezogen wird!“ Dort sind bitte auch die Belastungen drinnen, die die Bauern betreffen, die sie sehr schwerwiegend betreffen, die Bauernpensionen mit 7 Prozent die Erhöhung, das sind jene Bauernvertreter. Ich weiß nicht, besteht in der Steiermark ein Unterschied zwischen Bauernbundvertreter und Wien, oder vergessen die Steirer über dem Semmering die steirische Heimat? Ich kann mir das nur so vorstellen. Bleiben wir bei den Bauernpensionen. Wir schauen zu, wie man uns 7 Prozent mehr abverlangt, und 7 Prozent, das habe ich Ihnen das letzte Mal vorgerechnet, was das bedeutet für einen durchschnittlichen steirischen Betrieb, und auf der anderen Seite nehmen wird das selbstverständlich zur Kenntnis, wenn die Bergarbeiter einen staatlichen Zuschuß von 66 Prozent bekommen, natürlich trotz eiserner Sparmaßnahmen, ohne Kürzungen. Na, die ÖVP will ja noch weitergehen, will vielleicht das auch noch mittragen, daß die Mehrkinderstaffelung auch noch abgeschafft wird. Wo wir alle wissen, daß uns sowohl im sozialen Bereich als auch im volkswirtschaftlichen Bereich diese Bauernfamilien mit mehr Kindern, wo mehr Generationen nebeneinander leben, sehr viel bringen, volkswirtschaftlich und auch sozialpolitisch. Das wäre ein entscheidender Fehler, hier anzusetzen und hier diese Einheiten ins Wanken zu bringen.

Ich kann mich des Verdachtes nicht erwehren, daß die ganzen Resolutionen, die ich in Belangsendungen

der Landwirtschaftskammern höre, lediglich als Lippenbekenntnisse zu werten sind, allerdings in keiner Weise eine Absichtserklärung ist. Denn wir sind leider Gottes in der Situation, wo der Steirische Bauernbund für die steirischen Bauern zur Gefahr zu werden beginnt, zur echten Gefahr. Denn auch der Bundesparteiobmann der ÖVP hat klipp und klar gesagt „die Bauern gehören zu den Modernisierungsverlierern“, so nennt man das jetzt nämlich. Nicht wegrationalisieren, sondern Modernisierungsverlierer sind das.

Unlängst hat der Herr Landesrat Dr. Hirschmann, den ich persönlich sehr schätze, gesagt: „Die einzige Heimat der steirischen Bauern ist die ÖVP!“ Ich darf aber eines dazusagen, lieber Herr Landesrat, man muß nicht morden, um getötet zu haben. Denn ihr habt die Bauern so in den Abgrund getrieben. (Abg. Riebenbauer: „Hat der Bauernbund den Preis gemacht?“) Gehen wir weiter in dem ganzen EU-Desaster, Herr Landesrat, ich habe ja noch einiges auf Lager. Ich muß nur schauen mit meinen 20 Minuten, daß ich halten kann. Wir wissen sehr wohl - (Abg. Riebenbauer: „Hast du gesagt, gegen die Bauern?“) Nein. Die Bauern sind ja nicht nur Opfer hinsichtlich der Einkommenssituation von der EU, sondern sie sind auch Opfer der Bürokratie in der EU. (Abg. Dörflinger: „Das kann nicht sein!“) Ja, denn jetzt gehen unsere Bauern mit Maßband bewaffnet über verschneite, vereiste Felder, um diese auszumessen, so, wie man ihnen geraten und gesagt hat. (Abg. Ing. Kaufmann: „Herbert, du bist drei Wochen hintennach!“) Da wissen wir aber genau, im Kontrollsystem steht, 2 Prozent plus/minus bedeuten 50 Prozent weniger Förderungen.

Ich habe das Glück, weil ich selbst Bauer bin, du hast es eh nicht gekriegt, ich habe unlängst einen Brief vom Herrn Landwirtschaftsminister bekommen mit einer herrlichen Anleitung, wie man diese Flächenberechnungen macht. Und da steht unter anderem drinnen, die Teilung von Strecken kann mit ausreichender Genauigkeit durch Abschreiten und Umrechnen der pro Strecken ein Teil gezählten Schritte auf das Katastermaß erfolgen. Na, plus/minus 2 Prozent werde ich abschreiten, um minus 50 Prozent der Förderung in Kauf nehmen zu müssen.

Liebe Freunde, ich glaube, daß das eine Anleitung zum reinen Förderungsverzicht ist, daß das eine Roßtäuscherei ist. Aber es kommt in dem Bereich ja noch viel besser. Bei komplizierten Flächenerhebungen müssen planimetrische Verfahren angewandt werden. Jetzt habe ich mich einmal mit dem Begriff genauer auseinandergesetzt, was das planimetrisch überhaupt heißt. Planimetrie ist die geometrische Erfassung ebener Flächen. Gerade in der Steiermark, wo wir 17.000 Bergbauern haben, haben wir so viele ebene Flächen, wo das überhaupt keine Rolle spielt, ob man da jetzt ein paar Prozente im oder außer den Katasterwerten fällt.

Also, ich muß euch eines sagen, das ist eine bewußte Beratung hinaus aus dem Förderungsbereich. (Abg. Riebenbauer: „Das ist eine Unterstellung!“) Bitte gerne! (Abg. Dörflinger: „Wenn die Bauern das machen müssen, verstehe ich nicht, warum die Landwirtschaftskammer 10 Millionen vom Land bekommt!“) Damit sie beraten, daß sie abschreiten. (Landesrat Pörtl: „Das ist schon stark!“) Aber jetzt gehen

wir in medias res. Das Problem, das uns heute am meisten behaftet, ist wohl die Milchproblematik, und darüber kann ich sehr wohl Auskunft geben, denn ich bin selbst Milchbauer, und mich trifft es auch nicht unerheblich, das muß ich schon zugestehen. Überhaupt unter diesem Aspekt, daß ja der Herr Minister gesagt hat, der Herr Minister Fischler noch, „wir haben einen Richtpreis verhandelt, 4,80 bis 5 Schilling“. Gesagt, getan, und er hat verhandelt. Gegenüber dem EU-Preis haben wir eine Differenz pro Tonne gehabt von 1482 Schilling, mit der Begleitbemerkung, im ersten Jahr wird dieser Preisverlust zur Gänze ausgeglichen. Budgetiert sind dann lediglich 820 Schilling pro Tonne geworden. Das ist eine Differenz von 662 Schilling. Und wenn ich diese 662 Schilling beziehe auf das nationale Milchkontingent, dann komme ich nämlich zu einem Milchpreis von 3,90 und 4 Schilling. Folgedessen ist das eine wahre Lüge, daß man jetzt mit diesem Preis überumpelt worden ist. Das hat man schon mit Festlegung des Verhandlungsergebnisses errechnen können. Wenn wir es als kleine Fraktion können, ohne diese Infrastruktur, wie Bauernbund und so weiter, dann müßten wohl die Leute es auch zusammenbringen. Nur erwarte ich mir dann halt ein bißchen mehr Ehrlichkeit. Das gleiche Desaster haben wir bei den Bestandesobergrenzen.

Eine Schneider-Studie, die schlägt man jetzt in den Wind, die ist nicht mehr existent. Der Herr Schneider hat nämlich damals schon gesagt, „daß wir die Anhebung der Bestandesobergrenzen brauchen, um uns rechtzeitig an das EU-Niveau anpassen zu können“. Aber mit der momentanen Steigerung der Bestandesobergrenzen bewirken wir eines, daß zum Beispiel von 16.000 Milchbauern 5000 werden aufgeben müssen. Und diese Behauptung stelle ich hier fest.

Bei der Milch haben wir aber noch mehr Probleme. Wie schaut es denn aus, bei einem Milchpreis von in etwa 4 Schilling bekommen wir degressive Zuschläge, daß wir auf 4,82 Schilling kommen. Der betriebliche Reinertrag pro Kilogramm beträgt aber dann nur mehr 70 Groschen, 70 bis 80 Groschen, um eine gewisse Spanne offenzulassen. Jetzt habe ich persönlich ein Milchkontingent von 60.000. Ja, und dann rechne das bitte mit 80 Groschen, das sind 48.000 Schilling, dafür 365mal insgesamt zweimal am Tag drei Stunden gehen, also am Tag sechs Stunden Arbeit: 48.000 Schilling – zeige mir einen Arbeitnehmer, der das macht.

Des weiteren, ich frage mich, wie geht man mit uns Bauern um? Zuerst gründet man einen Zuchtverband, damit die ganze Qualitätsschiene gefahren werden kann, daß Milchinhaltsstoffe da sind. Jetzt geht man her und sagt, „lieber Freund, wenn du mehr als 4,30 Durchschnittsfett hast, dann rechne ich dir diese Fettprozentage in Kilogramm um, die du mehr hast, in Milchkilogramm um, und ziehe es dir vom Kontingent ab“. Also, all jene, die jahrzehntelange züchterische Arbeit in ihren Bestand gelegt haben, werden auf gemeinste Art und Weise bestraft.

Der Milchpreis ist im Augenblick in keiner Weise kostendeckend. Und bei diesem Spiel, meine Damen und Herren, spielen unsere lieben Genossenschaften, die ja der Weisheit letzter Schluß des Bauernbundes

immer waren, eine große Rolle. Nur eines, was der Bauernbund jetzt macht und nur die Genossenschaft zur Verantwortung zieht, ist auch nicht ganz richtig. Denn eines sage ich Ihnen auch, ein schlagkräftiger Verkauf regionalspezifischer Produkte wird ohne starke Genossenschaften in Zukunft nicht möglich sein. (Abg. Tasch: „Das erste Mall“ – Abg. Weillharter: „Kindesweglegung!“) Das einzige, was wir für Raiffeisen brauchen, ist ein Raiffeisen, lieber Freund Tasch, denn unseren Genossenschaften ist das Hemd nun ein einiges näher geworden wie der Bauernrock. Das muß man schon sagen. Schauen wir es uns in der Praxis an. Das hat auch Schneider gesagt. In der Verarbeitung unserer heimischen Milchprodukte sind wir um 30 bis 40 Prozent teurer als unsere EU-Konkurrenten. Das sind 3 Schilling pro Kilo Milch. Und wenn ich das von der Rohertragseite her betrachte, dann ist das ein Schilling, der für strukturelle Maßnahmen aufgewendet werden muß. Dieser eine Schilling, der fehlt uns Bauern. Und wir hätten ein schönes ausgeglichenes Milchgeld, wenn wir das so bewegen könnten. Einen Satz noch zu diesem 70-Millionen-Transportkostenzuschuß. Ich verstehe allen Ernstes die Bauernbundvertreter nicht, wenn sie sagen, für ein Jahr einen Transportkostenzuschuß. Glauben Sie nicht auch, daß das eine Sterbehilfe ist? Ich bin dazu bereit, mich da für den Bauern einzusetzen und ihm Hilfe zukommen zu lassen. Hilfe direkt zum Bauern und Hilfe, die nicht von heute auf morgen als Katalysator des Sterbens wirkt, sondern Hilfe, die langfristig wirkt. Hilfe, auf die sich der steirische Bauer auch verlassen kann.

Eines darf ich Ihnen abschließend sagen: Herr Landesrat, du wirst es sehr schwer vor der Öffentlichkeit zu verantworten haben, 80 Prozent mehr Mittel im landwirtschaftlichen Bereich einzusetzen, damit du 30 Prozent der Bauern webringst. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 17.28 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

**Abg. Dr. Karisch (17.29 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die österreichischen Konsumenten erleben nun schon zum zweiten Mal innerhalb eines kurzen Zeitraumes – etwas mehr als einem Jahr – eine wunderbare Milchverbilligung. Vor zwei Jahren hat ein Liter Milch noch 12,90 Schilling gekostet, Anfang 1994 waren es dann plötzlich 10,90 Schilling, heuer nach dem EU-Beitritt 8,90 Schilling, und bei Diskontern sind es sogar nur 7,90 Schilling. Des einen Freud, des andern Leid! Unsere Bauern wurden durch diese Verbilligung mächtig gebeutelt, weil sie plötzlich statt 6,40 Schilling nur noch 3,83 bis 4 Schilling für einen Liter erhalten. Es ist verständlich, daß sie empört sind und um ihre Existenz bangen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen berichten, auch viele Konsumenten sind bestürzt und verstehen die Milchwelt nicht mehr. Ich habe in den letzten Wochen viele Gespräche geführt und darf Ihnen sagen, daß bei den Konsumenten viel Solidarität mit den Bauern vorhanden ist. Es gibt die Sorge um die Zukunft der Bauern, und es gibt auch bei vielen

Konsumenten die Bereitschaft, einen ordentlichen Preis für gute Frischmilch und hochwertige Milchprodukte zu bezahlen.

Natürlich gibt es auch Konsumentengruppen, denen der Preis sehr wichtig ist. Familien mit einem kleinen Einkommen und mehreren Kindern sind darauf angewiesen, billig einkaufen zu können. Daneben haben wir aber sehr viel Wohlstand in unserem Land. Die meisten von uns geben nur noch einen geringen Bruchteil ihres Einkommens für Lebensmittel aus. Viele Konsumenten können mehr bezahlen für Milch und Milchprodukte und andere bäuerliche Qualitätsprodukte, und gar nicht wenige Konsumenten wollen auch mehr bezahlen. Sie sind bereit, für Milch und andere gute Produkte ordentliche Preise zu bezahlen, wenn – ja wenn – die Qualität stimmt.

Meine Damen und Herren, wir haben ein nationales Interesse daran, unseren Bauernstand zu erhalten. Dieses nationale Interesse muß uns große Anstrengungen wert sein, uns allen, den öffentlichen Händen wie auch den Konsumenten!

Warum brauchen wir unsere Bauern? Ich möchte drei Gründe nennen: Erstens die Selbstversorgung mit Lebensmitteln. Wir wollen nicht nur vom Ausland abhängig sein. Zweitens die Möglichkeit, in Zeiten der Massenlebensmittelproduktion und in Zeiten genetischer Veränderungen von Lebensmitteln auch noch gesunde, naturbelassene Lebensmittel selbst erzeugen zu können, eigene Arten und genetische Vielfalt zu erhalten. Und drittens die Erhaltung unserer Kulturlandschaft als Grundlage für unseren Fremdenverkehr, einen wichtigen Zweig unserer Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, wir brauchen unseren Bauernstand, und wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, ihn zu erhalten! Es ist leichter und billiger, ihn heute noch zu erhalten und ihm über die Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, als ihn später wieder neu zu begründen.

Ich freue mich, daß unser Landeshauptmann vorgeschlagen hat, 70 Millionen Schilling aus Landesmitteln an Transportkostenzuschüssen an die Bauern zu bezahlen, wenn die anderen Partner, nämlich der Handel und die Molkereien, auch einen Beitrag bezahlen. Auch Pörtl, beide! Es geht bitte dabei nicht um einen Sozialbeitrag, es geht dabei um die Existenzsicherung! Es geht um die Sicherung unserer Kulturlandschaft, es geht um die Sicherung qualitativer Lebensmittel für unsere Bevölkerung, und es geht zuletzt auch um die Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Bereich.

Und, meine Damen und Herren, wir wollen nicht, daß der Wald, den ich sehr schätze, noch weiter wächst, wir haben in der Steiermark bereits eine Waldfläche von über 60 Prozent, und sie wächst von Jahr zu Jahr weiter. Es ist wichtig, daß wir unsere Kulturlandschaft erhalten können!

Lassen Sie mich noch ein kurzes Wort zur Qualität der Lebensmittel sagen. Die Qualität der Lebensmittel hat wesentlichen Einfluß auf das Wohlbefinden und die Gesundheit von uns Menschen. Für die Qualität eines Lebensmittels wichtig sind aber nicht nur seine äußere Beschaffenheit und der Genußwert. Ebenso wichtig sind die Zusammensetzung, die Rückstandsfreiheit und eine naturgerechte Erzeugung. Bei impor-

tierter Massenware läßt die innere Qualität sehr oft zu wünschen übrig. Die innere Qualität war bisher nicht meßbar. Aber ich habe Hoffnung für die Zukunft: Es gibt eine neue Methode, die Photonenemission, mit der man die innere Qualität messen können. Das wird auch eine Qualitätssicherung für unsere bäuerlichen Lebensmittel sein, wenn das entsprechend vermarktet wird. Ich bin überzeugt, daß die Konsumenten für nachweisbar gute Lebensmittel gerne mehr bezahlen werden.

Unsere Konsumenten wünschen sich auch biologisch einwandfreie Ware. In Zukunft werden immer mehr Lebensmittel gentechnisch verändert sein. Die Forschung der Gentechnik geht rasant vor sich. Erste Produkte sind bereits in Amerika auf dem Markt. Sie kennen alle die matschfeste Tomate. Aber auch Enzyme, Aromen, Hefen, Farbstoffe, Verdickungsmittel gentechnischer Herkunft befinden sich bereits in so manchem Lebensmittel. Die Auswirkungen dieser gentechnischen Veränderungen auf den Menschen sind unbekannt, die Synergismen sind ebenso noch nicht bekannt. Es kann sein, daß wir noch so manche unangenehme Überraschung erleben werden. Will man Prophezeiungen glauben, so sollen alle Lebensmittel in nur einem Jahrzehnt im Labor nachgebaut werden können. „Novel Food“ heißt das Zauberwort. Gemeint sind damit neuartige Lebensmittel und Lebensmittelzutaten. Große Bedeutung kommt dabei der Gentechnik zu, die nicht nur die Herstellungsverfahren, sondern auch die Eigenschaften von Nutztieren und Pflanzen verändern. Ein Beispiel: Karpfen, denen das Gen für das Wachstumshormon aus Forellen übertragen wurde, wachsen schneller und bringen mehr Gewicht auf die Waage. In einigen Ländern gibt es bereits gentechnisch veränderte Karpfen und Forellen in den Fischteichen – noch im Zuchtwege. Lachse werden mit einem Antigefriergel aus dem Kabeljau ausgerüstet, wodurch sie niedrigere Wassertemperaturen vertragen können. Damit Forellen in Gewässern mit geringem Sauerstoffgehalt nicht in Atemnot geraten, wurden ihnen und werden ihnen entsprechende Gene aus Fröschen übertragen.

Das heißeste Objekt der Begierde der gentechnischen Veränderung ist derzeit die Kartoffel. Ziel ist die Erhöhung der Virusresistenz, die Chemie soll gentechnisch ersetzt werden. Das Spritzen mit hochgiftigen Pflanzenschutzmitteln soll überflüssig werden. Das klingt gut, meine Damen und Herren, doch wird damit die Kartoffel nicht selbst zu einem eßbaren Pestizid? Ich zitiere aus einer Diskussion im Europa-Parlament zur Kartoffel: „Eine Kartoffel, die im Genlabor mit einer Insektenresistenz ausgestattet wurde, stellt nun in ihren Zellen selbst ein Gift her, das für den jeweiligen Schädling tödlich wirkt. Damit ist die Pflanze selbst zum Pestizid geworden.“ Welche gesundheitlichen Konsequenzen das langfristig für uns Menschen hat, ist nicht abzusehen.

Meine Damen und Herren! „Novel Food“ und gentechnisch veränderte Lebensmittel machen vielen Menschen Angst. Sie wünschen sich gute, heimische Lebensmittel. Ein Ausweg ist die Erhaltung unserer Landwirtschaft, ist die Erhaltung unserer bäuerlichen Produkte. Dies bedarf großer Kraftanstrengungen auch der Konsumenten. Ich möchte daher hier nicht

nur die Landesregierung und Sie alle bitten, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Existenz der bäuerlichen Landwirtschaft zu sichern, ich appelliere von hier aus auch an die steirischen Konsumenten: Kaufen Sie gute steirische und österreichische Lebensmittel, um unserer Landwirtschaft das Überleben zu sichern und uns selbst damit letztlich auch wertvolle Lebensmittel für die Zukunft! Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.37 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Getzinger. Und ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (17.37 Uhr):** Ich danke für das Wort, Herr Präsident, übernehme es sozusagen volley.

Meine Damen und Herren, Herr Präsident!

Einer der unmittelbaren Anlässe dieser Agrardebate war ja ein Antrag von Herrn Landesrat Pörtl in der Regierung. In diesem Antrag ging es darum, ich zitiere: „Molkereien sollten einen 50prozentigen Zuschuß zu den nachgewiesenen Transportkosten für die Lieferung der Milch vom Bauernhof zur Molkerei erhalten.“ Darum also geht es Herrn Landesrat Pörtl. Es geht darum, ein Produkt, letztendlich einen Preisbestandteil eines Produktes, nämlich die Transportkosten eines Produktes, nämlich Milch, von dem es zuviel gibt am Markt, zu stützen, auf der Ebene, wie gesagt, der Transportkosten.

Begründet wird dieser Antrag, formell zumindest, mit dem Landwirtschaftsförderungsgesetz, nämlich dem Paragraphen 15 Absatz 3 litera f des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes. Gerade dieser Paragraph 15, an den kann ich mich noch sehr gut erinnern, wie der verhandelt worden ist, das ist nämlich ein aus ökologischer Perspektive außerordentlich wichtiger Paragraph. Hier geht es um die Umstellung von Teilen der Steiermärkischen Landwirtschaftsförderung auf Kulturlandschaftsförderung, also Förderung einer naturnahen Produktionsweise, einer umweltverträglichen Produktionsweise. Es geht in diesem konkreten Paragraphen beziehungsweise Absatz und litera um umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schonende Produktionsverfahren. Das also war die formelle Begründung dieses Antrages.

Meine Damen und Herren, für diese formelle Begründung habe ich keinerlei Verständnis. Ich hätte Verständnis, wenn es um die Förderung einer besonderen Milch gegangen wäre, etwa um die Förderung von Biomilch, von Biobauern also. Diese Biomilch wird zur Zeit sehr massiv und sehr gut verkauft, etwa von der Firma Billa. Ich hätte diesen Antrag unterstützen können, wenn es um die Förderung von hartkäse-tauglicher Milch gegangen wäre, ebenfalls eine Milch, die mit ganz besonderen Bedingungen hergestellt werden muß, mit besonderen Aufwendungen der Bauern. Wie Sie wissen, wird daraus die Gaishorner Auslese hergestellt, eine besondere Spezialität der Steiermark, die mittlerweile international, europaweit bekanntgeworden ist.

Wie gesagt, dann hätte ich Verständnis gehabt, wenn es um die Förderung eines Markenproduktes gegangen wäre. Es geht aber ganz schlicht und ein-

fach um eine Vergrößerung des Milchsees. Es geht um die Förderung eines Produktes, von dem es bereits zuviel gibt. Ich persönlich bin der Ansicht, daß eine derartige Förderung jedenfalls nicht EU-konform ist und aus diesen Gründen auch sicherlich von der EU, von der Europäischen Union, beansprucht werden muß. Eine besondere Pikanterie ist, daß (Landesrat Pörtl: „Eine große Hilfe!“) das der ehemalige Landwirtschaftsminister Fischler machen muß. Meine Damen und Herren, von der SPÖ und von mir gibt es ein klares Bekenntnis, nämlich, daß ökologische Leistungen jenen Bauern abgegolten werden müssen, die sie auch wirklich erbringen, diese ökologischen Leistungen. Es gibt aber leider auch viele Bauern in der Steiermark, die auf dem Weg Richtung agroindustrielle Betriebe sind, die eher Umweltkosten verursachen, und nicht Umweltleistungen erbringen.

Es gibt in der Steiermark, ich habe das bereits angedeutet, ähnlich wie im Lebensmittelhandel übrigens auch, eine Entwicklung nach zwei sehr, sehr unterschiedlichen Leitbildern. Im Lebensmittelhandel Leitbild Nummer eins, wenn man es überspitzt formulieren möchte, Richtung Supermarkt beziehungsweise auf der anderen Seite Richtung Delikatessenladen. Bei dem einen Leitbild geht es darum, die Preise zu minimieren, bei dem anderen Leitbild geht es darum, die Qualität möglichst anzuheben, möglichst auf die Spitze zu treiben.

Eine analoge Entwicklung gibt es bei den Bauern. Hier gibt es eine Entwicklung, auch in der Steiermark, Richtung agroindustrielle Betriebe, wo es in erster Linie um Kostenminimierung geht, bei Halten eines gewissen Qualitätsniveaus selbstverständlich, das vom Lebensmittelcodex vorgeschrieben wird beziehungsweise auch von der EU. Auf der anderen Seite, dem Delikatessenladen entsprechend, würde ich die Biobauern der Steiermark nennen, wo es in erster Linie um die Qualität des Produktes, aber sehr wohl auch um die Qualität der Herstellung des Produktes, der Produktionsmethoden, geht. Ich glaube, daß es mehr und mehr sowohl im Bereich des Lebensmittelhandels als auch bei den Bauern eine Auseinanderentwicklung geben wird, daß sich der Markt insgesamt aufteilen wird, etwa 50 zu 50. Das wäre zumindest meine Hoffnung, aber diese Hoffnung wird durchaus von realistischen Abschätzungen, von realistischen Prognosen unterstützt und erhärtet.

Den ersteren, den agroindustriellen Betrieben, und die erzeugen durchaus auch Milch beispielsweise, sollte man keine Förderungen angedeihen lassen. In diesem Bereich, glaube ich, sollte der Markt wirksam werden. In diesen Bereich sollte sich der Staat nicht einmischen.

Die letzteren, jene Bauern also, die ökologische Leistungen für die Bevölkerung und den Staat erbringen, verdienen jedenfalls Förderung.

Warum ist das so, meine Damen und Herren? Vor nicht allzu langer Zeit wurde, angeregt von der FPÖ, von den Freiheitlichen, ein Stück behandelt, in dem es um die Quantifizierung der Umweltleistungen der steirischen Bauern gegangen ist. In der Darstellung dieses Regierungsstückes wurde klar, daß diese Quantifizierung außerordentlich schwierig ist, erstens, und zweitens selbstverständlich auch Umweltkosten durch bäuerliches Wirtschaften in gewissen Regionen bei

bestimmten Produkten unter bestimmten Produktionsbedingungen entstehen. Die Umweltleistungen sind klar, meine Damen und Herren. Sie werden hier auch immer wieder dargestellt, auch von meiner Person dargestellt. Es geht zu Beispiel um eine vielfältige und gegliederte Landschaft, die wiederum sehr positive Auswirkungen auf den Fremdenverkehr hat. Nachdem der Fremdenverkehr, einstweilen zumindest noch, nicht bereit ist, diesen zusätzlichen Nutzen mit Geld abzugelten und den Bauern zukommen zu lassen, kann hier durchaus der Staat einspringen und können das Land und der Bund Förderungen an diese Bauern, die eine derartige Kulturlandschaft für den Fremdenverkehr sozusagen „erzeugen“, ausschütten.

Es gibt aber auch, wie ich betont habe, eine Reihe von Umweltkosten, die die Gesellschaft zu tragen hat und von der Gesellschaft zu finanzieren sind. Insbesondere, hier gibt es einen regionalen Unterschied, treten diese Umweltkosten im Süden und im Osten der Steiermark auf, insbesondere in den Gunstlagen, in den Tälern, in den fruchtbaren Tälern.

Erwähnt sei hier nur das Problem des Nitrates. Nitrat ist der einzige Stoff, wo wir heute eindeutig und permanent bestehende Grenzwerte, die sich an medizinischen Untersuchungen orientieren, überschreiten. Es ist, wenn man Grenzwerte zunächst einmal akzeptiert als einzuhaltende Werte, das Nitratproblem das größte Umweltproblem in der Steiermark. Wir haben nirgends, in keinem Bereich, nicht im Bereich Boden, nicht im Bereich Luft, eine ähnlich weitreichende Überschreitung eines medizinisch festgesetzten Grenzwertes.

Das, meine Damen und Herren, liegt unter anderem daran, daß die Dichte von Schweinen, bezogen auf Hektar, weiterhin im Steigen begriffen ist und die Gülle in zu großer Menge auf diesen Flächen aufgebracht wird. Das liegt unter anderem daran, daß es eine Industrialisierung der Schweineproduktion in manchen Bereichen der Steiermark gibt.

Meine Damen und Herren, ein zweiter Bereich, wo auch Umweltkosten entstehen, sollte auch einmal debattiert werden. Der Pestizidverbrauch in Österreich und in der Steiermark steigt weiterhin an beziehungsweise in manchen Bereichen, wo man sich besonders bemüht, stagniert der Pestizidverbrauch. Das Umweltbundesamt hat errechnet, daß etwa innerhalb nur eines Jahres der Verbrauch eines besonders problematischen Pestizides, nämlich Endosulfan, um 140 Prozent angestiegen ist. Das hängt sicherlich auch mit einem dritten Problem zusammen, mit einem dritten Bereich, der Kosten verursacht im Bereich der Landwirtschaft, nämlich die Maismonokulturen. Dieses Problem ist Ihnen, glaube ich, wohl bewußt. Gerade im jetzt aktuellen und heute noch zu diskutierenden Bodenschutzbericht werden Maismonokulturen mit dem Problem Erosion und Humusverlust, Bodenverlust, Verlust fruchtbaren Bodens im kausalen Zusammenhang gesehen. Der „Grüne Bericht“ 1993, den wir leider nicht ausführlich diskutieren konnten, weist darauf hin, daß die Anbauflächen von Mais in der Steiermark weiterhin im Ansteigen begriffen sind, also dieses Problem der Monokultur mit der bisherigen Landwirtschaftspolitik eher noch verschärft wurde.

Eine zweite Monokultur, die ebenfalls volkswirtschaftliche Kosten verursacht, sind die Fichtenmonokulturen. Frau Kollegin Karisch hat durchaus

recht, 60 Prozent der Steiermark sind bewaldet, von diesen 60 Prozent sind aber 90 Prozent Fichte. Also eine Monokultur mit den entsprechenden Problemen, was den Boden betrifft, was den Wald selber betrifft. Auch hier gibt es noch kaum Anzeichen eines Schwelens in eine andere Richtung.

Aus dem „Grünen Bericht“ 1993 können wir entnehmen, daß noch immer 85 Prozent der Aufforstungen, also des Jungwaldes, aus Fichte bestehen, und nicht, wie es eigentlich mittlerweile alle ernstzunehmenden Forstfachleute empfehlen, aus Mischwäldern beziehungsweise aus Laubbäumen, aus standortgerechten Anpflanzungen. Aus ökologischer Perspektive, Frau Kollegin Karisch, ist es jedenfalls sehr entscheidend, welche Bäume in einem Wald stehen und wie dieser Wald bewirtschaftet wird, ob dieser Wald etwa naturnah bewirtschaftet wird oder ob es immer noch zur Kahlschlägerung von großen Teilen des Waldes kommt: Eine – so wird es mittlerweile allgemein akzeptiert – veraltete Form von Waldbewirtschaftung, man sollte mehr und mehr zur Naturverjüngung von Wäldern übergehen. Umweltkosten, meine Damen und Herren, entstehen in manchen Bereichen, in manchen Betrieben der Landwirtschaft auch durch tierquälerische Haltung. Auch das würde ich als gesellschaftliche Kosten der Landwirtschaft qualifizieren, Hühnerbatterien als Stichwort, bestimmte Formen der Schweine- und auch Rinderhaltung, auch Milchkuhhaltung. In diesem Zusammenhang ist vielleicht für Sie erkennbar, daß eben Milch nicht gleich Milch ist, daß es unterschiedliche Formen der Haltung, der Produktion von Milch gibt und aus dem Grund auch unterschiedliche, differenzierende Instrumente der Landwirtschaftsförderung ergriffen werden sollten.

Last not least entstehen selbstverständlich auch Umweltkosten, wenn Landschaft zugunsten von Agrarflächen ausgeräumt wird. Es kommt zu einer Entwertung hinsichtlich der Erholungsfunktion, der touristischen Attraktivität dieser Landschaft. Das Schlimmste passiert immer wieder auch im Zusammenhang mit Maismonokulturen: In Wagendorf etwa, ein besonders schlimmes Beispiel, das hier erwähnt sei. Dort ist es im Zusammenhang mit einem Zusammenlegungsverfahren dazu gekommen, daß von mehreren hundert Hektar Agrarfläche lediglich unter 0,5 Prozent sogenannte Ökoflächen, also Hecken, Bäume werden darunter verstanden, übriggeblieben sind. Im konkreten Fall Wagendorf sind das lediglich noch einige Bäume, die hier als „Landschaft“ übriggeblieben sind.

Meine Damen und Herren, wenn man sich zur Förderung der Kulturlandschaftspflege bekennt, und das tut dieses Landwirtschaftsförderungsgesetz in sehr klarer Weise, dann sollte man sich sehr, sehr genau überlegen, was man unter einer gepflegten Landschaft, was man unter einer touristisch, vom Erholungswert her attraktiven Landschaft überhaupt verstehen kann. Ich glaube zum Beispiel, daß die von Landesrat Pörtl heute erwähnte Förderung von Streuobstwiesen durchaus darunter zu verstehen ist. Allerdings eine Überschufförderung durch das Hintertür wird meine Fraktion unter dem Namen Kulturlandschaftspflege sicherlich nicht zulassen.

Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 17.51 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr! Die nächste Wortmeldung stammt vom Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (17.52 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Vorab, ich bin kein Bauer, ich habe auch nicht Absicht, Bauer zu werden. Ich wehre mich nur gegen die verallgemeinernde Aussage, daß wir zur Schädigung der Bauern hier antreten und diese Diskussion führen. Ich kann Sie beruhigen. Ich erlebe jeden Tag Anrufe, hier im Haus und bei mir zu Hause in Bad Aussee, wo sich Bauern über die Umstände beschweren, wie sie derzeit sind, die sie haben. Und es ist uns ein ernstes Anliegen, den Bauern zu helfen, das möchte ich bitte vorausschicken. Und ich lasse mir bitte von den ÖVP-Granden und den Kammergranden diesen Vorwurf nicht machen. Ihr habt 40 Jahre lang Gelegenheit gehabt, dafür zu sorgen, daß dieser Bauernstand gesund ist, und ihr habt gewußt seit ein- einhalb Jahren, daß wir in diese EU hineinkommen, und habt immer wieder vorgebetet bekommen, und da sehe ich mich ganz konform mit der Frau Kollegin Kaufmann, nicht als Bäuerin, sondern als Landtagskollegin, daß wir immer wieder darauf aufmerksam gemacht haben, was auf uns zukommt, und ihr habt das immer so „geh', ihr Querulanten, ihr Gegner von allem, was gut und teuer ist, ihr wißt ja nicht, was ihr tut, wir sind die, die die große Bauernweisheit mit dem Löffel g'fressen habn“. Und jetzt, wo das eingetreten ist, was wir gesagt haben, steht ihr da „Gewehr bei Fuß“ und fangt an um Himmels willen, was hätten wir nicht alles tun sollen, und was tun wir jetzt alles, und kommt jetzt daher und sagt wiederum mit demselben Argument, ihr seid gegen die armen Bauern und wollt uns die Bauern umbringen.

Meine Damen und Herren aus der Kammerei, aus der Landwirtschaftskammer, nehmt irgendwann einmal bitte zur Kenntnis: Es geht hier um die Bauern, und nicht um die Funktionäre! Die Funktionäre sollen schauen, daß sie selber zu Rande kommen. (Landesrat Pörtl: „Aber die Förderung kriegen schon die Bauern, und nicht die Funktionäre!“) Gott sei Dank, daß die Bauern noch die Förderung bekommen! Weil ihr wärt ja am liebsten drauf aus, daß wir es dem Raiffeisen und den Genossenschaften als Staubzucker hinten einblas'n. Und was sagen die Bauern, bitte? (Abg. Tasch: „Du kannst dich sicher noch an den Spruch vom Zähneinschlagen erinnern!“) Dir zu Fleiß werde ich mir noch eine Landwirtschaft kaufen, daß du weißt, wie das geht. (Abg. Tasch: „Erinnere dich an den Spruch: „Du darfst dem Sinowatz keinen Fußtritt geben, sonst haust du dem Muhrer die Zähne ein!““) Das ist schon richtig, nur, die Zeiten sind lang vorbei! In der Zwischenzeit seid ihr schon so weit unten, daß das Gras schon selber mit den Zähnen aufnehmen könnt's.

So, und jetzt können wir, Kurt, bitte wieder zu dem zurückkommen, was wir sagen sollen. Der Inhalt all dieser Diskussionen geht immer wieder darum, daß die Bauernschaft selbstverständlich sagt, Freunde, ihr habt's uns g'sagt, wir sollen das tun, wir sollen das tun, es wird nix passieren, wir werden euch das goldene Netz spannen. Realität ist, daß sie heute dastehen mit

all dem, was sie gemacht haben, das Falsche gemacht haben, das goldene Netz ist auch nicht da. Aber eines ist eingetreten, daß sie für die Produkte, die sie machen, noch viel, viel weniger bezahlt bekommen, als das vorher der Fall war.

Und jetzt möchte ich nur einen einzigen Satz noch zu dem Thema verlieren, und zwar den, daß ich sage, wir haben von einer Europareife gesprochen und haben gesagt, bitte, was können wir tun, damit diese Bauern so rasch als möglich dorthin kommen? Da habt ihr gesagt, haben wir alles im Griff, machen wir alles wunderbar. Geschehen ist null. Wir haben gesagt, machen wir unsere Hausaufgaben. Und der Herr Kollege Peinhaupt hat euch jetzt sehr klar erklärt, was mit den Hausaufgaben passiert ist, ihr seid nämlich jubeln gegangen zu einem Zeitpunkt und habt das Bärenfell verteilt, wo wir es noch nicht gehabt haben, und jetzt hat sich herausgestellt, daß der Bär, den wir geschossen haben, nicht der große Nurmi ist, sondern das kleine Baby, und da ist nicht mehr sehr viel übrig für die Bauern.

Daher, meine Damen und Herren von der Bäuerei beziehungsweise den bäuerlichen Vertretern in den Kammern und so weiter, ihr seid dem Manitu EU nachgerannt und habt gesagt, es wird alles besser werden. Und unser Beitritt zur EU wird noch etwas bewirken, wo ich glaube, daß ihr euch sehr gefreut habt, daß ihr dorthin kommt, nämlich jene vielen Fehler, die die Vertretung der Bauern, die die Kammern gemacht haben, bevor wir zur EU gekommen sind, weil jetzt kann ich locker sagen, das ist mit der EU und mit allem verbunden und so weiter und so fort, aber verschüttete Milch ist verschüttete Milch, die ist weg. Und wenn wir von der Milch reden, dann fällt mir auf, daß die Milch wesentlich billiger geworden ist, aber nicht deswegen, weil die EU so gut ist, sondern deswegen, weil wir das, was wir bei der Milch an Preis sparen, den Bauern aus dem Sack ziehen. Und zwar so aus dem Sack ziehen, daß dies eigentlich einem ganz interessanten Prozeß zugrunde liegt. So in der Zeit zwischen Stephanitag und Neujahrstag haben der Rundfunk und das Fernsehen begonnen, sich langsam auf die große Verbilligungswelle einzuschließen. Und es hat also keinen Tag gegeben, wo nicht irgendein Politiker, die Frau Ederer, aufgestanden ist und gesagt hat, was wir uns jetzt alles ersparen werden, und was sich die Hausfrauen ersparen werden, weil das Salz nicht mehr 8 Schilling kostet, sondern nur mehr 4 Schilling kostet und die Milch nicht mehr soviel, sondern nur mehr 7,90 Schilling kostet und, und, und. Und das waren eigentlich alles Produkte, die eigentlich zu Lasten unserer eigenen Betriebe gegangen sind. Da war sehr klar zu erkennen, daß das vor Weihnachten noch 1500 Schilling, dann waren es nur mehr 1000 Schilling, und in der Zwischenzeit sind wir schon wesentlich weiter herunter mit der Ersparnis. Ich habe mir mit meiner Frau ausgerechnet, wieviel Kilo Salz ich im Jahr essen muß, daß ich mir 1000 Schilling ersparen kann. Und ich muß sagen, da ist besser, ich wandere nach Utah aus, da kann ich mich in den Salzsee legen und kann es gleich automatisch miteinlöfeln, weil solche Mengen kann ein Haushalt gar nicht verbrauchen.

Aber das, wovon wir geredet haben, meine Damen und Herren, dem sogenannten österreichischen Feinkostladen und dem steirischen Feinkostladen, das

haben wir an dem Tag, wo wir in die EU hineingegangen sind, im eigenen Land schon verspielt. Herr Landesrat, wir haben von der hohen Qualität der steirischen Milch gesprochen. Warum haben wir diese hohe Qualität nicht um das teurer verkauft? Warum haben wir den Wettbewerb mit der billigen Milch mitgemacht? Hat sich da niemand von den Kämmerern gefunden, der da gesagt hat: „Halt, bis hierher und nicht weiter!“? (Landesrat Pörtl: „Ja! Mußt einmal mit dem Herrn Hofer sprechen!“) Ich gehe einmal mit dir mit. Der Herr Hofer nimmt alles, was billig ist. Und wenn er es woanders kriegt. Die Frage ist nur, warum sind wir auf das eingestiegen? Warum ist man auf das eingestiegen und hat gesagt, na gut, dann müssen wir halt den Konkurrenzkampf mitmachen? Und jetzt zu sagen, der österreichische Konsument hat es nicht verstanden, nämlich diesen Feinkostladen, diese gute innerösterreichische Qualität, dann muß ich sagen, dort haben wir schon verspielt. Eines ist interessant, jene Produkte, die nicht von uns kommen – denken Sie zum Beispiel an die Orangen, an die Mandarinen, an die Bananen –, bitte, die sind hinaufgegangen. Da hat es wohl gewirkt. Da haben die venezolanischen Bananenbauern und die aus Paraguay, und wo immer her wir unsere Mangos und sonstiges kriegen, die haben den Preis wohl mitgemacht. Daher verstehe ich nicht, warum man das bei uns nicht getan hat. Und damit, glaube ich, können wir für eine Zeitlang den Feinkostenladen Österreich oder Steiermark begraden.

Eines aber wünsche ich mir, und eines aber müssen wir vereint schaffen. Dieses Bewußtsein, kauf im Land und kauf österreichische und steirische Produkte, vor allem dort, wo es unsere hochqualitativen Produkte betrifft, die mit Auflagen belastet sind, damit sie diese Qualität haben, diesen Wettbewerbshemmschuh, den müssen wir Österreicher mittragen helfen am Anfang. Und wir müssen das unseren Bürgern sagen, daß sie diese Produkte kaufen sollen.

Und jetzt möchte ich noch etwas zum Transportzuschlag sagen. Der Transportzuschlag ist sicherlich nicht EU-konform und ist für mich sehr problematisch. Problematisch aus zwei Gründen. Erstens einmal, weil wir mit der Genehmigung dieser Vorgangsweise Schleusen öffnen, in unsere Budgets einzubringen, die wir unter höchster Anstrengung und mit allem, was wir an Stopfmitteln in die Löcher hineinstopfen, nicht mehr zum Stillstand bringen, weil, meine Damen und Herren, das, was jetzt passiert, erst der Anfang ist. Es wird auch andere Bereiche geben, die darunter leiden, und ich bin gespannt darauf, was der Kollege Purr und andere Vertreter des Kleingewerbes, der Wirtschaft, der Gewerbetreibenden, der Greißler, der Händler und so weiter erzählen werden, wie es ihnen ergeht. Und ich glaube, daß wir dort ein zweites Problem haben. Und wer in den letzten Tagen ferngesehen hat, wird also durchaus festgestellt haben, daß hier Zustände herrschen, die besorgniserregend sind. Besorgniserregend insofern, daß die Versorgung besonders für jene Leute, die nicht so mobil sind, um in die nächste größere Stadt zum Greißler fahren zu können, wo sie dann die Milch um 7,90 Schilling, nicht um 7,90 Schilling, vielleicht jetzt schon um 6,50 Schilling oder was immer bekommen, höchst schwierig ist. Der Betrieb, der kleine Greißler, der diese Grund-

nahrungsmittel ja braucht, weil er ja sonst keine Kundenschaft hat, der wird sukzessive auch aus dem Verkehr getrieben.

Und zu dem Greißlersterben, das wir jetzt haben, genauso wie zu dem Bauernsterben, das wir gehabt haben, wird ein Verstärkungseffekt kommen, und wir werden diesem Problem nicht nur auf der landwirtschaftlichen Seite als Stützung entgegenkommen, sondern wir werden auch dort etwas zu tun haben. Und es wird sofort die Forderung kommen, wir müssen dort Geld hineinpumpen. Und ich sage noch einmal, die Schleusen, die wir hier aufmachen, werden wir nie mehr zubringen. Und das ist problematisch.

Meine Damen und Herren, es ist aber auch sehr problematisch, wenn man diesen Umstand benützt für ein Junktim in Höhe von 70 Millionen Schilling. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es gibt kein Junktim!“) Es gibt kein Junktim? (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich sage noch einmal: Es gibt kein Junktim!“) Klargestellt, es gibt kein Junktim. Aber die Forderung aufzustellen, 70 Millionen Schilling für die Stahlpensionisten zu nehmen – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Gibt es nicht!“) Es freut mich zu hören, daß es das nicht gibt. Ich hätte diese Forderung für sehr bedenklich gehalten, auch demokratiepolitisch bedenklich gehalten, und habe kein Verständnis dafür. Noch dazu, bitte, wenn ich das auch sagen darf, wir den Betroffenen, nämlich den Stahlpensionisten, die ein Recht haben auf ihr Entgelt, das sie sich über ihre Zeit erarbeitet haben, keinen Dienst erweisen, wenn wir ihnen ein Almosen anbieten, sondern wir sollten sie mit gutem Glauben darin unterstützen, daß sie zu ihrem Recht kommen. Und das ist, glaube ich, etwas, was wir gemeinsam tun sollten. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „So ist es!“) Ich freue mich zu hören, daß es also in dem Bereich bereits einen Silberstreif am Horizont gibt. Ich hoffe, daß wir auch, und das sage ich jetzt auch Landesrat Pörtl, mit dem gemeinsamen Willen unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung, unserer bäuerlichen Bevölkerung zu helfen, auch zu Rande kommen, ohne daß wir jetzt alle Schleusen öffnen müssen. Und aus diesem Grund haben wir uns dazu entschlossen, einen Beschlußantrag einzubringen – wir haben den auch mit den Kollegen der Fraktion der Österreichischen Volkspartei besprochen, und ich glaube, daß dies ein Beschlußantrag ist, der in beiden Lagern das nötige Echo gefunden hat –, betreffend einen Landwirtschaftsförderungsfonds zur Existenzsicherung bäuerlicher Betriebe.

Der Beitritt zur Europäischen Union hat für die steirischen Bauern bei gravierenden Preiseinbußen im Produktionsbereich und bei zusätzlichen Belastungen im sozialen Bereich zu einer existenzbedrohenden Einkommenssituation geführt.

Um der Zielsetzung des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes zu entsprechen und sowohl eine flächendeckende Landbewirtschaftung als auch die weitgehend importunabhängige Versorgung der heimischen Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln sicherstellen zu können, ist es erforderlich, die drohenden Einkommensverluste der steirischen Bauernschaft durch geeignete Maßnahmen sofort abzufedern.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die Effizienz der Einrichtung eines Landwirtschaftsförderungsfonds zur Existenzsicherung bäuerlicher Betriebe zu prüfen, der weitgehend aus budgetären Einsparungen und Umschichtungen zu speisen ist, um rasch und effizient der steirischen Bauernschaft Hilfestellung geben zu können. Dieser Antrag ist gezeichnet von den Abgeordneten Peinhaupt, Vesko, Schützenhöfer und Grillitsch. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 18.05 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer, ich erteile es ihm.

**Abg. Riebenbauer (18.05 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist eigentlich schon sehr viel gesprochen worden, trotzdem, glaube ich, ist es notwendig, daß man noch ein paar Stellungnahmen abgibt und einige meiner persönlichen Meinungen zu diesem sehr wichtigen Thema sagt. Herr Kollege Peinhaupt, wenn man 70 bitter notwendige Millionen Schilling als Sterbehilfe bezeichnet, dann ist das für mich ein sichtbares Zeichen, wie ernst man eigentlich von eurer Seite die Politik nimmt. Und es stimmt mich als zweites doch etwas traurig, wenn von der Frau Abgeordneten Kaufmann und vom Herrn Kollegen Peinhaupt kein einziges Wort gesagt wird, wie wir es besser machen könnten, kein einziger Vorschlag, wie man die Zukunft bewältigen könnte, sondern nur Kritik! (Abg. Peinhaupt: „Es wurde etwas anderes gesagt!“) Meine Kuh ist noch im Stall derweilen. Sondern nur Kritik und Mißgunst gestreut wird. Und, Herr Kollege Getzinger, unsere beste Milch gegen Biomilch auszuspielen ist nicht die Rettung der Bauern. Vor kurzem habe ich den „Runden Tisch“ gesehen und zugehört, und da ist der Parteiobmann Haider gefragt worden, wo er sich Sparen vorstellen könnte. Ich habe zwei Aussagen gehört. Die eine war, beim Semmeringbasistunnel, und die zweite Aussage war, ja, bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, schickt doch die Bauern nicht so oft auf die Kur, die tun ja nur die Häuser damit füllen, da könnte man einsparen. Ja bitte, wenn man jenen abgerackerten Menschen, die Kreuzweh haben Tag für Tag, nicht einmal mehr den Kuraufenthalt vergönnt, dann zeigt das das wahre Gesicht der FPÖ. Das muß man klar und deutlich sagen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist falsch!“) Ich habe es persönlich gehört. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Du hast das wiederum falsch interpretiert!“) Du willst es immer so interpretieren, wie es dir paßt! (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Es ist etwas ganz anderes gesagt worden! Und es ist ein Mißstand aufgezeigt worden, der zum Himmel stinkt!“) Häuser füllen, hat er gesagt. Es gibt immer bei solchen Aussagen im Fernsehen Meinungsunterschiede. Ich als Bauer habe es so aufgefaßt, wenn du es anders siehst, kann ich nichts machen. Und die Leute draußen haben es auch so gesehen und so aufgenommen!

Nun zur Kritik an der Genossenschaft. In der Molkerei Ernst in Hartberg, meine Damen und Herren, da gibt es keine Genossenschaftsfunktionäre und trotzdem keinen besseren Milchpreis. Ja, um Gottes willen, wer ist denn da schuld? Ich frage mich nur.

Aber wie hat sich die langjährige Gewerkschaftsarbeit im Konsum eigentlich ausgewirkt? 1994 1,7 Milliarden Schilling Verlust! Jetzt braucht ihr nur noch sagen, da ist auch noch der Bauernbund schuld am Zustand in dieser Genossenschaft. Ich glaube es nicht, daß das auch noch kommt. Aber zutrauen würde ich es euch wirklich. (Beifall bei der FPÖ.)

Sozialversicherungsbeiträge nach den tatsächlichen Einkommen, liebe Frau Abgeordnete Kaufmann, wenn der Sozialminister diese Differenz übernimmt, die bei den Einzahlungen herauskommt, bin ich selbstverständlich dafür. Ich glaube, da verstehen wir uns beide richtig. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es gibt Bereiche, wo man sagen muß, das könnte man berichtigen!“) Ist für die Bauernkrankenkasse der Landwirtschaftsminister zuständig? (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber das spielt sich nicht über das Sozialministerium ab, da gibt es andere Bemessungsgrundlagen!“) Fragen wir uns nicht immer, wie viele aufhören, sondern fragen wir uns, wie wir helfen können. Das ist in der derzeitigen Situation das Wichtigste! (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist gescheit, jawohl!“) Ich danke, daß Sie auch daraufkommen. Nützen wir die Chance der Direktvermarktung. Und noch eines, meine geschätzten Damen und Herren: Wenn ich zu einer Operation gehen muß und am Operationstisch liege oder eine Krankheit habe und es wird mir nur gesagt, was mir alles passieren kann, und daß ich sterben werde, dann habe ich keine Hoffnung. Aber wir haben trotzdem noch eine Hoffnung, wir steirischen Bäuerinnen und Bauern sind nicht dümmer als die anderen in Europa, haben wir doch ein bißchen mehr Selbstvertrauen und lassen wir uns nicht immer niederreden, wie dumm und wie schlecht wir sind. (Abg. Gennaro: „Uns brauchst du nicht zu überzeugen, aber eure Bauern müßt ihr überzeugen!“) Mir gelingt das sicher besser wie dir. Wir vom Steirischen Bauernbund und von der steirischen Volkspartei – und das paßt euch sicher auch nicht, was ich jetzt sage – haben nicht die einfache Variante oder die Billigvariante beim EU-Beitritt gewählt. Wir hätten genauso gut nein sagen können, weil wir dann gewußt hätten, daß wir heute hier vorne groß reden könnten, sondern wir haben aus der Verantwortung für die Zukunft heraus gesagt „jawohl, wir glauben, daß ein Beitritt zur EU längerfristig – längerfristig bitte – das kleinere Übel ist, und wir nehmen diese Herausforderung an!“ (Abg. Peinhaupt: „Wir glauben oder wir wissen?“ – Abg. Kaufmann: „Ist das eine Glaubensfrage?“) Wir wissen es – ich weiß es! (Abg. Peinhaupt: „Hast du den GATT-Vertrag einmal gelesen?“) Oh, ja! (Abg. Peinhaupt: „Weißt du, was das bedeutet, sondern so viel Prozent Marktanteil am 350-Millionen-Markt?“) Ja, das will ich dir ja gerade sagen, daß das GATT-Übereinkommen der Grund war, daß wir dieses Wissen haben. Nicht nur du, auch ich!

Ich habe von den freiheitlichen Bauern leider, Kollege Peinhaupt, in der Zeit keine Vorschläge gehört oder keine Initiativen vorgefunden, wie man die Auswirkungen des GATT bewältigen könnte, bitte. Außer Kritik, außer Miesmachen ist euch nichts eingefallen. Ich frage dich nur, wie sollen wir unsere Tausende Rinder, die wir täglich exportieren müssen, exportie-



ren, wenn wir den Markt nicht hätten? (Abg. Peinhaupt: „Was hätten wir zum Beispiel für Übergangphasen im GATT?“) Ja, schlage mir eine vor, du bist ja eh so gescheit! Eine Sondersitzung des Nationalrates zu verlangen und dann im letzten Moment auf einen Entschließungsantrag der ÖVP aufzuspringen, das ist mir alleine zu wenig! (Abg. Peinhaupt: „Die ÖVP hat ihre eigenen Versprechungen in Anträgen abgelehnt! Ihre eigenen Versprechungen!“) So legst du es wieder aus. Das kann ich genauso widerlegen, wie der Herr Vesko mir vorher. Die steirische Volkspartei hat eine Initiative gesetzt, die euch alle anscheinend heute in diesem Hause nicht glücklich macht. (Abg. Peinhaupt: „Du weißt selber nicht, was du sagst“) Wir haben von der Struktur her nicht die gleichen Bedingungen wie die Bayern zum Beispiel. Deshalb möchte ich nur eines ehrlich und sachlich sagen: Stahlpensionisten gegen Milchbauern auszuspielen ist keine Lösung, und ist höchstens der Ausdruck eines Klassenkampfes, den wir alle in diesem Hause nicht wollen! Wir alle wollen keinen Klassenkampf! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, wir haben im Grünlandbereich keine Alternative, wer die Kuh hinaustreibt, fängt mit Waldanpflanzen an, und das kann nicht die Lösung sein. Wir Milchbauern – und das sage ich ganz klar und deutlich –, wir brauchen keine Almosen, wir brauchen keine Sozialhilfe, sondern wir wollen unseren gerechten Lohn für unsere Arbeit, die wir tagtäglich, Sonntag oder Wochentag, verrichten. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich hoffe, daß mit diesem Beschlußantrag, der jetzt eingebracht worden ist, auch eine Lösung gefunden wird, sobald als möglich, bitte! Diese 20 Groschen oder jede mögliche Förderung, die dann gemeinsam beschlossen wird, sind sicher nicht die einzige Rettung für uns. Aber man zeigt uns Bauern damit klar und deutlich: Bauer, wir brauchen dich, und die Politik läßt dich nicht im Stich! – und das ist meiner Ansicht nach die Grundvoraussetzung.

Wir Bauern, meine Damen und Herren, wir haben uns auch gegen die Supermarktketten zu wehren. Es kann doch nicht sein, daß unser bestes Produkt, die Milch, als Lockartikel in den Supermärkten angeboten wird. Wir lassen uns diesen Preiskampf, der auf unserem Rücken ausgetragen wird, sicher nicht länger gefallen! Wir erzeugen alle gemeinsam unter schwierigsten Bedingungen ein wertvolles, lebenswichtiges Produkt, und keinen Schleuderartikel. Wenn Katzenfutter mehr kostet als Milch, dann kann auf dieser Welt etwas nicht stimmen! Es geht mir nicht nur um unsere Milchbauern, meine Damen und Herren. Sondern es geht mir auch um unsere kleinen Kaufleute in unseren Dörfern. Solche Schleuderpreise bringen jede Nahversorgung um. Auch ich fordere die Versorgungsbetriebe auf, sich von den Großhandelsketten nicht gegenseitig ausspielen zu lassen, sondern in Einigkeit aufzutreten. Aus dieser Sicht gibt es sicher eine geschlossene Meinung. Ich fordere die Verarbeitungsbetriebe nochmals auf, sich nicht erpressen zu lassen, denn solche Preise will niemand. Ich bin überzeugt davon, und die Frau Abgeordnete Karisch hat es mir bestätigt, daß unserem Konsumenten ein Liter Frischmilch sicherlich auch 9,90 Schilling wert ist. Weil der Konsument weiß, daß er damit nicht nur die Bauern, sondern auch unsere Kulturlandschaft rettet.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, mit gegenseitigen Schuldzuweisungen ist uns Bauern in dieser Situation am allerallerwenigsten geholfen. Ergreifen wir gemeinsam die Initiative, damit auf Bundesebene das Versprochene gehalten wird und wir als Land Steiermark gemeinsam unseren Teil zur Existenzsicherung unserer bäuerlichen Betriebe beitragen. Unsere Bäuerinnen und Bauern werden Ihnen allen dankbar dafür sein! (Beifall bei der ÖVP. – 18.16 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (18.17 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren!

Eine Aussage – und ich mische mich jetzt nicht in die landwirtschaftliche Diskussion ein, obwohl ich da auch sehr vieles zu sagen hätte oder sagen möchte. Den einen Punkt, lieber Freund Riebenbauer, „Kuraufenthalte bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, das wahre Gesicht der FPÖ“, den möchte ich doch aufklären. Ich habe mich dazu sehr klar und deutlich geäußert, und ich glaube, es sollte jeder in dem Hause wissen, um was es geht. Die Sozialversicherungsanstalt der Bauern hat anscheinend Probleme, ihre Kurhäuser, die sehr gut sind und die blendend geführt werden, auch entsprechend zu füllen. Diese Probleme sind mit Sicherheit vorhanden. Was macht jetzt die Sozialversicherungsanstalt der Bauern? Sie hat also im Zeitalter des Computers ein Programm entwickelt, wodurch man feststellt, wer unter Umständen einen Kuraufenthalt benötigt. Das heißt im Klartext: Wenn jemand genügend Efortil nimmt, wird er verdächtigt, daß er mit dem Kreislauf etwas hat, also ist es sinnvoll, wenn er eine Kreislaufkur macht. Oder wenn jemand genügend Voltaren nimmt, dann scheint er ein Rheumafall zu sein, und das spuckt der Computer automatisch aus. Dann kriegt der Betroffene – und ich weiß gar nicht, ob das mit dem Datenschutz vereinbar ist, sehr geehrte Damen und Herren –, dann spuckt das der Computer aus. Die Person bekommt ein Schreiben, daß sie auf Grund des Medikamentenkonsumes einen Kuraufenthalt benötige. Kein Arzt hat dort eine Indikation verordnet. Gleichzeitig kriegt der behandelnde Arzt, weil den haben wir auch im Computer, einen auch vom Computer ausgespuckten Ausdruck. Da steht nicht drinnen, oder da wird er nicht gefragt, ob dieser Kuraufenthalt angebracht sei oder benötigt werde, sondern in diesem Computerausdruck – und ich kann ihn euch geben, ich habe es alles oben gesammelt – steht drinnen, wenn er nicht innerhalb von 14 Tagen einen Einwand macht, daß der Kuraufenthalt eventuell schädlich sei, nimmt man an, daß er dem zustimmt. Das heißt, er trägt sogar die Verantwortung, wenn es schädlich sein sollte. So, und diesen Zustand kritisiere ich. Wir haben mit Sicherheit nichts dagegen, und ich habe mich ganz klar geäußert, daß jemand, der eine Kur benötigt, diese auch kriegen soll. Ich mache aber keinen Unterschied, ob das ein Landwirt oder ob das ein Schöpfer am Bau ist. Bitte das einmal klar zur Kenntnis zu nehmen. Der Schöpfer am Bau wartet ja drei, vier Jahre, bis er eine Kur genehmigt erhält. Jeder soll seine Kur haben.

Aber es sollte nicht sein, wenn ich Häuser, die augenscheinlich jetzt schon nicht mehr entsprechen, ohne daß ich jetzt kooperiere, wenn man Sozialversicherungen zusammenlegt, da gibt es ja andere, die unter Umständen dort hinein könnten und behandelt werden, daß ohne ärztliche Indikation dieses sogenannte Zielgruppenprogramm durchgeführt wird. Damit das klar ist.

Also, es ist nicht die Freiheitliche Partei, die niemandem einen Kuraufenthalt vergönnt. Aber gerade jetzt, wo wir über jeden Schilling nachdenken. Denken wir vielleicht darüber nach, daß die Bauern sowieso die schlechteste Krankenversicherung haben, sie haben 20 Prozent Selbstbehalt! Reden wir einmal darüber. Ihr habt dort im letzten Jahr 60 Millionen Schilling hinausgeschmissen. Wieso nehmen wir bei diesem Selbstbehalt nicht etwas zurück, wenn es ihnen so schlecht geht? Dieses Zielgruppenprogramm hat in der ersten Abwicklung rund 60 Millionen Schilling gekostet. Reden wir doch darüber, ob wir den Bauern nicht vielleicht besser helfen könnten, wenn man sie bei dem hohen Selbstbehalt entlasten könnte. Setzen wir doch in einer Zeit, wo wir jetzt seit über zwei Stunden auch über die Nöte der Bauernschaft nachdenken, in jedem Punkt einmal den Hebel an. Durchforsten wir jeden Punkt, ob wir nicht auch im eigenen Bereich die Möglichkeit haben, unseren Freunden in der Landwirtschaft unter die Arme zu greifen. Das ist unsere Kritik. Du darfst im Zeitalter des Gemeinderatswahlkampfes weiter sagen, wir sind den Bauern das nicht vergönnt, nur, es entspricht absolut nicht der Wahrheit. (Beifall bei der FPÖ. - 18.20 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Köhldorfer, ich erteile es ihm.

**Abg. Köhldorfer (18.20 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Sie werden sich vielleicht ein bißchen wundern, daß ich als Nichtbauer mich zum Thema Milchpreis heute hier herstelle, aber ich muß mich als Vertreter des steirischen Kleinhandels zum Thema Milchpreis ganz einfach zum Wort melden.

Sie, Herr Landesrat, und Ihre sogenannte Bauernvertretung behaupten immer wieder oder reden immer wieder davon, daß die Genossenschaften, aber vor allem der Handel schuld ist, daß die Milchbauern nur mehr knapp 4 Schilling je Liter Milch, und bei uns in der Oststeiermark sogar nur 3,80 Schilling je Liter Milch bekommen. Und ich verwehre mich hier, bitte, an dieser Stelle gegen diese allgemeine Behauptung, der Handel ist schuld. Und ich darf Ihnen das auch näher erläutern.

Wenn vier bis fünf Handelsketten die Genossenschaften derart unter Druck setzen und sie zu Milchpreisen zwingen, die weder den Molkereien noch unseren heimischen Milchbauern ein Überleben bieten, dann ist das eine Sache. Und wenn der sogenannte Kleinhändler, auch Greißler oder der Kaufmann ums Eck genannt, um mindestens 2 Schilling je Liter Milch im Einkauf mehr bezahlen muß, als die Supermärkte die Milch an den Endverbraucher anbieten, dann kann man hier nicht mehr davon sprechen, daß der Handel allgemein am Milchpreis schuld ist.

Hier muß bitte mit den Vertretern in der Genossenschaft geredet werden, die diese Preise mit den Handelsketten ausgemacht haben. Und der Herr Landesrat hat vorhin so einen kleinen Zwischenruf gemacht, „na, dann redet's einmal mit den Herren vom Hofer zum Beispiel“. (Landesrat Pörtl: „Wir reden mit ihnen!“) Ja, ich hoffe, daß ihr mit ihnen redet. Weil der Hofer verkauft die Milch jetzt zur Zeit billiger, als sie im deutschen Raum zu haben ist, bitte, und das auf unsere Kosten. Auf Kosten vom Kleinhandel und vor allem auf Kosten unserer Bauern! (Beifall bei der FPÖ.)

In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, ist es ja so, daß nicht nur unsere heimischen Bauern das einzige Opfer des EU-Beitrittes sind, sondern daß es vor allem der kleine und mittlere Fachhandel, aber eben unser klassischer Nahversorger, der sogenannte Greißler, ist. Und wenn jemand am vergangenen Samstag die „Kronenzeitung“ im Wirtschaftsteil aufgeschlagen hat, hat er auch gelesen, wie der Herr Resl zitiert wird – nicht unser Finanzreferent, sondern der Herr Resl, der Chef der Steirischen Desserta –, der gesagt hat: „Ich bin so froh, daß wir in der Steiermark jetzt den EU-Preis bei den Molkereiprodukten haben, bei der Milch zum Beispiel 8,60 Schilling.“ Da kann ich als Vertreter des Kleinhandels nur sagen, bravo. Weil alle Greißler, die wir in der Steiermark haben, die wären froh, wenn sie die Milch um 8,60 Schilling einkaufen könnten, und das ist bei weitem bitte nicht so.

Und auf der gleichen Seite wird dann auch noch ein Gremialvorsteher der Steirischen Wirtschaftskammer zitiert, der gesagt hat: „Der Kleinhändler darf eben jene Produkte, die zu Billigpreisen von den Handelsketten oder Handelsriesen angeboten werden, nicht in sein Regal stellen.“

Meine Damen und Herren, das ist ein offizieller Aufruf eines Vertreters des Kleinhandels, der sagt, mit diesem Satz, die Greißler sollen zusperrern. Jawohl, noch einmal, zusperrern. Denn ohne Grundnahrungsmittel, und Milch bitte ist ein Grundnahrungsmittel, ohne Milch und ohne dieses Grundnahrungsmittel hat ein Nahversorger keine Überlebenschance mehr und muß zusperrern. Und da kann ich wirklich nur sagen, bravo EU, bravo Kammervvertretung und bravo Genossenschaften!

Aber so kann es ja bitte nicht weitergehen. Wir leben auf einem großen Fuß, den wir uns einfach nicht leisten können. Ohne eine sofortige Preisregulierung auf den tatsächlichen Preis, der für alle vertretbar ist, der ein Überleben für unsere Bauern und auch ein Überleben für unsere Nahversorger bietet, kann es in Österreich nicht weitergehen. Wenn die Bauern ihre Produktion nicht bezahlt bekommen, sterben sie. Und wenn die Supermärkte weiterhin mit Grundnahrungsmitteln, und der Kollege Riebenbauer hat das ja sehr treffend gesagt, Lockpreise veranstalten, stirbt unsere Nahversorgung. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber gerade die Bauern und der regionale Kleinhandel sind es ja bitte, die unseren Fremdenverkehr stützen. In einem Ausmaß stützen und damit eine unsere wichtigsten Einnahmequellen überhaupt erst möglich machen. Mit einem Sterben unserer Bauern und vor allem einem Sterben unserer Nahversorger ist auch dieser große Wirtschaftszweig in Frage gestellt.

Und wenn es unsere Pflichtvertretung nicht schafft, daß sie ein Überleben der Kleinen, unserer Bauern und

unserer Nahversorger, sichern können, dann müssen wir das selbst in die Hand nehmen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 18.26 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Nächster ist der Herr Kollege Purr, ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Purr (18.26 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man diese Diskussion sehr aufmerksam verfolgt, dann bekommt man das Gefühl, daß eine Tendenz dazu besteht, daß man sich plötzlich für eine Berufsgruppe, für einen Berufsstand ganz besonders ins Zeug wirft und daß im Moment unbeachtet bleibt, was sich in anderen Sparten ereignet. Und wir laufen Gefahr, daß wir eine Berufsgruppe gegen die andere auszuspielen beginnen.

Es ist sicherlich eine ganz bedenkliche Entwicklung, die derzeit in der Bauernschaft um sich greift. Aber ohne GATT und ohne EU ist es deutlich erkennbar, daß sich auch in diesem Bauernstand im Laufe von Jahrzehnten einiges sehr deutlich geändert hat. Nämlich, wir hatten im Jahr 1951 noch 72 Prozent Vollerwerbsbauern und rund 22 Prozent im Nebenerwerb. Das gleiche 40 Jahre später: sind es 24 Prozent im Vollerwerb und 60 Prozent im Nebenerwerb. Und seit Beginn der fünfziger Jahre ist von vier Höfen einer aufgegeben worden, sind von zehn Vollerwerbsbauern sieben in den Nebenerwerb gegangen, haben aufgegeben und hat sich die Zahl der Nebenerwerbsbauern, wie Sie gehört haben, auch wirklich verdoppelt. Und das alles ohne die Vereinbarungen der GATT, und das alles ohne die Entwicklung, die die EU mit sich gebracht hat. Die GATT-Vereinbarungen vom Dezember 1993 zwingen die österreichische Agrarpolitik zu einer tiefgreifenden Änderung der Marktordnung, der Agrarpreise und auch der agrarischen Handelspolitik. Der Rohertragsverlust von eineinhalb Milliarden Schilling für die steirische Bauernschaft wird dadurch verursacht, daß es zu niedrigeren Preisen kommt, daß 15.000 Stück weniger Rinder exportiert werden können und vor allem, daß das Dreiphasensystem beim Obst zum Wegfall kommt.

Die EU-Mitgliedschaft ist in diesem Fall die wirklich bessere Lösung! Und ich hoffe, daß es niemanden gegeben hat unter uns allen, der gesagt hat „und am 1. Jänner 1995, wenn wir bei der EU sind, dann geht der Goldregen beziehungsweise der Geldregen nieder“. Daran wird niemand geglaubt haben, und ich bin überzeugt davon, daß die Realisten diesem Ereignis sehr offen in die Augen gesehen haben, denn es sind dort zum einen die Bauern eben betroffen in einem völlig neuen Wettbewerb, aber natürlich auch alle angegliederten Betriebsformen. Ich würde sagen, das geht in den Bereich der landwirtschaftlichen Maschinenerzeuger, das geht weiter in die Mühlen, das sind die Mahlprodukte, und, und, und. Und das löst eben eine Kettenreaktion aus. Aber nicht nur diese Bereiche, sondern eben auch andere daneben, die Nahversorger genauso. Und es ist undenkbar, und es wurde das heute auch schon reichlich oft genannt, daß der Handel einfach diesen Konkurrenzkampf, diesen Wettbewerbskampf, den die Großen untereinander führen, auf dem Rücken der Bauern austrägt. Es ist unsere Aufgabe, auch von der Landesseite her, hier

entsprechend tätig zu werden und mit den Molkereien zum einen und mit den Handelsketten zum anderen – und, lieber Kollege Köhldorfer, die meinen wir, die Handelsketten – in entsprechende Verhandlungen einzutreten. Es kann nicht Sinn Ihrer Leistungen sein, hier die Bauern einzig und allein zu belasten. Sie wissen aber auch, daß der Getreidepreis abgestürzt ist, daß sich der Getreidepreis halbiert hat, daß er bei rund 2 Schilling liegt.

Und jetzt machen Sie einen Blick auf den Mehlpreis. Das Mehl ist in den Läden billig geworden. Die Krapfen und die Striezel zerlaufen, der Gugelhupf zerfällt, die Mehlqualität stimmt nicht. Das ist das Mehl, das eben jetzt von den Handelsketten gebracht wurde, und das Getreide, das unsere Mühlen vermahlen, hat Qualitätsmehl in die Regale gebracht. Und da gibt es eben diese Qualitätsunterschiede, und die Mühlen richten es sich jetzt damit, daß sie Billiggetreide vermahlen und natürlich auch ein schlechteres Produkt auf den Markt bringen. Sie verkaufen es um 4,90 Schilling, und dann kommt die nächste Kette, auch das bringt keinen Ertrag. Und die rund 180 Mühlen – so schreiben es zumindest die Fachzeitschriften –, die Anzahl der 180 Mühlen wird sich im Laufe der nächsten fünf bis sechs Jahre wahrscheinlich halbieren.

Im großen und ganzen hat es aber eine Lagerabwertung gegeben. Zwischen 31. Dezember und 1. Jänner wurde der Lagerbestand aufgenommen und von der AMA durch Ausgleichszahlungen entsprechend abgewertet. Und für diesen Lebensmittelbereich stehen rund 4,5 Milliarden zur Verfügung. 2 Milliarden zahlt die EU, so heißt es, 1,5 der Bund und eine Milliarde das Land, und alles in allem sind Steuergelder, und alles in allem zahlt immer der Konsument, und ich glaube, das sollten wir uns auch ganz deutlich vor Augen führen. Wie es im Handel zugeht, auch darüber werden wir von den Medien entsprechend informiert. Wenn man sich vorstellt, daß dort Vergeltungskonkurrenz betrieben wird, daß es dort große Handelsunternehmen gibt, die plötzlich in die Zeitungen gehen mit 12, 13, 14 Milliarden Schilling Schulden, wo die Banken dann zusätzlich Kredite geben müssen, damit es sie überhaupt noch weiter gibt. Ist das die Tätigkeit der Händler? Ist das die Aufgabe des Handels, daß jetzt eventuelle Defizite auf dem Rücken der Bauern beglichen werden? Diese Frage gilt es, hier auch einmal offen zu behandeln und auch aufzulisten.

Zum anderen leiden aber die Nahversorger unter diesem Konkurrenzkampf, der hier so erbittert stattfindet. Auch auf diesem Sektor, so wie ich Ihnen vorher die Zahlen von den Bauern genannt habe, hat sich eine Entwicklung ergeben, die keineswegs beruhigend sein kann. 1985 gab es in Österreich noch 11.500 Lebensmittelhändler, 1993 waren es bereits um 2700 weniger, nämlich nur mehr 8800. In der Steiermark waren es 1985 1850 rund, jetzt sind es rund 1460. In 100 steirischen Gemeinden von den 543 Gemeinden in der Steiermark gibt es kein Lebensmittelgeschäft mehr. Und jeder zweite der 850 steirischen Läden ums Eck, die Kleinen haben auf Grund dieser Probleme, die wir alle reichlich kennen, größte Schwierigkeiten, auch in Zukunft zu bestehen. Die Hälfte dieser 1450 steirischen Lebensmittelhändler sind Familienbetriebe. Ich freue mich sehr, daß auf der einen Seite für

die Bauern in der Steiermark unter Führung von unserem Landeshauptmann mit dem Agrarlandesrat Initiativen gesetzt wurden, aber es ist ebenso erfreulich, daß gestern am Abend die zuständige Referentin für die Wirtschaft, unsere Landeshauptmannstellvertreterin Waltraud Klasnic, eine Initiative damit gesetzt hat, daß sie eine Förderaktion für die Nahversorger verlangt hat und diese auch beschlossen hat, in Fortsetzung der Nahversorgeraktion von 1990. In der Zwischenzeit wurde sie ja leider nicht dotiert, in der Zwischenzeit sind ja dafür keine Mittel zur Verfügung gestanden. Geehrte Frau Landeshauptmann, ich darf dir sehr, sehr herzlich danken, daß es zu diesem Beschluß der Landesregierung gekommen ist, Wirtschaftsförderungsmittel für die Nahversorgung wiederum bereitzustellen. Und so meine Damen und Herren, kann es nicht sein, daß wir in Zukunft wieder nur einzelne Gruppen herausgreifen, um die einen gegen die anderen auszuspielen. Wir alle haben eine gemeinsame Aufgabe, wir alle müssen daran interessiert sein, daß es der gesamten Bevölkerung entsprechend gutgeht. Und um diese Gesinnung darf ich Sie sehr herzlich bitten! (Beifall bei der ÖVP. - 18.37 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Der nächste ist der Herr Kollege Weilharter. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Weilharter (18.37 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, dieser steirische Landtag hat sich sicherlich schon sehr oft mit dem Thema und vor allem mit der Einkommenssituation unserer Landwirtschaft unterhalten. Und ich sage Ihnen sehr offen, aus meiner persönlichen Überzeugung heraus und auch aus der Überzeugung meiner Fraktion können wir nicht oft genug über die Situation der Landwirtschaft reden und vor allem nicht oft genug hier öffentlich das Bekenntnis zu unserer steirischen Landwirtschaft ablegen. Und, meine Damen und Herren, aus dieser Überlegung heraus haben viele Debatten hier im Hohen Haus schon stattgefunden, nur die heutige Agrardebatte steht wahrscheinlich unter einer anderen Notwendigkeit. Bisher waren die Erfordernisse immer die, daß der steirische Landtag sich mit der Landwirtschaft befaßt hat, unvorhergesehene Ereignisse, Naturkatastrophen, oder waren es Bestimmungen, die die Marktordnung betreffen, oder waren es eben die Beratungen und Beschlußfassungen zur Finanzierung, also sprich zum Budget. Heute, meine Damen und Herren, ist die Notwendigkeit gegeben, weil diesmal die Gefährdung der Landwirtschaft durch viele, viele hausgemachte Fehler gegeben ist. Ich sage bewußt hausgemacht, und es ist nicht die Ursache der Weltmarkt, es ist nicht die Ursache eine Katastrophe, es ist nicht die Ursache irgendein anderes Ereignis, sondern die Ursache, daß wir uns heute mit der sehr ersten Situation der Landwirtschaft auseinandersetzen müssen, die ist hausgemacht. Nämlich hausgemacht insofern, als der Österreichische Bauernbund, der Steirische Bauernbund in dem Fall, jahrzehntelang an seinen starren, versteinerten Strukturen in der Agrarpolitik festgehalten hat. (Abg. Grillitsch: „Rede doch bitte nicht so einen Stumpfsinn!“) Lieber Kollege Grillitsch, ich könnte es mir leicht machen und sagen, die Ressortverantwortung liegt immer bei der

ÖVP. So einfach mache ich es mir nicht. Sondern, lieber Kollege Grillitsch, ich werde dir auf Grund eines Beispiels das belegen.

Ich sage noch einmal, die ÖVP hat bewußt oder unbewußt die Bauern in den letzten Jahren falsch informiert und falsch beraten, weil sie in ihrer eigenen Bauernvertretung (Abg. Grillitsch: „Wie belegst du das?“) nicht die Flexibilität hat, sich den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Und jetzt, Kollege Grillitsch, bitte hör mir zu. Das Beispiel:

Alle Bauernvertreter von ÖVP, aber auch von SPÖ, haben im Vorjahr groß die Handelbarkeit des Milchkontingentes gefeiert. Sie haben im Bund durchgesetzt, daß endlich eine Liberalität am Milchmarkt eintritt, das heißt, daß Milchkontingente verkauft, verschoben und eben veräußert werden können. Bauernbundfunktionäre inklusive Kammerfunktionäre, meistens sind sie eh ident, sind durch die Lande gezogen und haben den Bauern geraten (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir haben nicht gefeiert!“) aufzustocken und die Bauern dahin gehend animiert, daß sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Viele steirische Bauern haben also da den Kammerfunktionären, den Bauernbundfunktionären geglaubt. Und es gibt Berechnungen, daß bei einer durchschnittlichen Betriebsgröße in der Steiermark in etwa Ausgaben für eine Aufstockung des Kontingentes in einer Größenordnung von einer halben Million und mehr getätigt wurden. Ebenso analog dazu war es notwendig, auch in die Verarbeitung und in die Produktion zu investieren. Sei es im Bereich der Melk- oder der Kühl- oder der Transporttechnik, auch hier werden Summen von 200.000 Schilling aufwärts genannt, so daß man in Summe sagen kann, ein durchschnittlicher Betrieb, der ein Kontingent zwischen 15.000, 20.000 und 30.000 Kilogramm erworben hat, je nachdem, in welcher Lage, und je nachdem, welcher Preis, denn die Handelbarkeit hat sich ja bewegt zwischen 15 Schilling und 18 Schilling, hat im Schnitt gerechnet 750.000 Schilling in die Zukunft auf Beratung der Bauernbundfunktionäre investiert. Und ich sage dazu, die Betroffenen, also jene, die diese Investition vorgenommen haben, haben damit gerechnet, daß sich die Preissituation nicht ändert, es wurde ihnen ja auch so gesagt. Und die zweite Seite, sie haben auch an sich selbst geglaubt und haben darauf gehofft und gebaut, daß sich mittelfristig diese Kosten rechnen. Das heißt, daß eine Amortisation mittelfristig für die Bauern gegeben ist, daß sich die Kosten selbst tragen und auf Grund dieser Investition die Gelder wieder zurück in den landwirtschaftlichen Betrieb kommen. Faktum ist aber, meine Damen und Herren, weil die ÖVP da falsch beraten hat und weil man nicht den Mut gehabt hat, Herr Landesrat Pörtl, im Vorjahr die Wahrheit zu sagen, daß seit 1. Jänner 1995 eine völlig andere Situation eingetreten ist, nämlich bei gleicher Leistung, bei gleicher Arbeit haben unsere Bauern einen Einkommensverlust, speziell im Milchbereich, bis zu 40 Prozent. Und, meine Damen und Herren, jene Bauern, die diesen Empfehlungen des Bauernbundes und der ÖVP gefolgt sind, haben zusätzlich noch, zusätzlich zu dem Preisverfall von bis zu 40 Prozent, jetzt eine Hypothek von rund 750.000 Schilling am Betrieb oder letztlich am Bauernhof hängen.

Meine Damen und Herren, die jetzt betriebene Politik des Bauernbundes versucht wiederum eine neue Schuldzuweisung zu treffen, nämlich den Genossenschaften, den Vermarktern die Schuld zuzuweisen für den Preisverfall, das ist meiner Meinung nach geschmacklos, und das schlägt jedem Faß den Boden aus. Meine Damen und Herren vom Bauernbund und lieber Herr Landesrat Pörtl, ich fordere wirklich auf, setzen wir mit dem heutigen Tag dieser falschen Politik, die Sie da mit dem Bauernbund betrieben haben, ein Ende. Es muß ein Ende sein dieser vorgegebenen Halbwahrheiten, es muß ein Ende sein dieser Roßtäuscherei, und dazu auch, bitte, ich sage Roßtäuscherei, zähle ich, wenn Sie im Vorjahr als Landesrat und Agrarverantwortlicher mit Ihren Bauernbündlern, mit Ihren Kammerfunktionären selbst also für die EU, selbst für diese Situation, die wir heute haben, sich eingesetzt haben, selbst dafür die Entscheidungen getroffen haben, selbst beraten haben, und wenn Sie jetzt gegen Ihre Entscheidung demonstrieren gehen. Das ist bitte schlichtweg unglaublich, das ist schlichtweg die Roßtäuscherei, die ich meine! (Landesrat Pörtl: „Wenn uns da die Füße einschlafen würden, das täte Ihnen so passen!“)

Herr Landesrat Pörtl, wenn der Bauernbund und Ihre Kammervertreter in dem Bereich noch einen Funken Anständigkeit haben (Landesrat Pörtl: „An Anstand fehlt es uns nicht!“), dann gebt bitte zu, daß ihr in der Vergangenheit und vor allem in der Vorbereitungsphase zur Europäischen Union auf das falsche Pferd gesetzt habt. Haben Sie den Mut, Herr Landesrat, mit Ihrem Bauernbund! (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die fetten Jahre sind vorbei!“) Haben Sie den Mut zu mehr Ehrlichkeit, denn ich bin überzeugt davon, wenn der Bauernbund diesen Mut aufbringt zu mehr Ehrlichkeit, dann wird dem Schrumpfungprozeß, dem Sie seit 1986 unterliegen, vielleicht ein Ende gesetzt. Aber wenn dieser Schrumpfungprozeß des Bauernbundes sich fortsetzt, dann bitte ich Sie, Herr Landesrat, dann bitte ich Sie als Repräsentant des Bauernbundes, lassen Sie die Hände von den Bauern (Landesrat Pörtl: „Ja, freilich! In deine Hände gebe ich sie sicher nicht!“), damit die Bauern nicht mit Ihnen mitschrumpfen, lassen Sie die Hände von den Bauern, damit sie nicht mitschrumpfen, wenn schon die Bauern nicht weiter wachsen werden, aber damit sie in ihrem Bestand erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren vom Bauernbund, und die Ressortverantwortlichkeit liegt eben seit Jahrzehnten bei Ihnen, haben Sie doch diesen Funken Anständigkeit, gestehen Sie ein, daß Sie einen großen Fehler gemacht haben (Landesrat Pörtl: „Das würde euch so passen!“), daß Sie viele Existenzen, von mir aus nicht bewußt, in Unwissenheit, wie auch immer, daß Sie viele Existenzen, nicht bewußt, gefährdet haben, aber daß Sie jahrzehntlang eine falsche Politik betrieben haben. Dann biete ich Ihnen ein Angebot. Dann kann ich Ihnen ein Angebot machen, vom Bauernbund, wenn Sie bereit sind und diesen Mut haben, bei der Wahrheit zu bleiben, dann sind wir als freiheitliche Fraktion durchaus bereit, mit Ihnen gemeinsam Lösungen für die Zukunft, vor allem für die Existenzsicherung unserer Bauern, zu vollziehen. In diesem Sinne bitte ich Sie noch einmal und fordere

Sie noch einmal auf, bleiben Sie bei der Wahrheit, denn unsere Bauern vertragen viel, sie vertragen auch in dieser Frage die Wahrheit! (Beifall bei der FPÖ. – 18.46 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kowald, ich erteile es ihm.

**Abg. Kowald (18.46 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, die letzte Wortmeldung war auch ein Beweis, daß man hergeht und eigentlich dem nachtrauert, was man jahrzehntlang kritisiert hat, nämlich die Arbeit der Interessenvertretung, die Arbeit des Bauernbundes für die Bauern, einer doch erfolgreichen Arbeit in den letzten Jahrzehnten. Ob du jetzt sagst, die Funktionäre sind erfolgreich, Gott sei Dank sind auch die Funktionäre des Bauernbundes Bauern, die sich auch auskennen und wissen, wovon sie reden. Du kommst zwar da her und möchtest reden – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Du bist die Ausnahme!“) Du möchtest zwar sagen, Ausnahmen, aber alle miteinander, wie wir da sind als bäuerliche Vertreter, sind Menschen und Leute, die halt, bevor sie hergehen, ihre Arbeit machen, am Betrieb genauso wie da! (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Du bist die Ausnahme!“) Und wenn du das auch bescheinigst, ich sei eine Ausnahme, ich sage, das sind alle so, die da kommen aus dem Bauernstand. Und wir sind deshalb hergekommen, Freunde, warum sind wir hergekommen, weil uns unsere Bauern da hergeschickt haben und gesagt haben „weil ihr daheim gearbeitet habt, und das läßt sich irgendwie auch beweisen, werdet ihr auch in der Lage sein, dort euren Mann zu stellen“.

Wenn du natürlich hergehst, ein bißchen theatralisch das darstellst und schauspielerisch vorlegst und meinst, alles ist schlecht gewesen in der letzten Zeit – (Abg. Weilharter: „Ich habe gesagt, gleiche Leistung, weniger Ertrag!“) hast du gesagt! –, dann ist das genauso eine Sache, wie wir das von den Kaufleuten gehört haben. Ich unterstelle keinem etwas. Dort, wo man sich auskennt, soll man bleiben, und wo man sich nicht auskennt, soll man aufpassen, was man sagt. Das sage ich auch ganz offen, weil die Verantwortung haben wir bisher wahrgenommen, und wir werden es auch in Zukunft machen. Weil ich muß euch sagen, es hilft wirklich nichts, und ich mag das nicht, mir hängt das zum Hals heraus, wenn ich immer wieder höre, was da von manchen Leuten geredet wird, vorgelegt wird, das lesen sie dann herunter, das wissen wir eh schon auswendig, nur, weil es halt gerade in die Zeit hineinpaßt und ein bißchen parteipolitisches Spiel getrieben wird. Ich sage euch, das hilft uns nicht weiter! Wir haben die ganzen Aufgaben wahrgenommen. Und sind wir doch ehrlich, der Kollege Purr hat es ja auch gesagt, einen Strukturwandel hat es ja überall gegeben. Tun wir doch hier jetzt nicht so herumtheatern, und tun wir so, als ob immer schon lauter Vollerwerbsbauern gewesen wären. Wir wissen, daß sich bisher schon vieles geändert hat, daß die Bauern Gott sei Dank in der Lage waren, auch die Aufgaben in Angriff zu nehmen, die Herausforderung aufzugreifen und auch zu bewältigen. Und wenn ich jetzt hergehe und sage in dem ganzen Bereich, weil du sagst „falsch beraten“. Schau, das ist genauso, wenn

heute einer hergeht und sagt, er muß eine Umschulung machen in einem Beruf, weil sich das halt so ergeben hat. Tu da nicht falsche Sachen erzählen, was nicht stimmt. In anderen Bereichen erleben wir es ja auch immer wieder, Stiftungen muß es dort und da geben, weil sich der Arbeitsmarkt so ergeben hat, Gott sei Dank auch die Vielfalt in der Landwirtschaft sich geboten hat, aber angenommen worden ist. Sind wir doch froh, daß diese Leistungen, die vielen neuen Einkommensquellen angenommen worden sind. Und man kann doch nicht sagen, es sei nicht vorbereitet worden!

Schau, ich muß dir das auch sagen: Es war ja bisher schon so, daß es Marktordnungsgesetze gegeben hat. Marktordnungsgesetze, die halt auch im gewissen Bereich Preise und Einkommen geregelt haben. Hat auch verschiedenen Leuten nicht immer gepaßt, je nachdem, wo sie zu Hause waren. Bestandesobergrenzen sind heute so oft angeschnitten worden. Ja, ich war selbst dabei in den Jahren 1978, wie wir über das verhandelt haben, und warum, weil es vielen bäuerlichen Betrieben mit ihren Betriebsstrukturen und Größen die Möglichkeit geboten hat, in dem Bereich auch ihr Einkommen zu erreichen. Was wäre denn sonst passiert? Wir hätten genauso die Strukturen und die Großbetriebe und die industrialisierte Landwirtschaft auch in unserem Land. Ist es nicht lustig, wenn wir jetzt sagen können – der Getzinger weiß es, weil er so genau zuhört, der Getzinger weiß es und hat es immer so gerne gehört –, wir haben die kleinbäuerliche Struktur. Wir haben sie erhalten! Ich sage das ganz offen. Und jetzt muß ich fragen, ist das alles verkehrt gewesen, die Erzeugergemeinschaften, die Produktionsgemeinschaften, Vermarktungsgemeinschaften, die wir aufgebaut haben? Gott sei Dank können wir darauf hinweisen auf diese Arbeit. (Abg. Weilharter: „Genossenschaften!“) Moment! Paß auf, ich bin ja selbst dabei! Aufpassen, tu nicht immer die Genossenschaft verwechseln mit dem einen und mit dem anderen. Selbst haben wir etwas installiert, wo wir gesagt haben, es paßt, und wir bedienen uns auch gewisser Einrichtungen. Sind wir froh, daß es so gegangen ist.

Ich bin kein Genossenschaftsfunktionär. Ich weiß aber, daß wir beide brauchen, den privaten Handel so wie die Genossenschaft. Weil wenn du beides nicht hast, weißt eh, wo du hinkommst. Das wäre genauso, wenn der eine zu stark werden würde und nicht immer vom anderen heruntergeholt werden würde. Wissen wir auch ganz genau. Und jetzt frage ich einmal eines, weil wir soviel vom Strukturwandel reden. Ich habe mir eines gedacht: Schaut einmal, der Konsum braucht jetzt eine 2-Milliarden-Schilling-Finanzspritze. Wie viele kleine Gewerbetreibende, wie viele Kaufleute, wie viele Fleischhauer waren die Leidtragenden, haben ihr Geschäft zusperrern müssen, weil eben auch gewisse Politiker in diesem Bereich der Großmärkte dazu beigetragen haben. Jetzt ist halt einmal der Konsum zu sanieren, und dann wird der nächste aufgefressen, wird halt der wieder zu sanieren sein. Auf der einen Seite gehen die Leute her und sind froh, wenn sie wo billig einkaufen können, aber auf der anderen Seite muß es dann wieder der Staat ausgleichen. Und die Lockmittel dagegen verwehren wir uns! Ich selbst bin vorigen Samstag unten gestanden vor dem

Großmarkt und habe gesagt: „Schaut, das geht so nicht! Wir brauchen doch auch ein entsprechendes Preisniveau.“ Der Konsument hat Verständnis gezeigt, er weiß aber auch, daß es Qualitätsprodukte gibt, die unsere Bauern erzeugen. Nichts anderes wollen wir, daß das einen Preis hat. Oben herunterrechnen, von verschiedenen Leuten sich herunterdrücken lassen; die Großmärkte sagen „wenn du mir die Milch so lieferst, wenn du mir das Fleisch so lieferst, kaufe ich es dir ab“, der nächste Fleischmarkt oder Großmarkt geht her und sagt noch billiger. Was unter dem Strich herauskommt, geben wir den Bauern, und dann gehen wir her und sagen „so, mehr ist nicht übriggeblieben, und das muß jetzt ausgeglichen werden“. Das geht halt auch nicht. Daß es überzogen worden ist, Freunde, weiß ich im Bereich des Schweinepreises. Da haben sie auch probiert: Innerhalb von zwei Tagen haben sie geglaubt, sie können uns mit der holländischen Ware überrennen. Ich bin selbst hinuntergefahren zum Schlachthof und habe mir das angeschaut. Gott sei Dank hat sich herausgestellt, daß wir in der Steiermark – und jetzt hör zu, Weilharter –, daß wir in der Steiermark unseren Bauern das vorgegeben haben, was richtig ist mit unserem Qualitätsprodukt. Was glaubst denn, was los wäre, wenn jetzt einer daherkäme und sagen würde: „Ja, die holländischen Sauen mit ihrem Fleisch sind viel besser als die steirischen.“ Da täten alle daherkommen und sagen: „Wie ihr die Bauern beraten habt, das war alles falsch, aber jetzt kommen wir drauf, daß es richtig war.“ Und der Konsument weiß das zu schätzen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ja, und bist du sicher, daß keine holländische Sau mehr hereinkommt?“) Nein, paß auf! Das kann ich nicht garantieren, aber eines – lieber Vesko – ist passiert: Es bestätigt, daß es richtige Beratung war, richtiges Zuchtziel, und der Konsument weiß das zu schätzen. Und wenn es der Preisanstieg wieder beweist in diesen Wochen, bin ich auch froh, und daß wir für unser ST und Porky-Qualität in diesen Wochen wiederum einen kleinen Zuschlag kriegen, weil wir Anerkennung finden, ist auch etwas Gutes. Nur, weil du sagst, es ist alles verkehrt. Mehr sage ich nicht. Mir wäre es lieber gewesen, um ein offenes Wort zu sagen und zu wiederholen, es wäre alles gleich geblieben, wir hätten keine EU-Beitritt und keine GATT-Bestimmung, und wir hätten gleich wirtschaften können. Aber da drinnen ist es beschlossen worden: Umweltauflagen, Tierschutzverordnungen, weniger Spritzen, Schongebietsverordnungen, Schutzgebiete, Sanierungsgebiete. Ist das Ehrlichkeit? Wo ist der Weilharter? Was ist ehrlich? Den Menschen zu sagen: „Paß auf, du mußt ein bißchen schauen dort und da, daß wir wieder hinkommen.“ Heute hat der Vesko gesagt, es hat hier Mißstände und Entwicklungen gegeben im Bereich der Bodenbearbeitungen von den Bauern. Ich habe mir das aufgeschrieben. Da reden wir, es ist alles schlecht, wir müssen reduzieren, und auf der anderen Seite sagen wir draußen, seid's ihr arme Kerl, ihr Bauern, was euch die alles antun. Sind wir doch ehrlich und sagen wir das ganz offen. Da verlangt ihr mehr Auflagen von unserem Pötl als Umweltlandesrat, und draußen sagt ihr es anders. Nix mehr so reden, wir werden es den Leuten so sagen, wie es notwendig ist. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Nein, nein, die Mehrheit habt schon ihr gehabt! Jetzt kommst du und sagst: ‚wir, das ist ein Blödsinn!‘“)

Schau, du sagst ja immer wieder, da drinnen geschieht zu wenig. Chibi, du sagst, es geschieht zu wenig, die Frau Abgeordnete Kaufmann sagt, es geschieht nichts, und der Herr Getzinger mit den Scherblern, die tun uns eh soviel an draußen als Bauern, das müssen wir auch den Leuten erzählen. Ganz offen sage ich das, weil man auch die Wahrheit sagen muß. (Abg. Trampusch: „Es ist ein Kompliment, daß die so gut sind!“)

Und jetzt habe ich dazu folgendes dazuzusagen, meine Freunde. Die ganzen Sachen, die die Kammer in Form von Informationen gemacht hat, kann man ja nicht verteufeln. Die Flächenfeststellungen sind notwendig, sie laufen gut. Die Kammerleute und die Bauern leisten beste Arbeit. Ich bin froh darüber, daß sie kommen, und bin auch sehr froh darüber, daß das auch positive Entwicklungen mit sich bringen wird. Wenn einer spricht von Roßtäuscherei und so weiter, das hilft uns nicht weiter. Taten müssen gesetzt werden und Sofortmaßnahmen! Und wenn der Landeshauptmann Sofortmaßnahmen gesetzt hat, so sind wir froh darüber, tun wir sie nicht verteufeln, sondern ziehen wir sie durch Verunsicherungen helfen nichts! Solidarität brauchen wir und Verständnis. Hören wir auf mit den parteipolitischen Spielen in diesem Zusammenhang, weil manche wissen ja genau, warum sie das hier sagen, daß sie irgendwo eine Stimme herkriegern können. Es war doch überall das gleiche, bei den anderen Gesetzen auch. Ich bin froh, daß der Konsument unsere steirische und einheimische Ware so begehrt, wir müssen durch, durch diese Wochen. Ich bin froh, daß die Flächenprämien ausgezahlt werden in diesem Bereich, dann können die Hetzer auch nicht mehr weiterreden. Und in diesem Zusammenhang hoffen wir, daß wir die nächste Zeit in gemeinsamen Anstrengungen zum Wohle unserer Bauern und der gesamten Bevölkerung bewältigen können. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 18.58 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich, ich erteile es ihm.

**Abg. Schleich** (18.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Kowald, das sieht man, ist ein sehr aktiver Vertreter. Wenn er und seine Leute vom Bauernbund es immer so gemacht hätte, dann hätten wir heute wahrscheinlich einen anderen Zustand! (Abg. Kowald: „Das habe ich nicht gesagt!“) Aber eines freut mich, Herr Kollege Kowald, daß du uns das Lob gibst, der Kaufmann Monika und dem Getzinger, daß sie wirklich nicht nur für die biologische, sondern für die logische Bodenbearbeitung sehr viel tun. Dafür herzlichsten Dank! Das hast du ja vor allen hier bestätigt. (Abg. Kowald: „Ich habe das nicht so gesagt, ich muß das bitte berichtigen!“) Ich habe es für dich gleich weitergeführt. Ich glaube aber, es ist sicher eine gute Sache, weil die Bauern wollen ja eine biologische Ware haben, und sie sind die Betreibenden dafür. (Abg. Kowald: „Er hat uns genug angetan! Sie tun herinnen viel verlangen und draußen anders reden!“) Danke, das ist wirklich sehr, sehr nett! Ja, wenn man jetzt zurückgeht zur Regierungssitzung am Montag, wo immerhin für die Erhaltung bäuerlicher Familien-

betriebe ein Antrag war von 70 Millionen Schilling, und man bedenkt, und man lese da drinnen, daß 50 Prozent des Zuschusses für die Transportkosten an die Molkereien bezahlt soll werden oder jedoch mindestens 20 Groschen, dann kann ich nur sagen, das wird euch kein Bauer verstehen. Denn ich glaube, was der Bauer braucht, ist eine Hilfe, die zu ihm kommt, und nicht zu jenen Molkereien und jenen Genossenschaften, liebe Freunde, die eigentlich so gute Verhandler waren, daß wir heute so einen guten Preis haben. Denn eines muß ich euch sagen, ich glaube nicht, daß sich die ganzen Handelsketten die Lobby leisten hätten können, daß sie ausländische Milch gleich von Anfang an eingeführt hätten. Weil das hätte ihnen keine Kunden gebracht und hätte, ich will jetzt den Namen nicht nennen von einem Konzern, der ja Werbung macht, daß er direkt Landprodukte hat, wenn es auch Eier sind, aber mit der Milch das auch verkaufen, diese Werbung nicht machen können. Und ich glaube, wenn man dort verhandelt hätte, so wie es unter Kaufmännern gehört, dann wäre sicher ein anderer Preis herausgekommen und hätten wir das Dilemma, daß wir jetzt die billigste Milch haben, sogar billiger als in Deutschland, mit Sicherheit bei uns nicht. Aber ich verstehe es schon. Die Genossenschaften waren diese Art zu verhandeln ja gewohnt, denn bei den Obstbauern machen sie ja das gleiche. Sie liefern das Obst ab, und wenn sie es gut verkaufen, dann kriegen sie das dann ein Jahr später nachbezahlt, was sie gekriegt haben dafür. Nur, die Milchbauern haben sich das Gott sei Dank nicht gefallen lassen. Weil da hat man anscheinend geglaubt, man kann das in der gleichen Art und Weise wieder vollziehen. „Ich gebe dir das, was übrigbleibt, und die Spanne, die ich brauche, nehme ich herunter!“ Ich glaube, da haben zwei das Handeln verlernt. Den Bauern hat man es absichtlich verlernt, weil man gesagt hat, „die Genossenschaften und Molkereien machen eh alles für dich“. Und die lieben Manager der Molkereien und Genossenschaften haben es natürlich dabei verlernt, weil sie nachher das Geld bezahlt haben, das sie eigentlich zur Verfügung gehabt haben. Das ist wirklich die Wahrheit!

Und wenn ich da, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein bißchen so bei uns im Bezirk Feldbach schaue – den Obsthandel hat man in Feldbach aufgelassen, weil man gesagt hat, in Gleisdorf oder in der Umgebung, dort baut man ein neues Lager, und um das kriegen sie pro Schilling mehr, weil sie ja die ganzen Verwaltungskosten nicht mehr haben, dort bei diesem Lager in Feldbach. Inzwischen kriegen sie wesentlich weniger.

Und was passiert jetzt in der Praxis? Die Bauern sind halt auch draufgekommen und haben ihr Obst einem Privaten verkauft. Das Obstlagerhaus ist, habe ich gehört, so ist die Auskunft an mich ergangen, nicht ganz voll, und man hat jetzt dort auch ausländisches Obst gelagert, damit es voll ist, weil sonst wäre es ja defizitär. Ja, weiters kann man es vergleichen, in welchem Beispiel und wie geschäftstüchtig, und deshalb möchte ich das aufzählen, daß sie sind, das ist bei mir. In Gleichenberg haben sie einen Lebensmittelhandel angefangen, inzwischen sperren sie ihn, glaube ich, wieder zu, weil er nicht geht. Die Marktforschung hat anscheinend vorausgesagt, daß es nicht

einmal zwei Jahre funktioniert. Aber ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das alles mit den Genossenschaftsmitgliedergeldern der Bauern.

Wenn ich weiterdenke, daß man in Feldbach einen Baumarkt eröffnet hat, weil die Molkerei hat man ja weggegeben, den Obsthandel hat man auch nicht mehr, jetzt hat man geglaubt, mit dem Baumarkt kann man die Bauern weiterhin fangen, damit sie bei ihnen die Produkte einkaufen, wenn sie etwas bauen, obwohl in Feldbach selber, in der Stadt, zwei große Baumärkte sind. Ich bin mit Sicherheit überzeugt, daß hier kein Bedarf war. Im Bezirk gibt es noch einige andere, und damit man auch diesen Wirtschaftsbetrieben eigentlich nichts Gutes getan hat. Und wie es wahrscheinlich am Schluß sein wird, wird der Baumarkt dort keinen Gewinn machen. Ich kann mir das sehr, sehr schwer vorstellen. Und das alles, wie schon vorher gesagt, mit Anteilen der Bauern. Und wollen die Bauern ihre Anteile kündigen, dann müssen sie fünf Jahre warten, bis sie ein Geld bekommen. Ich hoffe, daß dann die Genossenschaft überhaupt noch ein Geld hat, wenn sie die Möglichkeit wahrnehmen wollen, daß sie ihre Anteile wieder zurückhaben wollen.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, so ist es natürlich auch gegangen von den Bauernkammern her. Weil, wenn ich denke, vor zwanzig Jahren hat man den Bauern schon gefördert, damit er einen großen Rinderstall baut. Dann ist man draufgekommen, das ist nicht das beste Geschäft, das geht sich nicht aus. Er hat zwar noch Kredit zum Zahlen gehabt, hat man ihm schon die nächste Förderung angeboten und den nächsten Vorschlag gemacht, er soll umbauen auf Schweinezucht. Ich kenne heute ein paar Schweineställe, die jetzt ein Geld bekommen haben, damit sie ihre Schweine heraustun. Nur, die Schweineställe stehen noch, die Kredite sind noch zu bezahlen, aber inzwischen gehen sie arbeiten, damit sie das berappen können. Ich glaube, das war auch nicht die beste Politik.

Ja, und wenn ich in den letzten Wochen mitverfolgen konnte, die Bauern müssen ihre Grundstücke neu vermessen, dann liegt mir das ganz besonders am Herzen. Denn als Vermessungstechniker, wo ich immerhin dreizehn Jahre tätig war, glaube ich, kann ich behaupten, daß ich davon etwas verstehe. Und wenn heute jemand behauptet, bei dem geringen Prozentsatz, der an Fehlerquote aufscheinen darf, kann der Bauer sein Grundstück vermessen und auch noch unterhalb unterschreiben, daß er das bestätigt, daß das stimmt, dann muß ich sagen, die das von den Bauern verlangen, die müssen weit entfernt sein von jeder Realität. Denn schon allein, daß wir verschiedene Maßstäbe in den Mappen haben, in den Gemeindepappen, in den Vermessungsmappen, von 2880 bis 2000 und 1000, muß man davon ausgehen, daß das unverbürgte Flächen sind, dort wo keine Neuvermessung ist, und man muß davon ausgehen, daß es wieder Flächen dabei gibt, die vermessen sind, und lauf Koordinaten da sind, das heißt, das sind gültige Flächen, und das andere sind Flächen, die können stimmen und müssen nicht - stimmen auch zu 99 Prozent nicht, das wissen wir.

Jetzt mißt einer seinen Acker heraus, und das kann ich aus meiner Praxis sagen, könnte der eine Acker, der in Wirklichkeit in der Natur nur ein Drittel des gesamten Grundstückes ist, größer sein als die gesamte Fläche. Das ist jetzt sehr kraß ausgedrückt. Aber in der Praxis hat es das alles schon gegeben. Na, was macht der Landwirt, wie er zusammenkommt, wie will er seine schräge Fläche draußen berechnen? In Wirklichkeit hätte man ihm sagen müssen, „miß deine Äcker, so gut du kannst, aus, wo der Acker mit dem Grünland oder der Streuwiese, hat ein anderes Förderungsaufkommen, damit du dann angeben kannst, welche Frucht du anbaust“. Selbst das, meine sehr verehrten Damen und Herren und liebe Bauern, die hier drinnen sind, wäre eine Überforderung und kann ich den Bauern nicht unterschreiben lassen, daß er dafür bürgen muß. Ich glaube, das hat man Jahre vorher gewußt, man hat heute hier technische Hilfen, daß man mittels Flugaufnahmen, dort, wo keine Neuvermessung ist, jederzeit alle Kulturgrenzen feststellen hätte können, auf eine Genauigkeit, die dort auch gefordert ist, und diese Unterlagen hätte man den Bauern müssen zur Verfügung stellen. Das wäre wirkliche Hilfe gewesen.

Aber wenn ich dann höre, daß 10 Millionen Schilling für die Kammern beschlossen worden sind, weil dort draußen die anscheinend vermessen gehen, ich weiß, daß sie sehr viel Arbeit haben und sich sehr bemühen, draußen sehr bemühen, diese Erhebungsbögen auszufüllen. Dieser Erhebungsbogen schaut aus wie ein Teilungsausweis bei einer Vermessung, Teil 1, Teil 2, von der Parzelle, von der Parzelle, denn die Grenzen draußen sind Kulturgrenzen und in Wirklichkeit keine Grundstücksgrenzen, um das Ganze abstimmen zu können, dann muß ich wirklich sagen, ich hoffe, daß von den 10 Millionen, was die Kammern kriegen, diese etwas den Gemeinden weiterzahlen, den Gemeindevertretern und den Bürgermeistern, denn das sind jene, die in Wirklichkeit in ihren Ämtern mit den Leuten das ausfüllen, ihnen helfen, daß sie das machen können. Ich glaube, jeder Bürgermeister, der da sitzt, wird mir das bestätigen können, weil dort kommen die Leute hin und wollen die Hilfestellung haben. Ich glaube, das müßte auch gehen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf am Schluß nur noch einmal appellieren, wenn ich vorher gehört habe den Beschlußantrag der ÖVP und der FPÖ, anscheinend waren sich beide Parteien schon einig, daß die SPÖ sowieso für die Bauern da ist, weil sonst hätten sie uns ja auch gefragt, ob wir mitgehen, gleich von Anfang an. Also, ich kann euch bestätigen, wir sind sicher für die Bauern da. Ich würde sagen, Hilfe für die Bauern, und nicht für die Genossenschaften.

Auch wenn Sie das mit dem Konsum nennen. Der Konsum bekommt keine öffentlichen Mittel, damit er weiterbestehen kann. (Abg. Purr: „Bitte, schneide dieses Thema nicht an!“) Ich muß es trotzdem sagen! Der Konsum, wenn er nicht geht, wird verkaufen müssen oder es wird ihn ein anderer übernehmen. Dadurch wird auch die Nahversorgung nicht gefährdet sein, denn es gibt andere Ketten. (Abg. Purr: „Genossenschaften, unter Anführungszeichen!“) Nur, eines muß ich sagen: Eines hätte mich gefreut, wenn die Genossenschaften so verhandelt hätten, wie es unter Geschäftsleuten gehört, dann hätten nämlich die



ganzen Konzerne, lieber Kollege, sich in die Knie zwingen lassen, weil die hätten keine ausländische Milch hereingebracht, weil die brauchen die Lobby unserer Bauern. Und die Leute sind mit den Bauern verbunden, und die kommen dorthin einkaufen, wo es eine gute Milch gibt. Davon bin ich überzeugt. Ein bißchen ein Selbstvertrauen müßt ihr haben, ihr Vertreter der Bauern! Deswegen möchte ich noch einmal sagen: Die Sozialdemokraten sind für die Hilfe für Bauern, aber nicht für die Hilfe für Genossenschaften. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.08 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Glössl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Glössl (19.09 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde Sie nicht mehr lange belästigen und werde Ihnen auch kein Agrarförderungsprogramm vortragen. Ich fühle mich aber verpflichtet, mich ans Rednerpult zu stellen. Ich habe heute seit 16 Uhr aufmerksam dieser Agrardebatte zugehört, und ich war eigentlich der Meinung, es ist darum gegangen oder es soll darum gehen, daß man dem Landwirt, dem Bauern, der ländlichen Bevölkerung unseres Landes unter die Arme greift in einer Zeit, wo sie wirklich nicht mehr ein noch aus wissen. In diesen drei oder dreieinhalb Stunden der Debatte ist mir eigentlich außer Haltungsschäden nichts zugestoßen. Und ich glaube, viele Landwirte, die heute vor den Rundfunk- und Fernsehgeräten zu Hause sitzen werden, denen wird es ähnlich gehen. Die werden hinhorchen und hinhorchen, werden Haltungsschäden bekommen und werden einfach nichts heraushören aus diesen Apparaten, was wir in diesem Landtag, wir Politiker, für die Bauern unseres Landes hier beschließen sollten. Es hat keinen Sinn, wenn Kollege Getzinger hier in der Debatte, wo es um Förderung der Landwirtschaft geht und um Hilfe der Landwirte, über die Fichtenmonokultur spricht.

Es hat auch nicht viel Sinn, wenn Kollege Peinhaupt darüber diskutiert, warum der Bauer heute mit Vermessungsgeräten herummarschiert und als Symbol die Maßrolle am Rücken hat. Das hat alles keinen Sinn, meine lieben Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen die Chance wahrnehmen. Es ist für den Bauernstand noch nie die Zeit so günstig gewesen wie jetzt und für uns Politiker, für den Bauern einzutreten, weil die Masse der Bevölkerung einfach für die Bauernschaft da ist und für die Bauernschaft einsteht. (Beifall bei der ÖVP.)

Du kannst heute hinkommen, wo du willst – und ich zähle mich ein bißchen zu den Landwirten, weil ich ja selbst Landwirtschaftsmeister bin –, aber wo ich heute durch meinen Berufsstand hinkomme, ob das im Gewerbe ist, ob das in der Industrie ist, ob ich in die Gemeinden wo hinkomme, überall bekomme ich als Politiker den Vorwurf, warum wir als Politiker den Bauern nicht mehr unter die Arme greifen. „Macht was für unsere Bauern“, „warum sind die Milchpreise so niedrig?“, „warum sind die Mehlpreise so?“, „warum sind die Salzpreise so?“ „macht's was für unsere Bauern, wir brauchen sie.“ Und wir, was machen wir hier? Wir diskutieren dreieinhalb Stunden, bringen

nichts zusammen, außer daß wir uns gegenseitig Dinge vorwerfen und nur politisch punkten wollen. Für den Bauern ist heute bis jetzt nichts passiert. Und ich nehme an, daß man diesem Antrag, der ja nun gestellt worden ist, von der ÖVP gemeinsam mit den Freiheitlichen, daß der nun unterstützt wird, daß der Bauer zumindest heute in den Abendstunden die Nachricht bekommt, daß doch etwas passiert für den Landwirt. Und das bitte ich Sie!

Und ich kann Ihnen wirklich nur sagen, es ist der Wille des Volkes, nicht der Wille einer einzelnen Partei, sondern wirklich des Volkes, aller Wähler, daß wir Politiker für den Bauernstand eintreten und für diesen Bauernstand etwas tun. (Beifall bei der ÖVP. – 19.12 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile es ihm

**Abg. Vollmann (19.12 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Glössl hat mich schon ein bißchen herausgefordert. Denn die Diskussionen in diesem Haus haben wir immer sehr ernst geführt. Ich sage das auch in diesem Bereich, und ich bezweifle hier bei keinem, der hier gestanden ist, daß es ihm um die Sache gegangen ist. Ich bezweifle auch bei keinem, der einen Beschlusantrag eingebracht hat, daß es ihm auch um die Sache des Bauern geht. Und ich wiederhole hier noch einmal, was unsere Frau Kaufmann gesagt hat. Die SPÖ bekennt sich zur Förderung der Bauern – ich sage das klar und deutlich – und der bäuerlichen Strukturen und damit auch zu deren Unterstützung.

Der Kollege Grillitsch hat gemeint: „Die Menschen sehen, und nicht die Partei.“ Jawohl, dazu stehen wir. Wir sehen den Menschen hinter diesen Problemen und hinter dieser Problematik, und wir spüren sie auch überall draußen, denn überall dort, wo wir in den Gemeinden sind, Kontakt mit den Menschen haben, dort ist es noch viel stärker. (Abg. Grillitsch: „Nicht mit Worten, sondern mit Taten!“) Aber, meine Damen und Herren, auch eines dazu: Kein Bekenntnis zur Förderung der Genossenschaften! Die verfehlte Politik von ÖVP-Funktionären in den Genossenschaften werden wir damit nicht unterstützen, das sage ich bitte auch klar und deutlich! Damit gibt es nur eine klare Schlußfolgerung, und die heißt: nur Direktzahlungen an die Bauern, besonders in Anbetracht der Probleme der Bergbauern, der Obersteiermark und dieser Bereiche. Denn damit sind wir sicher, daß der Bauer das Geld bekommt, und nicht wieder jene, die die Händler spielen, die dazwischenstehen, sondern den Bauern muß geholfen werden.

Lieber Kollege Glössl! Du bist Bürgermeister einer kleinen Gemeinde. Ich war es selber auch. Ich bin 30 Jahre lang als Gemeinderat in unserer Gemeinde vertreten. Ich habe in den vielen Jahren kennengelernt, daß bei den Hof-zu-Hof-Wanderungen, die wir seit Jahren immer wieder durchführen, wo wir uns mit dem Bauern unterhalten, wo einerseits Arbeitnehmer, Arbeitgeber, die auch mitgehen, die Probleme der Bauern kennenlernen und wo wir immer wieder feststellen, daß gerade das Zusammenstehen in

diesen ländlichen Gemeinden viel, viel stärker ist als alles darüber hinaus. Denn dort gibt es noch echte Gemeinsamkeiten, das wissen wir auch. Und die Direktvermarktung, die jetzt die Bauern beschreiten in unserem Bereich, ist ein gutes Erfolgsrezept. Und die Gemeinden – ich weiß es nicht, wie es bei euch ist – des Mürztales – der Kollege Straßberger, Entschuldigung, er ist gerade hinausgegangen – das auch bestätigen – haben alle Anstrengungen unternommen, um den Bauern bei dieser Direktvermarktung zu helfen. Meine Gemeinde beispielsweise hat mit aufwendigen Mitteln ein schönes Haus gebaut, damit die Bauern dort ihre Produkte verkaufen können. Und ich glaube, das ist das, was wir anstreben sollten. Dieses Gemeinsame haben wir in den Vordergrund zu stellen, dann beheben wir uns selber dieser Sorgen. Und, meine Damen und Herren, allein damit, daß wir ein paar Schilling hingeben jetzt und die Bauern unterstützen, das wird es nicht sein. Ich könnte Ihnen die Rede des neuen Herrn Landwirtschaftsministers Molterer vorlesen, was er am 17. Jänner im Parlament gesagt hat zur Situation der Bauern in der EU. Und, meine Damen und Herren, die Sie jetzt für die Bauern stellen, stellen sicherlich die Konsumenten an uns alle. Denn, der sagt, wie komme ich als Konsument dazu, mehr zu bezahlen, wer stellt im Landtag oder in einem anderen Rahmen den Antrag, daß mir Zuzahlungen für einen höheren Preis gegeben sind? Und so, glaube ich, müssen wir ein gemeinsames Wollen auch an den Tag legen, und ich freue mich, daß es inzwischen den Verhandlern aller Parteien gelungen ist, daß die beiden eingebrachten Beschlußanträge nach kleinen Abänderungen nun auch gemeinsam eingebracht und hoffe auch gemeinsam beschlossen werden. Dann werden wir zum Wohl der Bauernschaft in diesem Lande alles tun, und das Auspielen, das heute wieder in einer Aussendung erfolgt ist, möchte ich Sie bitten, lassen Sie das unterbleiben.

Wer bitte heute feststellt, daß in der Regierungssitzung im Amtsvortrag, der gestern eingebracht worden ist, dem zugrunde liegt eine Petition der Böhler-Stahlpensionisten vom 24. Februar 1992, wo wir uns bereits 1993 damit befaßt haben, der weiß, daß hier keine Junktimierung mehr erfolgen soll, sondern ebenfalls nur mehr eine Hilfe an jene, die sozial benachteiligt worden sind und jetzt zeitweise in Problemen leben. Meine Damen und Herren, warum sage ich das? Sie alle kennen die Probleme, die sich im Bereich der Mieten und der Zahlungen für die Mieten dort für diese Leute aufgetan haben. Zum Teil haben sich die Mieten verzehnfacht. Nehmen Sie Fohnsdorf, nehmen Sie den Bereich Kapfenberg, meine eigene Gemeinde Kindberg, nehmen Sie Mürrzuslag her. Das waren die alten Werkwohnungen, und das war auch der Wohnrichtwert, der sich da ergeben hat, der so hoch ist, daß sich die Leute heute getrauen, solche Mieten zu verlangen, weil sie aus dem Bereich der Werkwohnungen hinausgefallen sind. Die Leute zahlen Tausende von Schillingen und haben schwere Belastungen zu tragen. Verzeihen Sie mir, daß da einem, der so viele Jahre als Arbeitnehmervertreter tätig war und ist, das Herz übergeht. Daß einem da schwer ums Herz wird, das werden Sie hoffentlich verstehen, genauso wie wir das Verständnis für Ihre Bauernschaft aufbringen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 19.17 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Trampusch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Trampusch (19.18 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, nicht, um die Debatte jetzt zu verlängern, sondern um einen gemeinsamen Beschlußantrag einzubringen, der jetzt – nehme ich an – wirklich gemeinsam sein wird, der mittlerweile verhandelt wurde zwischen Vertretern aller drei Klubs und der in Abänderung des ursprünglichen Antrags, den die Monika Kaufmann eingebracht hat, nunmehr lauten sollte – ich verlese nur den Beschlußantrag selbst:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den Forderungen des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes, LGBl. Nr. 9/1994, neu dazugekommen ist Paragraph 15, weil das die Konkretisierung ist, inhaltlich Rechnung zu tragen, indem sie alle Schritte unternimmt, daß die Förderung direkt den betroffenen Bäuerinnen und Bauern sowie der Erhaltung der bäuerlichen Struktur zugute kommt; zweitens, und das ist gleichgeblieben, nur Maßnahmen zu setzen, die EU-konform sind (zum Beispiel Härteausgleich für Extremlagen); drittens nach der einstimmigen Annahme der allgemeinen Förderungsrichtlinien gemäß Paragraph 17 Absatz 2 des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes am 7. Dezember 1994 durch den Beirat endlich die Durchführungsverordnung gemäß Paragraph 20 zu erlassen, und jetzt kommt eine Umformulierung, deren Zielsetzung eine Landeszahlstelle für alle Förderungsagenden ist; viertens die Installierung einer Bauernstiftung, und jetzt kommt neu hinzu, insbesondere aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung, für jene Bäuerinnen und Bauern in die Wege zu leiten, die den Betrieb aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben müssen, damit diese beruflich umgeschult werden können; fünftens alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, damit eine, und das ist auch neu formuliert, EU-konforme Vorruhestandsregelung möglich wird, wodurch ein – unter Umständen notwendiger frühzeitiger – menschenwürdiger Ausstieg der älteren Bäuerinnen und Bauern aus dem Berufsleben abgesichert werden kann; sechstens alle Schritte zu setzen, und das ist jetzt auch umformuliert, damit die Soziallasten, also nicht die Sozialversicherungsbeiträge, sondern heißt es die Soziallasten, im bäuerlichen Bereich nach dem tatsächlichen Einkommen entsprechend angepaßt werden; siebentens ihren Einfluß dahin gehend geltend zu machen, daß Aufforderungen an die Banken, früher ist gestanden Raiffeisenbank – insbesondere an die bäuerlichen Banken –, getätigt werden, damit jenen bäuerlichen Betrieben, die durch Einkommensverluste in Schwierigkeiten bei den Kreditrückzahlungen kommen, eine angemessene Übergangszeit (zum Beispiel zinsfreie Stundung der Kredite) gewährt wird.

Dieser neuerliche Beschlußantrag wird nun so eingebracht von den Abgeordneten Monika Kaufmann, Trampusch, Grillitsch, Schützenhöfer, Peinhaupt und Dipl.-Ing. Vesko, und ich bitte um Annahme, und gleichzeitig ziehen wir den Beschlußantrag in der alten Fassung zurück. (Beifall bei der SPÖ. – 19.21 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Vesko.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (19.21 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte an meinem Beschlußantrag, den ich bei meiner Wortmeldung eingebracht habe, folgendes ändern: Es sind nunmehr alle Fraktionen diesem Beschlußantrag beigetreten, das sind die Abgeordneten Peinhaupt, Grillitsch, Kaufmann, Schützenhöfer, Trampusch und Vesko. Der Inhalt bleibt gleich. Danke!

**Präsident Dr. Klausner:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich erteile dem Herrn Landesrat Erich Pözl – Erich Pörtl das Schlußwort.

**Landesrat Pörtl (19.22 Uhr):** Ja, der Kollege Pözl ist leider nicht mehr unter uns, der hat immer herrliche Zwischenrufe gemacht.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben eine sehr lebhaft und der Situation entsprechend sehr bewegte Diskussion, wo man natürlich in der Schlußphase auf einige sehr faktische Festlegungen sich konzentriert hat. Ich möchte da einiges klarstellen, damit vom Antrag und vom Vorgehen, das wir vor allem vorbereitet haben, keine Mißverständnisse auftreten.

Erstens: Fest steht ganz klar, und das ist auch in der Gesamtkonzeption und in der Formulierung des Antrages an die Landesregierung ersichtlich, daß diese Hilfe des Landes, vor allem verdoppelt durch die Rationalisierungsergebnisse der Verarbeitungsbetriebe und einer vernünftigen Preisgestaltung bei den Diskontermärkten – und das möchte ich doppelt unterstrichen haben – für die Bauern durch unseren Beitrag in dieser Phase wirksam wird, damit die Milchbauern und die Viehbauern in den Gebieten der Steiermark, wo noch Milchwirtschaft betrieben wird, überhaupt bleiben können. Ich habe daher die sehr große Bitte, daß wir uns bei der Abwicklung dieser Förderung einigen. Sie können ohne weiteres, ganz gleich mit welchem Gerät, ob das ein ein Ballon, ein Hubschrauber oder ein anderes Fluggerät ist, über unser Land fliegen und sehen mit freiem Auge, daß nur mehr in den Berggebieten, in den Hügelgebieten der Süd-, Ost- und Weststeiermark Milchwirtschaft betrieben wird, nicht eine Ackerbaummilchwirtschaft, sondern eine Grünlandmilchwirtschaft. Es ist daher in der Zielsetzung ganz klar und auch inhaltlich festgeschrieben, daß das die Berggebiete und die benachteiligten Gebiete sind. Daß daher eine Aufsplitterung mit einer genauen Antragstellung nach Erhalt der Milchabrechnung wieder einen Zettel dort abgeben, wieder formell abwickeln, ich möchte nur bitten, daß wir uns bei der Abwicklung gemeinsam einigen, daß wir nicht den nächsten „Topfen drehen“ mit der Formularflut und mit der Administration, daß sie sagen, „jetzt schimpfen sie über die Bürokratie, und jetzt machen sie wieder eine Bürokratie“. Ich möchte das ganz öffentlich sagen, da möchte ich wirklich bitten, und ich rufe sogar den Rechnungshof auf, uns in der Form einen Vorschlag zu machen, wie das am vernünftigsten geht und vor allem auch eine klare, korrekte Abwicklung ermöglicht wird. Ich möchte

aber trotzdem zu einigen Wortmeldungen etwas sagen. Ich könnte sozusagen eineinhalb Stunden loslegen und eine Verteidigungsrede oder eine Beschwichtigungsrede – je nachdem, wie man es sieht – oder eine offensive Position einnehmen, wie derzeit das Faktum ist. Und ich will es mit einem Beispiel sagen, damit es menschlich verständlich ist.

Ich möchte einen Menschen finden – hier im Haus, auf der Herrengasse, am Hauptplatz oder in der Steiermark –, der sich einen Blinddarm operieren läßt, weil er glaubt, nächstes Jahr wird vielleicht eine Entzündung kommen, oder einen Zahn herausreißen läßt, der nicht weh tut. Vor diesem Faktum sind wir gestanden.

Wir haben die GATT-Entscheidung unmittelbar vor uns gehabt, diese umzusetzen. Wir haben Berichte aus der Schweiz, wo die jetzt ächzen und krächzen und wissen, daß sie nicht mehr diese Preisvoraussetzungen halten können, die sie bisher gehabt haben. Wir haben daher mit dem EU-Beitritt die Extensivierung unserer Produktionen und damit die Förderung miteingebunden, die schwerpunktmäßige Umweltprogrammförderung, wo vor allem auch diese Aspekte drinnen sind, die der Kollege Getzinger angesprochen hat, wo ein öffentliches Interesse im eigenen Land sogar besteht. Ich glaube daher, daß dieser Weg, langfristig gesehen, der richtige ist. Und ich muß da noch einmal dezidiert vorlesen. Es wird der Bauernvertretung vorgeworfen, daß sie mit Hurra, Begeisterung, mit einer euphorischen Haltung hineingeht. Ich zitiere die konkrete Formulierung, ich möchte nicht zu lange vorlesen, aber möchte den entscheidenden Punkt vor allem festhalten: „Nach eingehender Beurteilung dieser Verhandlungsergebnisse und im Hinblick auf die Veränderungen, die der heimischen Landwirtschaft bevorstehen, wenn Österreich nicht beiträgt und allein die Liberalisierung der Agrarmärkte als Folge der GATT-Verträge umsetzen muß, kommt die Vollversammlung zu folgendem Ergebnis: Es wird davon ausgegangen, daß auf Dauer ein Beitritt zur Europäischen Union für die steirische Land- und Forstwirtschaft geringere Nachteile bringen wird als der Verzicht auf einen Beitritt.“ So ist die Formulierung: geringere Nachteile. Das heißt, der Nachteil ist an und für sich konkret festgeschrieben. „Und damit der Verzicht auf den freien Zugang zu wichtigen europäischen Agrarmärkten, insbesondere in Italien, wenn auch in der Übergangsperiode vor allem für bestimmte Betriebe und Produktionssparten mit großen Problemen zu rechnen sein wird.“ In dieser Phase hat die Bauernvertretung gesagt, es ist an und für sich der geringere Nachteil. Der Kollege Rader gilt da sozusagen sehr überzeugend als EU-Befürworter – wir haben einige Diskussionen abgewickelt –, du mußt einmal wirklich den Peinhaupt in die Kur nehmen, warum du dieser Überzeugung bist. Das steht in jeder Bewegung jedem frei. Wir haben auch Gegner gehabt in unserem Bereich. Ich sage das ganz offen, das ist einfach die Situation. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Hast nicht gehabt, hast noch immer!“) Nein, nein, schon! Nur ich sage jetzt ein konkretes Beispiel: Täglich müssen 1000 Rinder vom Land hinaus, sonst haben wir keine Kulturlandschaft, weil sonst niemand das Gras abbeißt. 80, 90 Prozent sind italienischer Markt. Der

Binnenmarkt ist fix, abgeschöpft wird dort beinhart, wenn wir nicht hineinkommen. Die GATT-Vereinbarung verpflichtet uns, daß wir um 20 Prozent weniger Vieh produzieren dürfen beziehungsweise exportieren und die Förderung um 36 Prozent hinunterdrücken. Das heißt, mit freiem Auge sichtbar, ein brutaler Preisverfall, und auch die Menge ist weg. Dann kann ich die Almen nicht mehr bestoßen mit irgendwelchem Vieh. Ich kann ja nicht eine Verordnung machen, daß ihr jetzt mehr Rindfleisch essen müßt, damit die Wiesen sozusagen erhalten bleiben. Das heißt, das waren ja diese Nöte, die wir wirklich gehabt haben. (Abg. Peinhaupt: „Im Mindestmarktbereich werden noch immer 60 Kilogramm an die AMAG abgeführt!“) Ja, der kommt ja noch dazu, der Mindestmarktzutritt, daß zusätzlich auch noch 5 Prozent importiert werden dürfen.

Trotz alledem würde noch, und zwar von jenen Ländern, die in den osteuropäischen Regionen liegen, die auch in dieser GATT-Regelung drinnen sind – das muß man ja zusätzlich mit drinnen haben –, das heißt, wenn man das jetzt als die größte Dummheit verkündet, nachher ist einer für das gegenwärtig selbstverständlich locker zu verkaufen. Aber wenn sozusagen dieses zukünftige Zahnweh oder der zukünftige Blinddarmdurchbruch da nicht Platz hat, dann ist an und für sich ein vernünftiges Agieren äußerst schwierig.

Ich bin daher persönlich davon überzeugt, wenn wir vor allem immer den unternehmerischen Bauern proklamiert haben. Der braucht natürlich Märkte. Jetzt bestand die Dramatik – und unsere Kritik ist sehr offen und direkt gewesen – vor dieser übertriebenen Angst, daß wir Regale in den Supermärkten verlieren. Mit einem Hinunterfahren mit den Produktpreisen haben vor allem die Diskonter sozusagen ganz massiv das Preisgefüge fast dramatisch zerschlagen. Unsere Strategie ist vor allem jetzt, daß wir unsere Betriebe, die Verarbeitungsbetriebe in der Milchwirtschaft, mit dieser Angebotsförderung des Transportkostenausgleiches indirekt dazu zwingen, daß sie nicht Billiganbieter bei den Supermärkten sind. Wir haben auch Gespräche mit jenen Ketten vereinbart, die unter 9,90 Schilling anbieten. Es sind einige Betriebe, die selbstverständlich mitgehen, wo gar kein Gespräch mehr notwendig ist, das sind ein, zwei konkrete Firmen, wo in dieser Woche noch eine Gesprächsrunde erfolgt. Verläuft die Gesprächsrunde ergebnislos, behält sich die Bauernführung weitere Maßnahmen vor. Wir sind der Überzeugung, daß wir die öffentliche Meinung auf unserer Seite haben. Vor allem, was auch die Kollegen Purr und Köhldorfer angesprochen haben, sind auch der Handel und die Nahversorgung der gleichen Überzeugung und in Wahrheit ganz massive Partner von uns.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, zu dem massiven Vorwurf, daß die Bauernvertretung und die Verantwortlichen schwerstens versagt haben. Ihr müßt einmal dabeigewesen sein, wen man von 15 Molkereibetrieben übrigläßt. Die Kollegen aus der Stahlindustrie und viele aus dem obersteirischen Raum wissen, was das für eine politische Auseinandersetzung bedeutet. Wir haben gesagt, wir stehen zu dieser Auseinandersetzung, wir wollen rationell geführte Betriebe. Heute sind wir soweit. Wenn heute

ein Milcheinkäufer, wenn ich das so apostrophieren darf, sagt, „meine Molkerei steht in Paris, und ich zahle dir 5 Schilling“, sagt der, bitte schön, mein Herr, da hast die Milch“, da ist die Hemmschwelle restlos abgesunken, und wir sind der Überzeugung, daß wir unsere Betriebe ebenfalls so weit bringen müssen wie in Bayern, wie in Südtirol, daß wir unsere Produkte veredelt auf die europäischen Märkte bringen müssen, und nicht als Rohstofflieferanten auftreten sollen. Daher wollen wir in dieser Frage diesen Versuch machen, daß uns nicht die Urproduzenten – das sind die Milchlieferanten – psychologisch sich verabschieden. Denn da passiert ja wahnsinnig viel bei den jungen Bauern. Wenn der sagt, ich steige aus, ist die ganze Frage mit einer eigenen Verarbeitung im Grunde selbstverständlich vorbei.

Meine Damen und Herren, ich kann mich im Grunde sehr kurz halten, weil einige Dinge sehr direkt angesprochen worden sind, auch über die Vorentscheidungs- und Vorsorgemaßnahmen. Was ist alles zusätzlich passiert? Kollege Kowald hat es angesprochen, diese Erzeugergemeinschaften sind bereits über die Verarbeitungsbetriebe hinweg ein Werkzeug, um europäisch agieren zu können, im Obstbereich am allerstärksten. Da schießen wir sogar mit der Werbung über die Supermärkte drüber und sind „frisch, saftig, steirisch“ in unseren Märkten, und letzten Endes haben wir auch eine Chance. Natürlich, die Frage der Preisentwicklung ist eine Marktfrage, und ich stelle noch einmal fest: Wir wissen ganz genau, daß wir vor allem jetzt erkennen, daß es keine Marktordnung nach österreichischem Muster mehr gibt und daß die europäische Marktordnung gilt und daß in erster Linie der Wettbewerb auch in bezug auf Qualität eine entscheidende Rolle spielt. Wir haben auch auf diesem Gebiet mit unseren Markenprodukten eine sehr gute Position. Wir sind gerade auch vor allem mitten drinnen, Produktblöcke weiterzuentwickeln und bekanntzumachen. Diese österreichische Produktpalette ist ein ganz massiver Wunsch der Konsumentenschaft. Wie bewirbt man solches? Das ist derzeit die Auseinandersetzung mit den AMA-Beiträgen. Wie funktioniert das? Selbstverständlich muß es im Produkt drinnen sein. Aber derzeit hat man versucht, das vor allem uns – den Bauern – anzurechnen. Daher gibt es die Verhandlung. Ab 1. April wird der Verwaltungsbeitrag von der öffentlichen Hand finanziert, und auch der Handel ist derzeit in direkten Verhandlungen, die Hälfte dieser Werbekosten auf sich nehmen, was die Produktbereiche betrifft. Das heißt, wir müssen diese Markenoffensive professionell mit einer Medienbegleitung betreiben und vor allem mit einer Spitzenproduktpalette, wie wir das in der Direktvermarktung bewiesen haben. Und ich mag es auch gar nicht sagen, aber immer, wenn mir vorgeworfen wird, daß wir nicht konsequent diese Marktstrategie betrieben haben, stelle ich nur kühl fest – und es können alle beweisen –, daß wir in der Steiermark 10.000 Direktvermarkter von 50.000 Bauern haben. Wenn das nicht eine Eigeninitiative und Offensive ist mit „frisch vom Bauernhof“, mit einer klassischen Logistik, wo wir vor allem auch die Qualitätsproduktion absichern können, wo wir die Preisbildung effizient machen, wo vor allem die ganze Frage der Hygiene, das Zusammenspielen mit anderen Berufssparten eine entscheidende Rolle spielt.

Ich glaube daher, daß wir in der Phase – und ich sage das ganz offen – natürlich auch das Phänomen haben, nicht die Flächenprämien in die Preiskalkulation hineinzubringen. Das ist erst möglich mit Ende des Jahres. Wir werden in Zukunft, wenn das auf dem Tisch liegt, auf das Kilo Fleisch, auf den Liter Milch im Grunde umrechnen müssen, ansonsten ist eine totale Verwirrung gegeben.

Wir haben natürlich diesen Weg, den die sozialdemokratische Fraktion und auch die freiheitliche Fraktion immer vertreten haben, den soliden Umstieg mit der Verstärkung der Direktförderung, immer mitvertreten, daß diese Form der Direktförderung natürlich Aufzeichnungen bedarf. Ich bin auch der Meinung, was der Kollege Schleich gesagt hat, mit modernen Medien, wenn die EU mit den Satelliten das überprüft, was wir sozusagen an Angaben haben, wird es natürlich mittel- und langfristig klar sein, daß wir mit Befliegungen die Frage der Flächen und der Hangneigungen wahrscheinlich effizienter im Grunde werden umsetzen können. Nur, der derzeitige Stand des Fatkums ist, daß wir diese Angaben zu machen haben. Ich muß mich beherrschen, ich hätte diese Zettel nicht herlegen sollen, möchte aber trotzdem einige Dinge ansprechen, wo es vor allem um den Vorwurf der Überschußproduktion geht. Ich möchte da wirklich bitten, wir haben uns selbst kontingentiert in der österreichischen und steirischen Landwirtschaft, um diese flächengebundene Tierveredelung zu machen. Was wir an Liter Milch pro Hektar haben, ist wesentlich weniger, als in Bayern oder in anderen Gebieten Europas produziert wird, und daher ist vor allem diese natürliche Produktion, wo wir nichts dafür können, daß wir zu viele Wiesen und zu wenig Konsumenten haben. Die Schweiz hat 60 Prozent Eigenversorgung und 40 Prozent Import, da schaut die Welt – (Abg. Peinhaupt: „Italien ist das, nicht die Schweiz!“) Nein, auch die Schweiz. Auch die Schweiz hat einen sehr hohen Importbedarf. Ja, das ist Faktum, blättere einmal nach. Das ist Faktum. Die haben ein Abschöpfungsmodell von Produkten sozusagen organisiert, wo sie mit den Abschöpfungen die eigene Produktion mit höheren Preisen mitfinanziert haben. Das ist das Modell. Das bricht aber derzeit mit der GATT-Regelung zusammen. Daher sind die Schweizer sozusagen außer Rand und Band, wo sie Milchpreise von 8 Schilling haben, und die Molkerei kann sie nur übernehmen mit 5,20 Schilling, 5,30 Schilling, damit sie überhaupt konkurrenzfähig sein kann, und das zerreißt die Budgets, es ist diese Situation einfach nicht zu bewältigen, wie es also derzeit im Grunde dort passiert. Ich glaube daher, daß wir mit diesem Vorschlag auch diese ökologische Leistung berücksichtigen. Wenn es irgendwo eine ökologische Leistung gibt, dann ist das in der Milchwirtschaft, das möchte ich doppelt und dreifach unterstreichen. Daher möchte ich noch einmal die Angst zerstreuen. Wir haben die schwierige Situation, wie sie der Kollege Purr angesprochen hat, ganz klar auch im Mühlenbereich. Dort stehen uns Rationalisierungen ins Haus, damit die Dinge überhaupt zu bewerkstelligen sind. Ja, das wird sich ja von selbst richten. Da wird der Lobbyismus seine Grenzen haben. (Abg. Peinhaupt: „Im Mühlenbereich ist es noch ärger! Es sind 900 Millionen ausständig!“) Ich sage ja, das ist der nächste Schritt, der sich ähnlich wie bei den Molke-

reien entwickeln wird. (Abg. Peinhaupt: „Das hätte man vor allem im Mühlenbereich schon durchführen müssen!“)

Ich sage nur noch einmal: Gerade im Mühlenbereich hat man den Um- und Einstieg trotz massiver Warnungen, daß diese Struktur nicht zu erhalten ist, lange Zeit nicht akzeptiert. In der Milchwirtschaft, wo wir die Verantwortung getragen haben, in genossenschaftlicher Verantwortung, das ist ganz klar zu sagen, haben wir diesen Konflikt einer regionalen Auseinandersetzung auf uns genommen auf Basis der wirtschaftlichen Vernunft. (Abg. Peinhaupt: „Die Schuld liegt sicher bei Minister Fischler! Das Getreide wurde nicht zu Ende verhandelt!“) Ja, ich muß ehrlich sagen, ich habe mich damit zu befassen, wie kann ich in Zukunft den Bauern eine Existenz geben. Wenn ich die ganze Zeit mit dem Rückspiegel dahinfahre, wer alles wann einen Fehler gemacht hat, kann ich ja dem vor mir nicht helfen, wenn ich nur nachdenke, wer welche Fehler gemacht hat. Ich stelle nur nochmals fest, daß sich diese Rationalisierungsschübe in allen Sparten, was die Vermarktung betrifft, selbstverständlich abspielen und zugleich in der Markenproduktion neue Marktsegmente wieder neu entwickeln. Das ist überhaupt keine Frage. Das ist ein sehr direktes Bedürfnis, vor allem von der Darlegung. (Abg. Peinhaupt: „Wenn man es gemacht hätte, wären 900 Millionen weniger notwendig!“) Ich möchte also abschließend nochmals sagen, wie es der Kollege Grillitsch einbegleitend dargelegt hat, daß wir in Österreich uns zu entscheiden gehabt haben, ob wir die Marktchancen im europäischen Raum auch wahrnehmen können, wobei zusätzlich vor allem die Möglichkeit mit einer Angebotspalette, mit einer kostengünstigen Verarbeitung und mit einer begleitenden Entschädigungsstrategie, wie das durch die neue Agrarpolitik in der Europäischen Union und von vielen Vertretern unseres Landes vorgeschlagen wurde, besteht und den Weg zu gehen oder nicht. Ich bin also persönlich überzeugt, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Es ist meine persönliche Überzeugung. Es ist ein sehr harter Weg. Ich möchte zum Schluß sagen, was ich auch in unserem Land klar und offen gesagt habe: Wir werden auch ein Gremium zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen schaffen, um aus allen Bereichen, ob das Naturschutz, Umweltschutz, ob das der Energiebereich, ob das der Handel, ob das der Konsumentenschutz ist, auch eine solche begleitende ideologische Bewußtseinsbildung über den Wert von eigenen bodenständigen Produkten mit einer hohen natürlichen Qualität mitzutragen. Ich halte das für entscheidend, und ich kenne jetzt bereits Bezirksstädte, die von sich aus, nicht aus bäuerlicher Sicht, Ernährungsstammtische gegründet haben, um eben diese Fragen, die Frau Kollegin Karisch angesprochen hat, auch auszuleuchten, was ist also die wirkliche Wahrheit über die gesunde Lebensweise, über gesunde Lebensmittel? Welchen Weg haben wir noch vor uns in der Frage der Genmanipulation und in der Frage, was die Verarbeitung und die Produktion nach umweltgerechten Voraussetzungen betrifft?

Ich persönlich möchte daher bitten, daß wir gerade bei diesem Entschließungsantrag zum Schluß vor allem auch, und da möchte ich wirklich bitten, diese Abwicklung dieses Förderungsmodells nicht mit einer neuen Bürokratie belasten. Ich möchte im eigenen

Land nicht den Weg eines komplizierten Modells persönlich verantworten müssen und bitte daher noch einmal um den besten und vernünftigsten Vorschlag. Wie ich eingangs gesagt habe auch aus der Sicht des Rechnungshofes, daß die uns sagen, welcher Weg der richtigste und der vernünftigste ist.

Ich bedanke mich nochmals für den Einsatz, für die Wortmeldungen und hoffe, daß wir diese harte Zeit vor allem bis Ende des Jahres einigermaßen vernünftig überstehen. Ich möchte eine Berufsgruppe kennen, die mit solchen schockartigen Einkommenseinbußen konfrontiert ist und trotzdem mit dem Hoffen auf das Vertrauen der Politik nicht unsere Städte lahmgelegt hätte. Ich sage das ganz offen. Wir haben da auch persönliche Verantwortung übernommen, und ich möchte da wirklich um Verständnis bitten, wenn es zu Maßnahmen kommt, falls unser vernünftiger Vorschlag des Überlebens ignoriert wird, daß wir auch in der Öffentlichkeit bei solchen Themen ganz entschlossen, vor allem auch offen auftreten müssen.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine vernünftige zukünftige Entwicklung im Rahmen der Möglichkeiten, die sich bei uns im Land, in Österreich und in Europa im Grunde ergeben. (Beifall bei der ÖVP. – 19.46 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eingbracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten aller drei Parteien, betreffend Einrichtung eines Landwirtschaftsförderungs fonds zur Existenzsicherung bäuerliche Betriebe.

Weiters wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten aller Parteien, betreffend die Umstrukturierung der steirischen Landwirtschaft nach sozial und ökologisch verträglichen Kriterien, eingebracht.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist in beiden Fällen geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: erstens über den Beschlußantrag von Abgeordneten aller Parteien, betreffend Einrichtung eines Landwirtschaftsförderungs fonds zur Existenzsicherung bäuerlicher Betriebe und zweitens über den Beschlußantrag von Abgeordneten aller Parteien, betreffend die Umstrukturierung der steirischen Landwirtschaft nach sozial und ökologisch verträglichen Kriterien.

Ich komme nun zur Abstimmung: Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten aller Parteien ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten aller Parteien, betreffend die Umstrukturierung der steirischen Landwirtschaft nach sozial und ökologisch verträglichen Kriterien, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**12. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 60/7, 155/5, 259/8 und 331/6, zu den Anträgen erstens der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Hirschmann, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch und Dr. Maitz, betreffend die Errichtung einer Fachhochschule, Einl.-Zahl 60/1; zweitens der Abgeordneten Peinhaupt, Dipl.-Ing. Vesko, Weilharter und Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend die Errichtung einer Fachhochschule für alpenländische Landwirtschaft in Irnding, Einl.-Zahl 155/1; drittens der Abgeordneten Pußwald, Dr. Grabensberger, Grillitsch, Bacher und Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, betreffend die Errichtung einer Fachhochschule in Knittelfeld (Schulzentrum) oder Zeltweg (HTBLA), Einl.-Zahl 259/1, und viertens der Abgeordneten Dr. Flecker, Mag. Erlitz, Ussar und Tilzer, betreffend die Errichtung einer Fachhochschule in Rottenmann, Einl.-Zahl 331/1.**

Berichterstatte ist der Herr Landtagsabgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (19.50 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage nimmt Bezug auf vier Anträge, die im Zusammenhang mit der Causa der Fachhochschulen Ende 1991/Anfang 1992 gestellt worden sind. Es ist ein umfassender Bericht von 21 Seiten, der sich nicht nur mit diesen Anträgen befaßt, sondern gleichsam die Genesis bis heute schildert. Es wird ausgegangen von der Einsetzung eines Beratungsgremiums, den Überlegungen dieses Beratungsgremiums, den Ausarbeitungen und Begründungen, den weiteren Vorgängen, wie daraus die beiden Standorte Graz und Kapfenberg geworden sind, welche Anträge an den Fachhochschulrat gestellt worden sind, mit Überlegungen, wie viele Fachhochschulstudiengänge eigentlich in der Steiermark eingerichtet werden sollten, einschließlich finanzieller Hinweise. Ich stelle den Antrag, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

**Abg. Korp (19.51 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Angesichts der fortgeschrittenen Stunde und noch insgesamt 21 noch zu bewältigenden Tagesordnungspunkten werde ich mich bemühen, mich auf das aus meiner Sicht Wesentliche zu diesem Tagesordnungspunkt zu beschränken.

Verehrte Damen und Herren, ich würde meinen, daß zu diesem Tagesordnungspunkt grundsätzlich zu unterstreichen ist, daß Fachhochschulen eine außerordentlich wichtige bildungspolitische Notwendigkeit sind. Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften ist auch überall unbestritten, das dürfen wir festhalten. Und Fachhochschulen sind nun einmal eine attraktive Alternative für Maturanten und sicherlich auch eine sehr, sehr zukunftsweisende Ausbildungsinitiative.

Es ist aus meiner Sicht daher nicht nur natürlich, sondern auch erfreulich, daß es aus vielen Regionen der Steiermark sozusagen Interessenkundgebungen

für Fachhochschulen gibt. Und nachdem auf diesem Bildungssektor bekanntlich noch Platz für weitere Bewerbungen vorhanden ist, wird aus dem Bezirk Judenburg mit einem Fachhochschulstudiengang unter der Bezeichnung „Umweltmanagement und Öko-Controlling“ oder „Umwelttechnik und Umweltmanagement“ eine weitere Bewerbung eingebracht. Ich freue mich, daß neben dem Antrag der HTBLA Zeltweg eine weitere Fachhochschulbewerbung aus dem Bezirk Judenburg sich sozusagen ins Rennen bringt.

In Judenburg stellt man mit diesem Fachhochschulprojekt sicherlich etwas auf die Beine, was europaweit gebraucht wird und damit voll und ganz EU-Entwicklungsperspektiven entspricht. Dieser weiteren Interessenkundgebung aus dem Bezirk Judenburg liegt ein Gesamtkonzept zugrunde, wofür es schon bisher eine wahrlich parteiübergreifende Zusammenarbeit gegeben hat und sicherlich auch in Zukunft geben wird, davon bin ich überzeugt.

Inzwischen haben sich dafür Initiatoren, unter anderem der Handelsakademie in Judenburg, der Umweltakademie in Judenburg und politische Vertreter aus allen Lagern, zu einem Proponentenkomitee diesbezüglich zusammengefunden. Daß sich Judenburg mit einer Ausbildung für Öko-Controller und Öko-Manager entsprechend positioniert hat und sich mit ihren konzipierten Studiengängen wohl auch gute Chancen ausrechnet, erscheint verständlich, wenn man die unübersehbaren – aus meiner Sicht unübersehbaren – Vorteile dieses Standortes kennt. Ich darf diese ganz kurz und prägnant aufzählen. Es ist diesbezüglich schon seit langem ein entsprechendes Raumangebot vorhanden, dazu gibt und gab es entsprechende Vorleistungen der Stadtgemeinde Judenburg im Raumangebot und in der Adaptierung, die bisher etwa 12 Millionen Schilling ausgemacht haben. Die Montanuniversität Leoben und die Universität für Bodenkultur wollen ihre Erfahrungen zur Studiengestaltung in dieses Projekt einbringen, darüber gibt es entsprechende Zusagen. Darüber hinaus ist Bedarf und Akzeptanz ebenso vorhanden wie Referenzen von allerhöchsten Stellen. Und ich habe hier in der Hand ein Schreiben des Bundesministeriums für Umwelt, wo es wortwörtlich heißt, und ich darf das hier zitieren. Hier schreibt der Herr Ministerialrat Dr. Zahrer, also eine durchaus bekannte Größe auf diesem Sektor, wortwörtlich: „Die Intention Umweltakademie Judenburg weiter auszubauen, ihr einen höheren Stellenwert zu verleihen und mit dem Schwerpunkt ‚Umwelttechnik‘ als Fachhochschule zu etablieren, ist aus meiner Sicht als äußerst positiv und unterstützenswert zu beurteilen.“ Der Herr Ministerialrat schreibt dann noch weiter: „Wenn es gelingt, die Synergieeffekte der diesem angesprochenen Aufgabengebiet ‚Umwelttechnik‘ sehr nahestehenden Universitäten Montanuniversität in Leoben und Universität für Bodenkultur in Wien zu nutzen und eine spezielle Kooperation herbeizuführen, so verdient dieses Vorhaben allergrößte Beachtung.“ Und im Schlußsatz heißt es dann noch: „Das Bundesministerium für Umwelt wird daher im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten diesem Vorhaben die notwendige Unterstützung gewähren. Damit möchte ich abschließend die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß

diesem Vorhaben auch der entsprechende Erfolg beschieden ist.“ Soweit das Zitat aus diesem Brief. Ebenso gibt es Zustimmungen maßgeblicher umweltrelevanter Unternehmungen, und, das darf ich auch sagen, eine derartige Fachhochschule würde auch wesentliche Voraussetzungen unter anderem zur Ausbildung von Klär- und Deponiefacharbeitern mitbringen.

Kurz und gut, verehrte Damen und Herren, der Bezirk Judenburg darf somit gleich zwei Fachhochschulbewerbungen einer näheren Behandlung durch Experten hinsichtlich seiner Standortwünsche, wie ich meine, mit absolutem Optimismus entgegensehen, und ich freue mich, daß ich eine so innovative Region, wie unter anderem die Region Aichfeld mit dem Bezirk Judenburg, hier in diesem Hause vertreten darf. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 19.58 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sepp Kaufmann, ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Kaufmann (19.59 Uhr):** (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Haben Sie schon den Brief bekommen, Herr Kollege?“) Noch nicht! (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Müßten Sie gekriegt haben, den Brief mit der Studie vom Ministerium, der ist am Montag weggeschickt worden!“) Habe ich noch nicht bekommen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Herr Landeshauptmann hat mich bereits angesprochen, ob ich schon die Unterlagen mit dem Brief vom Ministerium bekommen habe. Ich habe nur eine Ablichtung vom Herrn Landesrat Pörtl, also vom Herrn Dr. Zangl, bekommen, und ich wollte eigentlich sofort darauf eingehen. Denn in meiner Budgetrede zu den Fachhochschulen habe ich die Fachhochschule Raumberg-Trautenfels angezogen, und hier wurde dann von Ihnen, Herr Landeshauptmann, gesagt, daß Sie noch diese Studie abwarten wollen und daß auch eine zweite Studie vorliegt. Eine Studie des Vereines zur Errichtung des Fachhochschulstudienganges in Irdning-Raumberg-Krumpenstein, die eine private Studie ist und die Ihnen sicherlich auch bekannt ist. Beide Studien kommen zum Ergebnis, daß die Errichtung einer Fachhochschule in Raumberg an sich notwendig wäre, weil sie eine effektiv günstige Ergänzung und damit auch eine Aufgabenergänzung zur Bodenkultur in Wien wäre und weil auch ein eindeutiger Bedarf besteht. Es ist aber in dieser Studie auch sehr klar zum Ausdruck gekommen, daß vor allem die Studienrichtung „Agrarmarketing“ noch erhöhte Chancen hätte, weil sie nicht nur fach-, sondern vor allem wirtschaftsorientierte Ausbildung bietet und so die Fachhochschulabsolventen die Chance hätten, auch in der Nahrungsmittelindustrie, in der nachgelagerten Industrie der landwirtschaftlichen Produktion ihren Berufplatz zu finden. Die Frage, ob Kommunalwirtschaft, ländlicher Tourismus und Landschaftspflege, Regionalentwickler, modernes Management in einem Studienzweig unterrichtet werden sollte, wurde eher zögernd positiv beurteilt.

Ich glaube also, und das ist eigentlich der Punkt meiner kurzen Wortmeldung, daß ich Sie, Herr Landeshauptmann, eigentlich nur fragen wollte, ob Sie

an Herrn Dr. Bayer den schon damals in Ihrer Antwort auf meine Budgetrede versprochenen Auftrag gegeben haben. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es hat Gespräche gegeben! Die Herren sind da!“) Und ich ersuche Sie daher, mir diesen Auftrag bitte schriftlich zu kopieren, damit ich ihn auch verwenden kann. Als Zweites haben meine Kollegin Beutl Burgi und ich an die steirische Landesregierung den Antrag gestellt, in Bad Gleichenberg eine Fachhochschule für Tourismus- und Freizeitmanagement in der Steiermark einzurichten. Dieser Studiengang wurde in der Prioritätenliste nicht an erster Stelle gereiht, sondern wurde, na sagen wir es vorsichtig, rückgereiht.

Ich glaube aber, daß wir gerade in der Steiermark in einem Landschaftsgebiet, das seine Zukunft in der Thermenregion, im Nahtourismus und so weiter sieht und dieses Thermengebiet über unsere Grenzen hinaus bekannt ist, daß wir also in diesem Thermengebiet neben der schon bekannten Landesberufsschule in Bad Gleichenberg, der Hotelfachschule Bad Gleichenberg, auch als würdige Ergänzung einen Fachhochschulstudiengang benötigen würden, der unser oststeirisches Gebiet aufwerten würde, der aber auch ausgezeichnete Absolventen bringen würde, die im Tourismus, in der Freizeitwirtschaft ihre Betätigung finden würden, und dort besteht ja nach wie vor Bedarf. Wir hätten also in Bad Gleichenberg die Infrastruktur, nachdem schon diese Schulen vorhanden sind, wir hätten einen günstigen Standort, wir hätten auch die notwendigen Räumlichkeiten. Was jetzt noch fehlt, ist eine Bedarfsstudie, und ich darf Herrn Landeshauptmannstellvertreter ersuchen, auch für Bad Gleichenberg eine Bedarfsstudie machen zu lassen, um zu sehen und um zu erreichen, daß wir auch im südlichen Teil der Steiermark einen Fachhochschulstudiengang bekommen. Denn ich glaube, es darf sich die schulische Entwicklung nicht nur auf den nördlichen Teil unseres Bundeslandes verlagern, sondern auch unser Süden und Südosten sollte durch einen solchen Studiengang aufgewertet werden. Das wäre das Anliegen der Region Südoststeiermark, und ich erwarte von Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, und von der Landesregierung die Unterstützung dieses Projektes. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. - 20.04 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich bitte ihn ans Rednerpult.

**Abg. Ussar (20.04 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Uns liegt heute eine umfangreiche Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zu vier Anträgen von Abgeordneten im Steiermärkischen Landtag vor. Ich habe die 21 Seiten der Anträge sehr ausführlich und mit großem Interesse studiert, betreffen sie doch die Zukunft unseres Landes und vor allem für die Zukunft unseres Landes ganz bedeutende Entscheidungen.

Der Entwicklungs- und Finanzierungsplan für den Fachhochschulbereich des Bundes sieht in dieser Unterlage bis zum Jahr 2000 eine Gesamtzahl von bis

zu 10.000 Studenten an Fachhochschulen beziehungsweise Fachhochschulstudiengängen vor. Es gibt aber auch Prognosen des Fachhochschulrates, die auf seiner derzeitigen Entscheidungspraxis basieren, mit einem Szenario von 15.000 bis 20.000 Fachhochschulstudenten im Jahr 2000.

Geht man in der Steiermark von einem 17prozentigen Anteil für die Steiermark aus, so bedeutet das immerhin 1700 Studenten in diesem Bildungssektor bis zum Jahr 2000. Ich will damit, sehr geehrte Damen und Herren, sagen, daß es für unser Bundesland ganz wichtig sein wird, Standorte für Fachhochschulen zu installieren, damit wir diesen großen Andrang von Studierenden, der sicher kommen wird und zu erwarten sein wird, Rechnung tragen können.

Die Steiermärkische Landesregierung hat nun einstimmig ein Beratungsgremium zur Errichtung von Fachhochschulstudiengängen beschlossen, dem die Herren Univ.-Prof. Dr. Johann Götschl, Vorstandsdirektor Dipl.-Ing. Karl Track, Univ.-Prof. Dr. Hans Leopold und Ing. Mag. Peter Hochegger angehören. Diesem Gremium kommt, meiner Ansicht nach, eine ganz besonders wichtige übergeordnete Funktion zu, insbesondere zur steiermarkweiten Auslotung in der Frage der kommenden Standorte und Studiengänge. Zur Abwicklung der Tätigkeiten des Beratungsgremiums und zur Unterstützung wurde zweckmäßigerweise bei der Joanneum Research Forschungsgesellschaft eine entsprechende Geschäftsstelle eingerichtet. Wir selbst haben ja schon im Rahmen des Wissenschafts-Ausschusses Joanneum Research besucht und haben gesehen, daß dort wirklich ausgezeichnete Arbeit geleistet wird.

Dieses Beratungsgremium kam dann zur Auffassung, daß erste Priorität Graz hat als geeigneter Standort. Ein möglich erachteter Standort in der Obersteiermark wurde als zweite Priorität ins Auge gefaßt. Hiebei wurde davon ausgegangen, daß das Bundesgesetz über Fachhochschulstudiengänge bei der Antragstellung zur Anerkennung von Fachhochschulstudiengängen die Beibringung einer Bedarfs- und Akzeptanzerhebung und Nachweise, betreffend die Qualifikation des Lehrkörpers, die Durchführung anwendungsbezogener Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durch Mitglieder des Lehrkörpers, die Personal-, Raum- und Sachausstattung sowie die Finanzierung vorsieht. Ich bin für diese Kriterien sehr dankbar, weil sie eine klare Priorität setzen.

Aus diesen Anforderungen leitet sich ein Katalog von Suchkriterien ab, und wenn ich bedenke, erstens europäische Entwicklungsperspektiven, zweitens wirtschaftliche Situation, Gewerbe, Industrie in der Steiermark, drittens - wichtig! - Verfügbarkeit eines wissenschaftlichen und berufspraktisch in Lehre, Forschung und Entwicklung qualifizierten Lehrkörpers wurden vom Beratungsgremium Fachhochschullehrgänge für die Startphase erarbeitet.

In einer nachfolgenden Kategorisierung scheint auch der Vorschlag Leoben (Holz in Verbindung mit anderen Werkstoffen) auf. Allerdings - und das freut mich weniger - mit dem Zusatz, wurde im Detail diskutiert und im Hinblick auf die Vorläufigkeit des Planungsstandes auf einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt.



Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe hier im Hohen Haus im Auftrag meiner Region schon einige Male auch den Wunsch des Bezirkes Leoben für eine Fachhochschule deponiert. Ich bin der Ansicht, daß die von mir genannten Kriterien, die ich soeben erwähnt habe, in hohem Maße auch für den Bezirk Leoben, für die Stadt Leoben, zutreffen. Gerade in Leoben sind insbesondere gute Voraussetzungen für eine Fachhochschule vorhanden, da Synergieeffekte wegen der bestehenden schulischen – ich denke vor allem an die bestehende Berg- und Hüttenschule – und universitären – ich denke hier vor allem auch an unsere weit über unsere Grenzen hinaus bekannte Montanuniversität – Infrastruktur gegeben sind. Ich weiß, sehr geehrte Damen und Herren, daß der Bedarf der Wirtschaft, eine Ausbildung im Bereich Verfahrenstechnik und Anlagenbau, besonders gegeben ist. Wie aus der Unterlage hervorgeht, wird die Steiermark weitere Fachhochschulstudiengänge und Standorte einer Prüfung unterziehen. Ich komme schon zum Schluß. Ich habe eingangs erwähnt, daß von Bundesseite erwartet wird, daß bis zum Jahr 2000 mit einem Szenario von 15.000 bis 20.000 Fachhochschulstudenten zu rechnen ist. Für die Steiermark bedeutet das, wie gesagt, 1700 bis 2000 Studierende. Ich ersuche daher die Steiermärkische Landesregierung, bei der weiteren Standortfestsetzung für Fachhochschulstudiengänge unbedingt auch den Bezirk Leoben beziehungsweise die Stadt Leoben zu berücksichtigen. Ich ersuche aber abschließend, gleichzeitig auch die Vertreter der Montanuniversität, die Vertreter der örtlichen Industrie, die Vertreter der Gemeinden in die Konzeption miteinzubeziehen. Ich danke – Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 20.11 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Vesko.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (20.11 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die freiheitlichen Abgeordneten Peinhaupt, Vesko, Weilharter und Chibidziura haben am 3. Dezember 1991, also zu Beginn dieser Legislaturperiode, einen Antrag eingebracht, in dem es darum gegangen ist, den Standort Irndning für eine aus dem Landwirtschaftsbereich oder im Landwirtschaftsbereich anzusiedelnde Fachhochschule im Bereich der Marktgemeinde Irndning unter Ausnützung der HBLA Raumberg und der BAL Gumpenstein als Mitinstitutionen eine Fachhochschule zu errichten. Fachhochschule „Alpen-Adria“ haben wir das damals genannt, weil wir der Ansicht waren und nach wie vor sind, daß in diesem Bereich die erforderlichen Ressourcen vorhanden wären und auch sicherlich auch ein interessanter Standpunkt für diese Art Fachhochschule gegeben wäre.

Parallel dazu haben unsere Kollegen im Parlament einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Leider Gottes sind beide Bereiche, wie gesagt, in den Versenkungen der Regierungsbüros verschwunden und nicht mehr aufgetaucht. Nunmehr wird in der heutigen Vorlage das behandelt, und es kommt zum Ausdruck, daß zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich keine Chance dafür besteht, vor allem deshalb, meine Damen und Herren, weil das Land Niederösterreich die Bestrebungen von

Wieselburg tatkräftigst unterstützt hat und nicht nur tatkräftigst unterstützt, sondern auch finanzielle Zusagen geleistet hat, die das Land Steiermark zum derzeitigen Zeitpunkt oder zum damaligen Zeitpunkt nicht zu leisten in der Lage war beziehungsweise ist. Nun hat sich in der Marktgemeinde Irndning ein Verein gegründet mit einem Proponentenkomitee, das nunmehr versucht, zumindest als dislozierte Dependance dieser Fachhochschule gewertet zu werden und die Möglichkeit zu bekommen, zumindest eine Studienrichtung oder einen Teil einer Studienrichtung nach Irndning zu bekommen. Und ich möchte in diesem Zusammenhang ersuchen, daß die Steiermärkische Landesregierung diesem Ansinnen die volle Unterstützung gibt, und erlaube mir, folgenden Beschlußantrag der obersteirischen, das heißt der im Bezirk Liezen angesiedelten Abgeordneten, ich selbst als Antragsteller, die Abgeordneten Dr. Flecker, Kanduth und Tasch, also die vier Abgeordneten des Bezirkes Liezen, diesen gemeinsamen Beschlußantrag einbringen, der da lautet:

Die Marktgemeinde Irndning als Sitz der HBLA Raumberg und der BAL Gumpenstein bemüht sich seit 1991, als Standort einer Fachhochschule im Agrarbereich berücksichtigt zu werden. Nunmehr hat sich hierzu ein Verein gegründet, der es sich zum Ziel gemacht hat, zumindest als Zweigstelle einer österreichischen Agrarfachhochschule vorgesehen zu werden. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen zu erreichen, daß die Marktgemeinde Irndning als Standort – Zweigstelle – einer agrarischen Fachhochschule Berücksichtigung findet. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 20.15 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächster Redner der Herr Abgeordnete Dr. Flecker.

**Abg. Dr. Flecker (20.15 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vor Jahrzehnten hat es die sogenannten Straßensänger gegeben, heute haben wir schon über die Landesausstellungssänger gesprochen, und momentan sind wir bei den Fachhochschulsängern.

Ich glaube, daß es grundsätzlich so sein sollte, daß das Singen ja allein nicht genügt, wir brauchen etwas Text dazu, wir brauchen etwas Inhalt. Und ich glaube, insofern ist der Referent keineswegs zu beneiden, weil ich glaube, daß es nicht seine Absicht ist, so wie es im Kulturbereich gang und gäbe ist, sozusagen ein bißchen Brösel auf alle zu verteilen, sondern es wird nicht anders gehen, als Schwerpunkte zu setzen. Schwerpunkte anhand vorhandener Infrastruktur und Schwerpunkte anhand jener Kriterien, wie weit ist man örtlich, wie weit sind die Vorstellungen, und wie groß ist der entsprechende Bedarf. Ich bekenne mich aber auch dazu – und das sage ich sehr persönlich –, daß das Urteil eines Beratungsgremiums, das nur aus Universitätsprofessoren besteht, nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann.

Ich glaube, daß die Abstrahierung der Problematik uns allen miteinander nicht weiterhilft, ich glaube, daß wir in letzter Konsequenz die Entscheidung politisch zu treffen haben, nach Prioritäten, nach den Voraussetzungen. Und auch aus diesem Sinn und aus dieser

Überlegung heraus war ich sehr froh, daß eine Entscheidung für Kapfenberg gefallen ist, obwohl das zuerst nicht im Bereich dieses Beratungsgremiums gelegen ist. Aber ich glaube, wir müssen uns grundsätzlich die Frage stellen, sollen Fachhochschulen nur im Umfeld vorhandener universitärer Einrichtungen und gewisser Ballungszentren entstehen, oder gehen wir hier Wege, die dezentral sein können? Und ich meine, daß wir durchaus den zweiten Weg zu gehen haben. Denn, meine Damen und Herren, von nichts kommt nichts. Und wenn sich Graz und Leoben theoretisch, was natürlich in der Praxis nicht der Fall ist, darauf ausruhen könnten, zu sagen: „Ich bin Universitätsstandort, und zum Universitätsstandort kommt ohnehin der Fachhochschulstandort“, dann wären wir schlecht beraten. Ich glaube, eines der größten Kriterien müßte sein, wie weit identifiziert sich eine Region mit dem Wunsch nach einer Fachhochschule?

Zweitens: Inwieweit ist die Tüchtigkeit der Region und der Gemeinde gegeben, ein Konzept herzustellen, das an den Ecken nichts offenläßt, das ein fertiges Knopfdruckinstrument ist, und drittens: inwieweit ist auch in jenen Regionen, die nicht in den Ballungszentren sind, auch eine Akzeptanz seitens der Studierenden, wenn die entsprechende Studienrichtung gewählt wird? Und ich glaube, daß gerade Fragen des psychologischen Aufbaus von Regionen eine große Rolle spielen können. Ich glaube zum Beispiel, daß im Enns-Palten-Knie, wenn ich jetzt von Rottenmann rede, es ein unwahrscheinlicher Aufwind wäre, gelänge es dort, eine höhere Ausbildung hinzubekommen. Weil in Wirklichkeit ist dort ein Effekt, der sich immer wieder im Kreis dreht. Wollen wir zuerst eine gute Ausbildung, um dann entsprechende Betriebe anzusiedeln, oder bedarf es zuerst der Betriebe und zuerst der Universitäten, um dann Ausbildung zu machen? Wenn wir den zweiten Weg gehen, werden wir dort, wo wir Ansiedlungsbedürfnisse haben und wo wir Aufschwungbedürfnisse haben und wo wir psychologischen Aufwind brauchen, nichts erreichen. Darum meine ich, daß wir durchaus, wenn die Akzeptanz der potentiellen Studierenden einerseits und andererseits der Bedarf für die Studienrichtung da ist, das Experiment oder gar nicht Experiment, sondern konsequent den Weg gehen sollten, mit Studiengängen sozusagen in die Peripherie hinauszugehen, wenn es die Infrastruktur schafft. Und hier bringe ich durchaus auch als Fachhochschulsänger den Standort Rottenmann ein, aber nicht deswegen, weil ich jetzt hier in irgendeiner Form den Bezirk in den Vordergrund stelle, sondern einfach deswegen, weil es oft nicht zumutbar ist, daß wir in Wirklichkeit einen Grad der Vorarbeiten haben, der fast nicht mehr verbesserbar, ist und sich von hinten immer wieder neue Wünsche anstauen. Und man dann in einer Situation ist, entweder in jedem Ort eine Fachhochschule zu machen oder die Situation nur mehr in Schwerpunkte zu verlegen, und es spielt dann die Priorität der einlangenden Wünsche und der Konkretisierung der Vorhaben keine Rolle mehr. Ich stehe auch durchaus dazu, was der Kollege Vesko und der Kollege Kaufmann zu Irnding gesagt haben. Nur muß man, glaube ich, dazu ein offenes Wort sagen. Es stimmt schon, daß wir alle, nicht nur die freiheitlichen Abgeordneten in einem Antrag, sondern alle in unserer Mitarbeit diesen Standort unterstützen, und wir wissen aber alle, daß

bis heute von seiten des Vereines, aber auch von seiten der Proponenten in der Schule noch keine Fachrichtung vorgeschlagen wurde. Und wenn von einer Fachrichtung die Rede war, dann ist es um den Grünlandbereich gegangen.

Nun bekommen wir eine Studie auf den Tisch, die ja lange genug gedauert hat, aber die jetzt letztlich gekommen ist – von Fischler versprochen, von Molterer ausgeschickt –, in der steht, die einzige Disziplin, die österreichweit gefragt oder von erster Priorität ist, das ist „Agrarmarketing“ – ein Bereich, der in Irnding noch nicht überlegt wurde. Und der in Irnding auf Neuland stößt. Ich glaube, wir sollten auch als regionale Abgeordnete so fair sein und sagen: So, und jetzt wissen wir, wo der Bedarf liegt – und das müßten sich alle eigentlich gefallen lassen –, und jetzt überlegen wir, ob wir die entsprechenden Ressourcen und Fachleute haben, die diesen Bedarf erfüllen können, die Infrastruktur baulicher Natur, ob es von den Humanressourcen ausreicht, kann ich nicht beurteilen, zumindest baulicher Natur ist sie gegeben.

Ich glaube daher, daß die Forderung nach einer Zweigstelle begründet ist, daß wir aber auch allen Grund haben, nach Irnding zu sagen, liebe Freunde, entwickelt ein Konzept, und legt etwas vor, weil allein einen Verein zu gründen, dessen Vorsitzender der Bürgermeister ist, der naturgemäß nicht in der Lage sein wird, dort ein Studienprogramm zu entwickeln, wird es ja wohl nicht gewesen sein können. Ich glaube, wir würden die Sache am besten unterstützen, wenn wir den Herrschaften in Irnding sagen, liebe Freunde, holt ein Gutachten ein, überlegt euch selber, ob ihr überhaupt in der Lage seid, mit eurem eigenen Personal irgendeine Zweigstelle einer Fachhochschule für Agrarmarketing zu erfüllen, beziehungsweise wenn euer Personal dazu nicht in der Lage ist, dann schaut, ob irgendwo Personal zu bekommen ist, das einen derartigen Studiengang mitmacht.

Ich glaube, der Fairneß halber muß man das sagen, und nicht einfach, obwohl ich Unterzeichner des Antrages bin, sagen, die Regierung muß sich jetzt darum bemühen. Ich glaube, wir brauchen die Software auch dazu, nicht nur die Hardware der Verhandlungen. (Abg. Tasch: „Selbstverständlich werden wir die Richtung unterstützen! Ich kann mich aber erinnern an deine Festspiele in Raumberg, dort hast du etwas ganz anderes gesagt, was du alles unterstützt, und hier sagst du wieder etwas ganz anderes! In Raumberg hast du gesagt, es ist alles vorbereitet!“) Kurt, ich verstehe, daß das Trauma meiner Festspiele dich am Verstehen hindert! Das, was ich gemeint habe, bitte, höre mir zu, damit wir keine Mißverständnisse haben. Ich glaube, mit dem Kollegen Vesko bin ich auf gleich. Das, was ich gemeint habe, ist, daß wir sehr wohl den Standort Irnding unterstützen; daß wir aber bitte jetzt nicht mehr von einer Fachhochschule und einem Studiengang im Bereich des Grünlandes, des Grünlandwesens ausgehen können, sondern daß die inzwischen fertiggestellte Studie des Landwirtschaftsministers, die erst vorige Woche bitte gekommen ist, und da ist nur eine Vorabkurzfassung gekommen – der Kollege Kaufmann hat sie auch –, daß diese Studie aussagt, erste Priorität und erster Bedarf für so etwas ist Agrarmarketing. (Abg. Tasch: „Darauf geht es hinaus!“) Und ich bekenne mich jetzt zu dem Agrar-

marketing, Kurt, bekennen wir uns alle, nur, in Irtdning ist noch nicht von Agrarmarketing gesprochen worden. (Abg. Tasch: „Das ist die vordringlichste von allen!“) Jetzt wissen wir es. Und ich meine, daß die Irdninger ihr ganzes Personal – sie haben ja viel Personal – und alles, was sie an Ressourcen bekommen können, dafür einsetzen werden, hier ein Konzept zu erstellen, das eine Umsetzung ermöglicht. Und nichts anderes wollte ich sagen. Ich bin ja bitte mit dem Herrn Kappel herunter gesessen, und der Herr Prof. Kappel hat gesagt, ja, eigentlich überlegen wir zwischen Ökologie, irgendein Fach in Richtung Ökologie, und Grünlandgeschichten, Erhaltung der Hochlagen, und dergleichen. In die Richtung wollen wir hinein. Von Agrarmarketing war nicht die Rede.

Und wenn wir jetzt in die Richtung, Kurt, und wir einen Beschlußantrag des Landtages haben und dazu ein umsetzungsreifes Konzept, kann uns ja in Wirklichkeit nichts passieren. Ich meine nur, und darauf will ich hinaus, daß wir jetzt nicht sagen können, so, und jetzt haben wir den Beschlußantrag, und da gibt es den Referenten, Ersten Landeshauptmannstellvertreter Schachner, und der soll das jetzt umsetzen, sondern ich meine, daß wir auch die Verpflichtung haben, mit den Irdningern zusammen zu einer Arbeit zu kommen, daß wir dort ein Konzept haben. Ein Konzept haben, das wir dem Referenten und der Landesregierung in die Verhandlungen mitgeben können. Ein Konzept gibt es offenbar in Judenburg, ein Konzept gibt es offenbar in Weiz, was ich weiß, wird es sicherlich auch in anderen Gemeinden geben. (Abg. Tasch: „Aber klar, vordringlich ist von Marketing geredet worden!“) Ja, aber nicht auf Agrarmarketingbasis! (Abg. Tasch: „Das Agrarmarketing ist der Schwerpunkt!“) Das wäre mir also völlig neu. Ich habe das Konzept nicht, das müßte in Wirklichkeit von vorgestern auf gestern gebastelt worden sein. Und ich darf vielleicht abschließend noch auf etwas eingehen, was der Kollege Kaufmann gesagt hat. Ich verstehe jetzt voll und ganz, daß du für Gleichenberg in der Sache Tourismus eintrittst. Dort ist so eine ähnliche Situation wie mit Raumberg und Landwirtschaft, in Gleichenberg haben wir schon einiges an Ressourcen da. Nur, ich mag schon auch eines einwerfen, obwohl ich auch wieder nicht zu diesem Fachhochschulsänger werden will. Ich glaube halt, daß wir auch in jene Zentren gehen sollten mit der Ausbildung, wo wir auch entsprechenden erklärten Bedarf haben. Bei Irdning-Raumberg deckt es sich, bei Bad Gleichenberg und Tourismus deckt es sich bedingt. Aber wenn ich jetzt denke, daß das obere Ennstal, das Ausseer Land in Wirklichkeit Tourismus in voller Konzentration betreibt, so wäre es an sich durchaus angebracht, in dieser Region diese Überlegungen anzustellen. Ich sage das deswegen, weil ich meine, ohne daß ich mich jetzt auf Schladming oder Haus festlegen will, daß wir darüber reden sollten, ob wir eine Fachhochschule für Tourismus wollen. Ich würde sagen, ja. Und dann bitte überlegen wir uns, wo ist sie am sinnvollsten, und wer ist mit seinen Vorstellungen am weitesten. Wo ist die Region am aktivsten, tun wir es dort. Tun wir nicht immer alles sozusagen plakativ aufkleben und das dann der Politik auf den Weg mitgeben und dann, wenn es nicht funktioniert, weil die Software zu unseren Vorstellungen fehlt, die schuldig werden lassen.

Ich glaube, daß wir nicht darum herumkommen – weder wir noch der politische Referent, noch die gesamte Landesregierung –, daß wir Schwerpunkte setzen müssen, daß wir Entscheidungen zu treffen haben, in welche Richtung auch immer. Ich glaube, daß wir mit der Gesellschaft, die im Bereiche des Joanneum Research gefunden wurde, einen guten Partner haben, vor allem eine bewährte Geschäftsführung. Ich bin nicht so der Meinung einiger auf der Regierungsbank, daß wir hier provisorisch bestellen sollten. Ich glaube, man sollte das Know-how länger nützen, und nicht auf ein halbes Jahr. Und wenn wir uns zu Schwerpunktsetzungen bekennen, und wenn wir alle miteinander versuchen, auf Basis der Vernunft und auf Basis der Leistung der Region zu Entscheidungen zu kommen, ich glaube, dann würden wir richtig liegen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 20.31 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Den Abschluß macht die Frau Kollegin Bleckmann.

**Abg. Mag. Bleckmann** (20.31 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich komme mir schon vor wie bei der Kulturdebatte – und da muß ich dem Kollegen Flecker recht geben. Jeder Redner sagt: Ich will auch eine Fachhochschule in meinem Bezirk und in meinem Ort haben, und der nächste und die nächste sagt, ich auch. Und ich stimme auch mit Ihnen überein, daß das eine politische Entscheidung ist, die hier getroffen hätte werden müssen. Die Entscheidung ist leider um vieles zu spät gefallen, und das ist eben der Grund, daß wir jetzt auch sehr spät dran sind. Und wenn ich dann die Kollegen so höre mit ihren Wünschen, muß ich sagen, das ist alles sehr illusorisch, was hier gesagt wurde. Wenn der Kollege Korp sagt, er freut sich, daß neben Zeltweg auch Judenburg ins Rennen geht, damit hier mehr Konkurrenz ist, und er hofft, weil ein Ministerialrat gesagt hat, daß Umwelttechnik gut ist, daß Umwelttechnik eingeführt werden wird, dann ist das eine Vision, eine Illusion, aber es wird sicherlich nicht Realität werden. (Abg. Korp: „Politiker dürfen Visionen haben, Frau Kollegin!“) Ja, das ist eh schön. Nur, Ihr Referent wäre eigentlich dafür zuständig gewesen, denn Sie haben es ja gefordert. Und in dem Bericht, den Sie scheinbar nicht gelesen haben, steht drinnen, daß Ihr Wunsch keine Berücksichtigung bis 1999 finden wird. Ich hoffe, daß es vielleicht anders werden wird, weil ich glaube auch, daß Umwelttechnik sicherlich ein sehr guter Bereich wäre, aber es ist bis jetzt nichts geplant. Und wenn nichts geplant ist, nicht einmal jemand beauftragt wurde, ein Konzept zu machen beziehungsweise einen Studiengang wirklich auszuarbeiten, daß er auch den Bedingungen des Fachhochschulrates entspricht, wird sicherlich nicht umgesetzt werden.

Und auch vom Kollegen Kaufmann ein Wunsch im Bereich Tourismus und Freizeitmanagement in Bad Gleichenberg. Es gibt leider bereits schon in Wien Tourismusmanagement und in Krems Tourismusmanagement und Freizeitwirtschaft. Auch hier ist es unwahrscheinlich, daß wir gerade in der Steiermark noch einen dritten Studiengang in dieser Richtung bekommen werden, auch das wird sich sicherlich nicht

in die Realität umsetzen lassen, denn so wie es der Fachhochschulrat bis jetzt gemacht hat, werden eben nicht gleiche Bereiche an verschiedene Standorte in Österreich vergeben, sondern nur ein Bereich an einem Standort. Und wenn wir dann auch noch hoffen, daß es nach Leoben kommt – so wie die Landesausstellung –, ich glaube, auch das wird sich nicht erfüllen, denn dort ist nun einmal die Universität daneben, und diese Nähe will eben der Fachhochschulrat nicht –, und in den Kriterien, die du ja auch kennst, steht eben, daß regionale Disparitäten abgebaut werden sollten, und das ist nun einmal bei Leoben nicht der Fall. Die Anträge, die eingebracht wurden, werden sicherlich nicht berücksichtigt. Ich kann nur hoffen, daß bei Agrarmarketing in Irndning wenigstens etwas weitergehen wird, denn dort müßte nun einmal jemand beauftragt werden, müßte die politische Entscheidung getroffen werden, daß man sagt, ich will dort diese Fachhochschule haben, ich beauftrage jetzt endlich jemanden, auch hier ein Konzept zu entwickeln, das den Gegebenheiten entspricht, die man kennt, und ich will es, und das muß politisch entschieden werden, damit hier etwas weitergeht.

Und wenn es heißt bis zum Jahr 2000 1700 Studenten in der Steiermark auf den Fachhochschulen, ist das ja ganz schön, das wäre der Anteil, den wir haben sollten, nur, wir haben es nun einmal leider schon versäumt, beim ersten Schub mit dabeizusein, und beim Vollausbau von den Dingen, die bis jetzt geplant sind bis 1999, sind es einmal nur 700 Studenten, die bis jetzt geplant sind. Und auch wenn wir Übelbach durchsetzen könnten, was sehr unwahrscheinlich ist, da sehr viel Konkurrenz vorhanden ist aus den anderen Bereichen, dann sind es nach wie vor nur 700 Studenten, und wenn wir jedes Jahr noch einmal zusätzlich einen Studiengang, was auch illusorisch ist, was eine Vision ist, noch zusätzlich durchsetzen könnten, werden es nie mehr als 1000 Studenten werden. Und das ist nun einmal ein Problem, das wir haben, daß wir hier hinten dran sind und daß nicht passiert ist. Und es tut mir wirklich leid, daß ich hier Ihre Illusionen zerstören muß, aber diese Anträge, die Sie hier alle gestellt haben, werden und sind nicht berücksichtigt, da das Beratungsgremium sich für andere Studiengänge entschieden hat, und so wird dieser Bereich, sicherlich die ganzen Bereiche, die aufgezählt wurden, in naher Zukunft nicht umgesetzt werden. Ich würde mich freuen, wenn der Herr Landeshauptmannstellvertreter mich eines Besseren belehren würde. (Beifall bei der FPÖ. – 20.36 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Herr Landeshauptmannstellvertreter, bitte!

**Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek** (20.36 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Erster Punkt: Klarerweise sind Fachhochschulen und Studiengänge aus dieser Fachhochschule Technikum Joanneum dazu da, die regionalen Disparitäten abzubauen, das ist eine selbstverständliche Forderung der Landespolitik und ist natürlich auch ein Kriterium im Fachhochschulrat und bei der Bescheiderteilung

durch das Ministerium. Das Zweite ist, daß man von vornherein weder einen Studiengang noch einen Standort ausschließen sollte. Richtig ist, daß nicht alles zu jeder Zeit und auch in der Form, wie es sich manche vorstellen, kommen kann, aber wir wissen, daß Differenzierungsmöglichkeiten gerade bei den Studiengängen relativ intensiv möglich sind, so daß ich noch einmal sage, von vornherein sollten wir uns selbst nicht beschränken, das ist auch die Auffassung der Landesregierung, und nicht nur meine eigene. Richtig ist auch, daß es in der letzten Konsequenz politische Willensbildung braucht, aber die örtliche und die regionale Ebene ist natürlich im besonderen Maße aufgefordert, von sich aus initiativ zu werden. Von sich aus initiativ zu werden, das ist ein Teil, den man überhaupt nirgends wegdenken kann, und schon gar nicht im Bereich Wissenschaft, Forschung und der Bildung im allgemeinen. Also ohne diese Inzents auf der örtlichen und regionalen Ebene geht in der Tat glaube ich nichts.

Wir haben im übrigen ein ausgezeichnetes Team, das heute anwesend ist. Die Geschäftsführer der JR sind, wie ich glaube, im besonderen Maße, noch dazu unentgeltlich, tätig für das Land, um die Vorbereitungshandlungen für den Fachhochschulrat zu setzen. Und wenn wir guter Hoffnung sind, daß am 27. die Entscheidung für Industrial Design fällt und in der Folge wir zumindest für Kapfenberg eine Studienrichtung bekommen, so ist das in der Zeit nach den Verzögerungen ein relativ guter Anlauf. Es wird in der Folge, von den örtlichen Gegebenheiten her ausgehend, weiter Beauftragungen an die JR geben und an die zuständigen beratenden Organe im Land.

Ich sage noch einmal: Von meiner Seite gibt es keine Behinderung und keine Festlegung. Daß es in der letzten Konsequenz einen Regierungsbeschuß geben muß für Studiengang und für die regionale Zuordnung, ist auch eine Selbstverständlichkeit, und dort liegt es auf der Hand, daß es eine politische Entscheidung ist. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 20.40 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der FPÖ, SPÖ und ÖVP, betreffend die Einbindung der Marktgemeinde Irndning als Standort für eine landwirtschaftliche Fachhochschule.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzu beziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters und zweitens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der FPÖ, SPÖ und ÖVP, betreffend die Einbindung der Marktgemeinde Irndning als Standort für eine landwirtschaftliche Fachhochschule.

Ich komme nun zur Abstimmung: Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der FPÖ, SPÖ und ÖVP, betreffend die Einbindung der Marktgemeinde Irnding als Standort für eine landwirtschaftliche Fachhochschule, die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

### 13. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1113/1, betreffend den Wissenschaftsbericht 1993.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Erlitz** (20.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die Wissenschafts- und Forschungsförderung des Landes Steiermark für das Kalenderjahr 1993 wurde von der Abteilung für Wissenschaft und Forschung auf der Grundlage der Mitteilungen der hiezu kontaktierten Stellen zusammengestellt. Der Abschnitt über die Tätigkeiten der landeseigenen Joanneum Research Forschungsgesellschaft m. b. H. wird durch einen Geschäftsbericht zur näheren Information ergänzt.

Ich darf den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung für das Kalenderjahr 1993 über die Wissenschafts- und Forschungsförderung des Landes Steiermark mit beigelegtem Geschäftsbericht der landeseigenen Joanneum Research Forschungsgesellschaft m. b. H. wird zur Kenntnis genommen. Soweit mein Bericht.

**Präsident Mag. Rader**: Danke schön! Als erster ergreift das Wort der Obmann des Ausschusses, Herr Prof. Jeglitsch. Ich bitte ihn darum.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch** (20.42 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir zuerst zwei ganz kurze Vorbemerkungen. Die eine ist, die Wissenschaft hat es wirklich schwer. Bei der Budgetdebatte war es auch schon nach halb neun, als die Wissenschaft drangekommen ist, dementsprechend „zahlreich“ ist das Publikum, und „frisch“ ist die Aufmerksamkeit. Die zweite Vorbemerkung – (Präsident Mag. Rader: „Darf ich bitten, die nichtwissenschaftlichen Diskussionen in den hinteren Rängen zurückzustellen!“) Das Zweite wird den Kollegen Schrittwieser vielleicht auch interessieren. Die zweite Vorbemerkung bezieht sich auf die Fachhochschulen. Es wurde mehrfach angeregt, und vielleicht wundert sich der eine oder die andere, warum ich zu den Fachhochschulen nicht jetzt auch gesprochen habe. Aber bitte erlauben Sie mir, daß ich mich an einen alten weisen Satz halte, der heißt: „Die größte Leistung des Menschen liegt im Verzicht!“ Daher habe ich heute nicht gesprochen, auch wenn es einem

schwer gemacht wird, wenn die Medien gleichsam Strichlisten führen, wie oft man spricht oder wie viele Minuten man mehr oder weniger erfolgreich beim Rednerpult verbracht hat. Trotzdem erlauben Sie mir, daß ich mich nicht einfinde in den Kreis der fröhlichen Sänger zu weiteren Fachhochschulstudiengängen. Sondern ich hoffe vielmehr – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Regionalsänger!“) das ist die einzige Bemerkung, Herr Landeshauptmann, daß die wenigen Noten, die tatsächlich geschrieben worden sind, möglichst bald auch gesungen werden können! (Präsident Mag. Rader: „Ich hoffe, die Pausenzeichen müssen nicht auch gesungen werden!“ – Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Pausenzeichen waren lang, das ist richtig, die waren sehr lang!“) Hier sind Sie ein Meister, Herr Landeshauptmann, da kann ich Sie nicht überbieten, in den Pausen in der Abfolge bis zu den Anträgen zu Fachhochschulstudiengängen! (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie können mich überbieten mit Ihrer Wortwahl!“) Also, ich will gar nicht in Zweifel ziehen, daß es genug Gebiete gibt, wo ich gerne mit Ihnen in den Ring treten würde. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie haben in meiner Abwesenheit gesagt, es wurde Mist gebaut – Sie haben nur nicht gesagt, von wem!“) Ich habe diese Worte hier gebraucht, und wenn Sie Wert legen, wiederhole ich sie auch gerne. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Davon bin ich überzeugt!“) Natürlich weil sie einer Tatsache entsprechen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe gesagt, nur mit Worten könnten Sie mich überbieten! Und Sie haben gesagt, es sei Mist gebaut worden!“) Es ist so, es ist nicht der Konjunktiv, es ist so! (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nur haben Sie vergessen dazuzusagen, wer den Mist gebaut hat!“) Hier Zweifel anzumelden, das zeigt schon von einer eingeschränkten Sicht der Dinge. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Sie haben dürften!“ – Abg. Kanduth: „So geht es nicht, das geht schon zu weit!“ – Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Meine Sichtweite ist eingeschränkt? Das ist erlaubt?“ – Abg. Kanduth: „Ich verstehe die Welt nicht mehr!“ – Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist von Ihnen gekommen, von Ihrer Seite, daß ich eine eingeschränkte Sichtweite habe!“ – Abg. Kowald: „Das ist ja keine Majestätsbeleidigung, auch wenn die Wahrheit weh tut!“ – Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, das tut nicht weh, aber ich habe es zurückgegeben!“) Bitte nur keine Aufregung, es steht nicht dafür! (Präsident Mag. Rader: „Ich schlage vor, wir kehren in die eingeschränkte Sicht dieses Berichtes zurück!“) Danke herzlich! Ich glaube, die Aufforderung des Präsidenten gilt jetzt vielen. Und viele der Bemerkungen sind auch gar nicht zu kommentieren, sie richten sich selbst.

Ich darf nun zum Wissenschaftsbericht kommen. (Abg. Gennaro: „Ich wollte auch etwas sagen!“) Kollege Gennaro, wollen Sie auch zur Wissenschaft reden? Bitte, Sie sind herzlich eingeladen. (Abg. Schrittwieser: „Nicht zur Wissenschaft, aber zur Dis-

kussion wollte er etwas sagen!“) Sie sind herzlich eingeladen, ich habe überhaupt nichts dagegen! (Präsident Mag. Rader: „Damit ich nicht wieder einen Fauxpas begehe, würde ich sagen, kehren wir in die Grenzen des Berichtes zurück!“)

Ich komme zu den Grenzen des Berichtes und zum Wissenschaftsbericht. (Heiterkeit bei der ÖVP. – Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie sind gefügig, Sie sind wirklich gefügig!“) Lieber Herr Landeshauptmann, es gibt unterschiedliche Formen der Höflichkeit. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ja, das ist richtig!“) Ich finde schnell zur Höflichkeit zurück und hoffe, daß das auch für andere gilt. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist ein Frage des Geschmackes!“) Es ist nicht eine Frage des Geschmackes, sondern eine Frage der Erziehung, der Bildung. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Akademische Diskussion!“) Ich kann mich nicht erinnern, mit Ihnen in eine akademische Diskussion eingetreten zu sein! (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein!“) Nein, warum ziehen Sie dann die Frage an? Akademisch unterhalte ich mich ein wenig anders, das muß ich schon sagen. Ja, also ich schätze wirklich die kleinen Bemerkungen, sie heitern ein wenig auf, und Sie sehen bereits, eine Aufmerksamkeit ist gegeben – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die bisher nicht gegeben war!“) ich danke sehr herzlich, daß Sie mir auf diese Art und Weise zu einer verstärkten Aufmerksamkeit verholfen haben. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das habe ich ja schon bei der Frau Dr. Karisch bei der Generalrede mit allen Mitteln versucht!“) Also, Sie sind wirklich ein Geburtshelfer sondergleichen! (Allgemeine Heiterkeit.) Es brechen richtige Begeisterungstürme los, aber ich weiß nicht, ob Sie dann das richtige Referat haben oder ob ein anderes besser geeignet wäre. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Jetzt kommt der Kollege Dr. Strenitz dran, nehme ich an!“)

Wollen Sie sich um dieses bewerben? (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Dieses Ressort will die FPÖ, da müßt ihr euch an die FPÖ wenden!“ – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das kriegt sie auch!“) Diese Diskussion ist die beste Einbegleitung zum Wissenschaftsbericht, denn ich wollte von einer Umfrage berichten, die die Generaldirektion XII in Brüssel – sie ist zuständig für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung – durchgeführt hat, was wohl die Europäer von Wissenschaft, Forschung und Technik halten.

Und es ist erstaunlich, diese Umfrage ist sehr positiv ausgegangen. 73 Prozent attestieren Wissenschaft, Forschung und Technik einen hohen Stellenwert, glauben, daß sie wichtig sind und die Regierung Wissenschaft und Forschung unterstützen soll. Aber, wenn man liest, was in dieser Umfrage noch für Fragen gestellt worden sind und daß etwa ein Drittel der Befragten an die Macht von Glückszahlen glaubt – die Italiener 47 Prozent und die Iren 54 Prozent –, 21 Prozent der Engländer noch immer glauben, daß die Sonne um die Erde kreist, oder ein beträchtlicher Teil glaubt, daß die Astrologie wissenschaftlicher ist

als die Geschichtsforschung, dann muß man erkennen, wie stark diese Sätze der Zustimmung zu Wissenschaft und Forschung zu relativieren sind und daß man darauf nicht viel bauen kann. Und bei der Einbegleitung zu dieser Diskussion war es auch zu sehen.

Dieses Spiegelbild, daß man Wissenschaft und Forschung zwar für wichtig hält, aber dann anders handelt, das finden Sie auch im Arbeitsübereinkommen der derzeitigen Bundesregierung. Von 55 Seiten, die die Regierungserklärung umfaßt, sind es nicht einmal fünf Zeilen, die sich dem Gebiet „Wissenschaft und Forschung“ widmen. Aus meiner Sicht ist auch in diesem Punkt die Regierungserklärung nicht ausgewogen.

Umso mehr Freude habe ich mit dem Wissenschaftsbericht des Jahres 1993, und ich lese ihn aufmerksam. Der Wissenschaftsbericht 1993 ist im Prinzip ähnlich aufgebaut wie im Vorjahr, mit Ergänzungen zu Wissenschafts- und Forschungszahlen und auch mit einer sehr wesentlichen Änderung, Herr Landeshauptmann: Es ist ein neues Bild von Ihnen drinnen – und ich möchte das deswegen erwähnen, weil mir das neue Bild besser gefällt als das im Wissenschaftsbericht 1992. Ist das eine Referenz? (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich bin hingerissen!“)

Bitte fallen Sie nicht um! (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich glaube aber nicht, daß das Persönliche sehr interessant ist – oder? Ich glaube das nicht!“)

Darf ich das so verstehen, daß der nächste Wissenschaftsbericht kein Bild mehr von Ihnen aufweisen wird? (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie waren nicht angesprochen! Man weiß, was ich gemeint habe. Wenn Sie es nicht wissen, tut es mir leid!“) Sie können mich ja aufklären! (Abg. Dr. Karisch: „Jetzt kommen die Computerbilder!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wissen Sie, warum ich gar nicht unangenehm berührt bin, wenn Sie diskutieren? Weil dann im Protokoll aufscheint, daß ich viel länger geredet habe, und wenn die Journalisten nur die Minuten zählen, schaue ich gut aus. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es ist niemand mehr da!“) Das macht ja nichts. Es wird die Uhrzeit geführt, und im Protokoll steht, daß ich 30 Minuten geredet habe, obwohl es in Wirklichkeit nur 15 Minuten waren, ich profitiere davon, wenn Sie mich unterbrechen. Ich bedanke mich. (Abg. Kowald: „Herr Professor, die Folge wird sein, daß sie dich jetzt nicht mehr unterbrechen und weiterreden lassen, wirst sehen!“) Ich glaube nicht. (Präsident Mag. Rader: „Das ist ein guter Vorschlag, ich bitte, das auch so zu handhaben.“) Auf den ersten Seiten des Berichtes gibt es einen Überblick zu den Gesamtforschungs- und Entwicklungsausgaben des Bundes. Man kann dort einer Grafik entnehmen, was schon mehrfach kommentiert wurde, daß nämlich rund 50 Prozent von der öffentlichen Hand kommen und rund 50 Prozent von der Wirtschaft, genaugenommen 46 Prozent öffentliche Hand, 51 Prozent die Wirtschaft. Und damit zeigt sich, daß sich die Forschungsfreudigkeit, das Forschungsengagement von Österreichs Firmen, von Industrie und Wirtschaft in Grenzen hält. Sie wissen, daß sich die Verhältnisse in der Bundes-

republik oder insbesondere in der Schweiz wesentlich davon abheben. Nicht nur, daß der Forschungskoeffizient etwa doppelt so hoch ist wie in Österreich, dort trägt auch die Industrie wesentlich mehr dazu bei, nämlich etwa zwei Drittel beziehungsweise drei Viertel der gesamten F- und E-Ausgaben.

Da es schon spät, verzichte ich auf mehr Details und komme direkt zum Bericht. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Landes Steiermark schauen respektabel aus. Ich habe schon in der Budgetdebatte erwähnt, daß wir in der absoluten Höhe der Ausgaben an zweiter Stelle hinter Wien sind. Aber wenn man andere Kennzahlen heranzieht, etwa Prozent am Budget oder Forschungs- und Entwicklungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung, dann liegt derzeit die Steiermark etwa im Mittelfeld, im ersten Fall hinter Vorarlberg, Tirol und Kärnten, und im zweiten Fall hinter Vorarlberg, Wien, Kärnten und Tirol. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß unsere Forschungsausgaben durch Joanneum Research sehr stark angehoben sind. Wird die Basisfinanzierung von Joanneum Research abgezogen, landet die Steiermark irgendwo im unteren Mittelfeld der Länder. Das heißt, daß die Steiermark in den letzten Jahren doch etwas Boden in Forschung und Entwicklung verloren hat und wir uns anstrengen sollten, daß dieser gehalten und wieder verbessert wird.

Für 1994 und auch 1995 wird im Bericht ein kleiner Anstieg in den Ausgaben ausgewiesen. Für 1995 erhoffe ich mir auch, daß von den 50 Millionen, die im Wissenschaftsressort im Hinblick auf eine Kofinanzierung bei EU-Projekten beheimatet sind, ein möglichst großer Anteil der Forschung zufließt.

Erlauben Sie mir, daß ich kurz einige Bemerkungen zu einzelnen Positionen mache. Als eine der wichtigsten Positionen erscheint mir der Steiermärkische Wissenschafts- und Landesfonds. Wenn man die beiden Berichte 1992 und 1993 miteinander vergleicht, dann wurden 1992 19,4 und 1993 15,7 Millionen ausgewiesen, also durchaus ein empfindlicher Rückgang; eine Position, die sowohl im universitären als auch im außeruniversitären Bereich sehr viele Früchte trägt. Im universitären Bereich etwa in der Frage von Berufungsabwehren oder der erfolgreichen Durchführung von Berufungen. Hier ist ein großer Dank auszusprechen, daß dies auch in einzelnen Fällen gelungen ist. Leoben, die Montanuniversität selbst, ist eine betroffene Universität etwa in der Berufung des Ordinariates Physik.

Ich darf auch das Außeninstitut der Universität Graz anführen, wo die Herausgabe der Universitätszeitschrift ermöglicht wird. Mit Unterstützung aus dem Fonds konnte auch ein Vertiefungsstudium Elektrotechnik – Wirtschaft ins Leben gerufen werden; weiters ist das Versuchs- und Forschungsbergwerk am Erzberg zu nennen, ein Projekt, das im Rahmen von Brite-EURAM durchgeführt wird, mit internationaler Beteiligung, wo wirklich weltweit in Zusammenarbeit kontrollierte Sprengversuche durchgeführt werden. Ganz besonders möchte ich den Studienversuch „Industrieller Umweltschutz, Entsorgungstechnik und Recycling“ an der Montanuniversität erwähnen, der mit kräftiger Landeshilfe ins Leben gerufen werden konnte und sich derzeit von der Inskribentenzahl zur stärksten Studienrichtung entwickelt hat.

Im außeruniversitären Bereich erlauben Sie mir auch, einige Schlaglichter zu nennen: Unterstützung des Montanarchivs in Eisenerz, aus meiner Sicht sehr wichtig und bedeutsam, weil damit Kulturgut gesichert werden kann. Das österreichische Gießereinstitut, das eine sehr schwierige Branche betreut, nämlich die österreichischen Gießereien, wo mit einer modernen Schmelzinduktionsanlage jetzt wieder die Möglichkeit besteht, für diese Gießereien etwas zu tun. Eine Unterstützung hat auch die Studien- und Berufsinformationsmesse in Leoben erhalten, die sehr erfolgreich war. Verwundert hat mich ein wenig der kurze Vermerk „Akademie Graz 500.000 Schilling zur ausgeglichenen Bilanzierung für wissenschaftliche Veranstaltungen 1992“. Ich verstehe schon, daß man wissenschaftliche Veranstaltungen unterstützt, aber dann auf Antrag im vorhinein, und nicht gleichsam zur ausgeglichenen Bilanzierung, also Verlustabdeckung im nachhinein.

Zur Position Bund-Bundesländer-Kooperation zwei Zahlen: 1992 4,2 Millionen Schilling, 1993 2,7 Millionen Schilling, auch hier ein gewisser Rückgang, wobei das Positive noch ist, daß in beiden Fällen der Schwerpunkt bei Umweltprojekten liegt oder insgesamt für Umweltprojekte am meisten ausgegeben wurde, im Jahr 1992 1,8 Millionen Schilling, im Jahr 1993 884.000 Schilling. Es wäre wünschenswert, einmal auf diese Projekte, die im Hinblick auf bestimmte Umweltfragen durchgeführt worden sind, näher einzugehen. Ich will es im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit heute nicht tun, werde aber später einmal darüber sprechen.

Unter der Position „Wissenschaftspflege“ ist ebenfalls ein kleiner Rückgang gegenüber 1992 zu erkennen, von 7 Millionen auf 5,8 Millionen. Diese Position dient der Unterstützung von Tagungen, Symposien, Seminaren, Workshops – insgesamt 62 im Jahr 1993. Die Bedeutung liegt darin, daß solche Symposien für Wissenschaftler das Fenster zur wissenschaftlichen Welt darstellen; auch eine Leobner Tagung, das Kunststoffkolloquium, wurde daraus unterstützt. Erwähnenswert ist, daß aus dieser Position auch wissenschaftliche Arbeiten und Studien in der Drucklegung gesponsert werden, und zwar in rund 100 Fällen. Dort findet sich auch die Position Wissenschaftskooperation mit osteuropäischen Universitäten. Diese Position war schon einmal im Rationalisierungsausschuß auch in Diskussion. Man findet als größte Ausgabe eine Position – 300.000 Schilling – für ein Kooperationsprogramm der Montanuniversität mit Sopron, Veszprém und Miskolc. In Leoben ist es Prof. Wolfbauer, der diese Mittel verwaltet. Ich habe ihn ersucht und wollte gerne darüber berichten. (Ein Wecker von Frau Abgeordneter Kaufmann geht ab. – Abg. Gennaro: „Reden Sie nur weiter!“) Nein, es ist ganz anders zu sehen. Ich habe mich sehr viel mehr zu bemühen, um auch Ihre Aufmerksamkeit zu finden. (Abg. Gennaro: „Immer weiter reden!“ – Abg. Dr. Karisch: „Das ist ein praktisches Beispiel der Wissenschaft!“) Nein, umgekehrt, daß Sie, Frau Kollegin Kaufmann, nach so gravierenden Mitteln greifen müssen, um nicht bei meinem Bericht einzuschlafen, trifft mich tief.

Ich werde allerdings aufmerksam die nächsten Landtagssitzungen verfolgen, ob dieser Wecker auch abgeht, wenn einer Ihrer Kollegen von der SPÖ-Seite

spricht. Dann sehe ich, ob Sie dieses Instrument ausgewogen handhaben. Ich hatte gehofft, daß Prof. Wolfbauer, den ich angesprochen habe, mir einen kurzen Bericht geben kann, was mit diesen 300.000 Schilling geschehen ist, ich hätte es gerne gebracht, er war aber, aus welchen Gründen auch immer, dazu nicht in der Lage.

Der nächste Punkt: Studienbeihilfen und Stipendien. Hier ist erwähnenswert, daß eine Reihe von Stipendien für sozial Bedürftige gewährt wurden, aber auch Begabtenstipendien. Zu bedauern ist, daß der Schnitt des Begabtenstipendiums nur 4000 Schilling pro Jahr beträgt. Sie werden auch die Begabten fördern müssen, und nicht nur die sozial Schwachen, die völlig zu Recht zu bedenken sind. Dies umso mehr, als in den letzten 20 Jahren von staatlicher Seite her ein Rückgang bei Stipendien von rund 20 auf 10 Prozent bei den Studenten zu verzeichnen war. Erlauben Sie mir zum Schluß einige Worte zu Joanneum Research. Etwa die Hälfte der 20 Institute wurden in den letzten sechs Jahren neu geschaffen, und das im dreißigjährigen Bestehen von Joanneum Research. Zwei Drittel der Institute werden von Professoren oder Dozenten geleitet, womit eine unmittelbare Brücke zwischen angewandter Forschung und der Umsetzung von Ergebnissen gewährleistet ist.

Im Jahr 1993 betrug die Basisfinanzierung 96,3 Millionen Schilling, 10 Millionen Schilling kamen vom Bund. Diese Basisfinanzierung ist aber nur ein Drittel der Gesamtaufwendungen. Das heißt, Joanneum Research verdient zwei Drittel durch Auftragsforschung; ich will es nicht nochmals wiederholen, aber Vergleiche zu anderen außeruniversitären Forschungszentren, nicht nur in Österreich zu Seibersdorf, sondern in ganz Europa, zeigen hier eine einmalige Situation, weil ich kein zweites außeruniversitäres Forschungszentrum kenne, das in einem so hohen Ausmaß mit so viel Leistungsfähigkeit die eigenen Aufwendungen selbst verdient. Dabei muß man berücksichtigen, daß das Jahr 1993 für Joanneum Research ein sehr schwieriges Jahr war, denn es war auch eine schwierige Wirtschaftssituation. Sie sehen das an der Zurücknahme der Investitionen, an der Tatsache, daß die Wirtschaftsaufträge zurückgegangen sind, auf der anderen Seite, daß die internationalen Projektaufträge zugenommen haben.

Die Beispiele über die Leistungen von Joanneum Research sind lesenswert. Joanneum Research schreitet auf einem sehr positiven Weg konsequent weiter. Der wissenschaftliche Beirat wird durch ausländische Kollegen bereichert. Die Forschungsinstitute werden laufend evaluiert, und das nicht nur am Papier oder verbal, sondern durch Besuch und ein intensives Gespräch von Kollegen aus dem wissenschaftlichen Beirat mit diesen Instituten. Als Beispiel für den hohen Stellenwert von Joanneum Research und deren Leiter darf ich erwähnen, daß der Leiter des Institutes für Chemische und Optische Sensorik, Herr Dr. O'Leary, bei einem Berufungsverfahren in Leoben für das Ordinariat „Automation“ an erste Stelle gereiht wurde, und wir hoffen, daß die Berufungsverhandlungen mit ihm erfolgreich laufen werden.

Ich glaube, diese wenigen Sätze zeigen die Bemühungen und die hohe Leistungsfähigkeit von Joanneum Research.

Joanneum Research zeigt aber auch durch seine Tätigkeit, gerade im Jahr 1993, wie Industrie und Wissenschaft in Forschungs- und Entwicklungsaufgaben zu unterstützen sind und daß Forschung und Entwicklung für ein Land wie Steiermark kein Luxus sind, den man sich für spätere, bessere Zeiten aufbewahren kann, sondern den man täglich erfüllen muß. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 21.07 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächster am Wort ist der Herr Kollege Erlitz.

**Abg. Mag. Erlitz (21.07 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Als in den dreißiger Jahren die von Otto Hahn entdeckte Kernspaltung in der Öffentlichkeit ihr erstes Echo fand, schrieb damals Bertolt Brecht im dänischen Exil eines seiner schönsten und traurigsten Stücke über die Wissenschaft, nämlich über das Leben des Galilei. Und Galilei legte er dabei das folgende Bekenntnis in den Mund. Ich zitiere: „Ich halte dafür, daß das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern. Wenn Wissenschaftler eingeschüchtert, daß selbstsüchtige Machthaber sich damit begnügen, Wissen um des Wissens willen aufzuhäufen, kann die Wissenschaft zum Krüppel gemacht werden, und eure neuen Maschinen mögen nur neue Drangsale bedeuten.“

Meine Damen und Herren, es ist Zeit für einen Neuanfang, in Erinnerung an Galilei. Einen Neuanfang, der die Wissenschaft qualitativ vor neue Herausforderungen stellt und sie geradezu demonstrativ in den Dienst von Mensch, Umwelt und Natur stellt. Und daß sie dies kann, darin besteht kein Zweifel. Es besteht seit Ende des kalten Krieges die reale Chance, zu einem Konsens über den Sinn technischen Fortschrittes zu kommen. Und Teil dieses Konsens muß sicherlich die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Europa, Österreich und natürlich auch in unserem Lande sein. Es muß aber auch grundsätzlich wohl auch darum gehen, die technologischen Grundlagen einer Wohlstandsgesellschaft zu schaffen, die produzieren und konsumieren kann, ohne ihre natürliche Existenzgrundlage heute zu gefährden und morgen zu vernichten. Und deshalb muß die Belastung der Umwelt durch Schadstoffe so eingegrenzt werden, daß die natürliche Regeneration problemfrei möglich wird, und müssen die Produkte so recyclefähig gemacht werden, daß sie nicht den Müllberg immer weiter vergrößern, sondern vom Wirtschaftskreislauf wieder aufgenommen werden können. Und dazu gehört, um das zu erreichen, sicherlich erstens ein Verkehrssystem, das Mobilität ohne irreversible Ökoprobleme schafft, und zweitens eine Energietechnik, die nicht die über Millionen Jahre in fossilen Bodenschätzen gespeicherte Sonnenenergien in wenigen Jahrhunderten oder Jahrzehnten verbraucht oder, alternativ dazu, die Menschen durch radioaktive Strahlung gefährdet, sondern die sich auf Energieeinsparung und regenerative Energiequellen stützt. Und das sind alles Aufgaben, die im Kern eine großartige Herausforderung



an die Technik stellen. Es gilt, das Alte, nicht mehr Tragfähige aufzuheben, zu beseitigen und durch Neues zu ersetzen.

Meine Damen und Herren, die Energiepolitik ist auch Teil der Industriepolitik, ihr wichtigster, weil innovativster Teil. Industriepolitik heißt, im Dialog mit der Industrie und der Wissenschaft darüber nachzudenken, in welchen Wachstumsfeldern sich der Staat im Rahmen seiner technologiepolitischen Verantwortung engagieren soll. Und zu den wesentlichen Aufgaben der Technologiepolitik zähle ich auch den Aufbau einer leistungsfähigen Forschungs- und Beratungsinfrastruktur, deren Hauptaufgabe die systematische Unterstützung des Industrie- und Betriebsmanagements ist. Und in unserem Lande übernimmt die Joanneum Research Forschungsgesellschaft die Position eines ganz wichtigen Knotenpunktes in einem Informationsnetzwerk ein. Sie ist im Rahmen des Technologietransfers und der Technologieberatung eine Art Katalysatorstelle, die die Kommunikation zwischen den Auftraggebern fördert und damit Informationsflüsse aktiviert. Die JR hat eine Brückenfunktion zwischen den steirischen Universitäten einerseits und der Wirtschaft und Verwaltung andererseits. Sie ist aber auch Bindeglied im internationalen Wissens- und Technologietransfer. Und so ist sie seit Jahren ein Forschungspartner in internationalen Projekten, wie COST und Eureca. Und für die europäische Weltraumagentur ESA wurden von ihr Aufträge in einem großen Umfang abgewickelt. Zur Zeit laufen, soweit ich weiß, ein Projekt über Eureca und neun Projekte über dieses Rahmenprogramm. Für 1995/96 sind vier Eureca-Projekte und neunzehn über das Rahmenprogramm geplant, mit einem Gesamtvolumen von etwa 30 Millionen Schilling. Auch ein Betrag, der aus dieser Basisfinanzierung entnommen wird und kommen sollte.

Das gesamte Budgetvolumen der JR, über das Herr Prof. Jeglitsch bereits gesprochen hat, sind 300 Millionen, wobei 100 Millionen Schilling etwa Basisfinanzierung sind und 200, also zwei Drittel, durch eigene Leistung erbracht werden. Zusammenfassend haben sich für Joanneum Research vier Ausgabenbereiche herausgebildet. Erstens der Technologietransfer, technologische Stärken entwickeln sich nur im engen Zusammenspiel zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Zweitens die Technologieberatung, moderne Technologien werden heute nicht mehr mit Katalog, Frühjahrs- oder Herbstkatalog, bestellt, sondern ihr erfolgreicher Einsatz beruht auf einem sehr engen und personalisierten Kontakt zwischen Technologiegeber und Technologienehmer. Drittens die Internationalisierung in einem vereinigten Europa, es wird immer wichtiger, international zu agieren. In den vergangenen drei Jahren hat sich eben der Anteil internationaler Projekte an einem Auftragsvolumen von 10 auf 31 Prozent erhöht. Und der vierte Aufgabenbereich sind die Fachhochschulen. Joanneum Research hat an den Vorbereitungsarbeiten für die steirischen Fachhochschulen maßgeblich mitgewirkt und ist an ihrer Trägergesellschaft, der Technikum Joanneum G. m. b. H., beteiligt. Und durch die Vernetzung von Lehre und angewandter Forschung und Entwicklung können die zukünftigen Fachhochschulstudiengänge wirkungsvoll in den Technologietransfer eingebunden werden. Und es war wohl eine

logische Konsequenz, meine Damen und Herren, daß die Geschäftsführer der Joanneum Research, die Herren Dipl.-Ing. Bayer und Herr Rainer Uranschek, auch als Geschäftsführer der Technikum Joanneum G. m. b. H. zunächst bis 30. Juni 1995 bestellt wurden. Sie arbeiten, Herr Landeshauptmann Schachner hat es bereits gesagt – in dieser Funktion kostenlos, was ihre fachliche Kompetenz in keiner Weise in Frage stellt, sondern ganz im Gegenteil, sie sind bereits seit Juli 1993 mit dem Aufbau der steirischen Fachhochschulstudiengänge befaßt. Und mit dieser eingearbeiteten und kompetenten Geschäftsführung wird auch garantiert, daß die bisher geleistete Aufbauarbeit bis Juni 1995 zunächst kontinuierlich fortgesetzt werden kann. Und es erscheint mir zumindest sicherlich sehr zweckmäßig zu sein, daß auch nach dem 30. Juni 1995 die Geschäftsführung der Technikum Joanneum in dieser personellen Zusammensetzung fortgeführt wird, denn gerade in dieser Phase der Errichtung und des Aufbaues, ich möchte sagen in status nascendi, auf gut steirisch heißt es in der Phase des Aufbaues, der Fachhochschulstudiengänge sollte man ein so erfolgreiches Team sicherlich nicht auswechseln. „Never change a winning team“ heißt es so schön.

Zu den Ausführungen von Prof. Jeglitsch möchte ich nur sagen, daß solche Beiträge zur Fachhochschuldiskussion uns sicherlich keinen Millimeter weiterbringen oder näherbringen an den tatsächlichen Beginn des ersten Fachhochschulstudienganges, die Vorbereitungsarbeiten werden damit nicht beschleunigt. Ich glaube vielmehr, jetzt sollten alle vernünftigen Kräfte in diesem Lande – und ich hoffe, es gibt noch genug von diesen, obwohl der Olympia-Virus ja so manchem Politiker den Blick für die eigentlichen und wahren politischen Aufgaben dieses Landes getrübt hat, aber ich glaube, der Virus ist jetzt auch endgültig beseitigt – zusammenfinden und alles unternehmen, damit die geplanten Fachhochschulstudiengänge eingerichtet und finanziert werden können. Durch ein sicher bedauerliches bildungspolitisches Sensibilitätsdefizit des neuen VP-Unterrichtsministers Busek sind durch seine Absichtserklärungen sicher zur falschen Zeit falsche Zeichen gesetzt worden. Sparen ja, aber bitte nicht am falschen Platz und nicht im Bereich Bildung und Kultur.

Denn gerade die jetzige Zeit neuer auf uns und unsere Jugend zukommender Heraus- und Anforderungen im Zuge der Internationalisierung vieler Lebensbereiche und die Dynamik der europäischen Integration verlangen eben neue Bildungsoffensive, und nicht Bremsmanöver in diesem Bereich. Meine Damen und Herren, unsere Jugend darf nicht auf Grund mangelnder Qualifikationsmöglichkeiten im europäischen Konkurrenzkampf auf der Strecke bleiben. Unsere jungen Menschen brauchen in dieser Frage die Unterstützung über alle Parteigrenzen hinweg, um ihnen den Weg zur Europaqualifikation und einer guten Zukunft zu ermöglichen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 21.17 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**14. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1114/1, betreffend den 7. vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration.**

Berichtersteller ist der Herr Landtagsabgeordnete Reinhold Purr. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Purr (21.17 Uhr):** Hoher Landtag!

Diese Regierungsvorlage 1114/1 betrifft den siebenten vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration. In diesem Sinne wird für das dritte Vierteljahr des Jahres 1994 über die Änderung beziehungsweise Ergänzung des EWR-Abkommens seit Juni 1994 und den Stand der Rechtsanpassung in der Steiermark sowie die weiteren Maßnahmen Österreichs beziehungsweise der Steiermark zum EU-Beitrittsvertrag; die finanziellen und rechtlichen Auswirkungen und die wichtigen Entscheidungen und Maßnahmen auf europäischer Ebene seit Juli 1994 berichtet. Der Bericht liegt umfangreich vor. Ich bitte um Kenntnisnahme.

**Präsident Mag. Rader:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**15. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1049/2, über den selbständigen Antrag des Kontroll-Ausschusses zum Beschluß Nr. 612 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Oktober 1994, betreffend den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 57 über die Prüfung der Leistungsdaten, Aufwandsentwicklung und Leistungserlöse der Landeskrankenanstalten im ambulanten Bereich sowie stichprobenweise Prüfung der Verrechnung der Ambulanzleistungen.**

Berichtersteller ist der Herr Landtagsabgeordnete Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gennaro (21.18 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zur Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum selbständigen Antrag des Kontroll-Ausschusses, betreffend den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 57 über die Prüfung der Leistungsdaten, Aufwandsentwicklung und Leistungserlöse der Landeskrankenanstalten im ambulanten Bereich sowie stichprobenweise Prüfung der Verrechnung der Ambulanzleistungen. Der Steiermärkische Landtag hat mit Beschluß Nr. 612 vom 11. Oktober 1994 auf Grund des Berichtes des Landesrechnungshofes, betreffend die Prüfung der genannten Daten, die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, zu folgenden Punkten zu berichten: a) Inwieweit sind die Beanstandungen des Landesrechnungshofes in bezug auf Leistungsdaten, Aufwandsentwicklung, Leistungserlöse der LKHs im ambulanten Bereich sowie die Verrechnungsweise derselben schon behoben? b) Inwieweit wurde das Berechnungsverhältnis der Leistungserlöse zu Personal- und Gesamtaufwand verbessert? c) Inwieweit wird nunmehr eine wirksame Kontrolle

der Ambulanzverrechnung durchgeführt? d) Inwieweit wurde von seiten der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft m. b. H. die Einhaltung der Zahlungstermine laut Allgemeinem Ambulanzvertrag aus 1986 bei den Kassen geregelt?

Als Rechtsträger der Landeskrankenanstalten hat die Steiermärkische Krankenanstalten Ges. m. b. H. eine umfassende Stellungnahme zu den oben genannten Fragen vorgelegt, die dem Steiermärkischen Landtag auf diesem Wege zur Kenntnis zu bringen wäre. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses und der Unterlage vom 28. November 1994 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum selbständigen Antrag des Kontroll-Ausschusses, betreffend den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 57 über die Prüfung der Leistungsdaten, Aufwandsentwicklung und Leistungserlöse der Landeskrankenanstalten im ambulanten Bereich sowie stichprobenweise Prüfung der Verrechnung der Ambulanzleistungen, wird zur Kenntnis genommen.

**Präsident Mag. Rader:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

**16. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 795/6, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Schützenhöfer, Purr und Dr. Lopatka, betreffend das Verbot des Medikamentes Chloramphenicol – ein schwieriges Wort – in der Tiermedizin.**

Berichtersteller ist einer, der sich wirklich auskennt, nämlich der Herr Abgeordnete Kowald. Ich bitte ihn um den Bericht.

**Abg. Kowald (21.22 Uhr):** Herr Präsident!

Ich habe lange studieren müssen, bis ich das Wort herausgebracht habe, aber es handelt sich hier bei diesem Antrag mit der Zahl 795/6 um das Medikament Chloramphenicol, das angeblich in der Tiermedizin verwendet worden ist. Durch den EU-Beitritt hat sich das aber insofern geregelt, weil das dort in dieser Europäischen Gemeinschaft bereits verboten ist, ist es auch in Österreich so. Also, damit ist es zwar hinfällig, aber ich bitte trotzdem dieses Hohe Haus um Kenntnisnahme dieses Berichtes.

**Präsident Mag. Rader:** Damit sich nicht noch einer blamiert, hat sich sicherheitshalber keiner zu Wort gemeldet. Wer also dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das sind alle – einstimmig angenommen.

Ich bedanke mich schön.

**17. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1099/1, betreffend den Bodenschutzbericht 1993.**

Berichtersteller ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer** (21.23 Uhr): Meine Damen und Herren!

Der Bodenschutzbericht 1993 liegt Ihnen vor. Es handelt sich bereits um den sechsten derartigen Bericht. Er enthält neben einem umfangreichen Kapitel über das Bodenschutzprogramm auch ein Kapitel „Sonderberichte“ mit Beiträgen zu den Themen „Forschungsvorhaben auf Grund des Gutachtens „Schwermetalle in steirischen Böden“, „Bodenabtrag durch Wasser – Ursachen und Schutzmaßnahmen“ und „Bodengefährdung und Bodenschutz“.

Ich bin überzeugt davon, daß Sie alle den Bericht eingehend studiert haben, und ersuche den Hohen Landtag, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident Mag. Rader:** Keine Wortmeldung? Der Herr Kollege Getzinger, bitte schön, hat sich zu Wort gemeldet.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger** (21.24 Uhr): Ist möglicherweise nicht eingetragen worden, meine Wortmeldung. Kollege Riebenbauer, ich habe diesen Bericht sehr eingehend studiert und möchte doch einige Schlüsse daraus ziehen, möglichst kurz angesichts der fortgeschrittenen Zeit.

Der bisherige Fokus des Bodenschutzberichtes und der Bodenschutzberichte der letzten Jahre war in erster Linie auf Schadstoffeinträge in unsere Böden gerichtet. Insbesondere Schwermetalle wurden hier untersucht und hierbei wiederum ein besonderes Schwergewicht auf die Untersuchungen bezüglich Arseneinträge in unsere landwirtschaftlichen Böden gelegt. Häufig waren, und das stellte sich nach einigen Untersuchungen heraus, diese Arseneinträge geogener Natur, das heißt, aus dem Mutterboden kommend. Dagegen kann man kaum etwas machen. In manchen Fällen gab es aber auch antropogene, das heißt menschengemachte Einträge von Schwermetallen, beispielsweise Blei aus dem Blei im Benzin, das jetzt mittlerweile Gott sei Dank verboten ist.

Besonders entscheidend ist bei diesen Schwermetallen und insbesondere beim Arsen, ob sie pflanzenverfügbar sind. Das heißt, ob diese Schwermetalle in Pflanzen übergehen oder nicht. Erst dann geraten sie ja, diese Schwermetalle, in den Lebensmittel-, in den Nahrungsmittelkreislauf. Es hat sich bei Untersuchungen herausgestellt, das müssen wir mit diesem Bodenschutzbericht zur Kenntnis nehmen, daß die Tatsache, ob Schwermetalle in die Pflanzen aufgenommen werden, nur anhand von Pflanzenanalysen festzustellen ist, andere Testmethoden haben sich nicht als fruchtbar erwiesen. In manchen Fällen, meine Damen und Herren, werden Konsequenzen zu ziehen sein, harte Konsequenzen bei Schwermetallbelastungen in Böden und insbesondere, wenn auch Pflanzen über das tolerable Maß hinausgehend mit Schwermetallen kontaminiert sind. In Hartberg beispielsweise wurde die sechsfache Überschreitung des Arsengrenzwertes im Boden festgestellt. Konsequenzen derart, daß diese Böden zumindest partiell aus der Produktion, aus der landwirtschaftlichen Produktion herausgenommen werden müssen. Aber noch viel wichtiger

wäre, wenn dies möglich erscheint, eine Verminderung der antropogenen Einträge von Schwermetallen und anderen Schadstoffen.

Meine Damen und Herren, der Bodenschutzbericht 1992 und 1993, beide Bodenschutzberichte, lenken in allgemeinen Beiträgen das Augenmerk vermehrt auf die Problematik Erosion und Humusabbau. Also sehr wohl wird, sozusagen als Pflichtleistung, als Pflichtkapitel, weiterhin die Frage nach den Schadstoffen im Boden behandelt – das ist eine sehr verdienstvolle und sehr wesentliche Aufgabe. Allerdings ist eine gewisse Verschiebung zu beobachten hin zur Problematik „Erosion und Humusabbau“. Dies entspricht auch dem Auftrag des Bodenschutzgesetzes, wo es im Zielparagraphen darum geht, daß es um eine Erhaltung einer nachhaltigen Bodenfruchtbarkeit und Verhinderung der Erosion gehen soll.

Meine Damen und Herren, bei Erosion beziehungsweise Humusabbau ist es selbstverständlich, daß diese negativen Erscheinungen hinsichtlich unserer Böden und der Bodenfruchtbarkeit möglichst hintangehalten werden sollen. Es geht darum, daß die Bodennachbildung, die Humusnachbildung möglichst im Gleichgewicht sich befindet mit der Erosion beziehungsweise mit dem Humusabbau. Ursachen für Erosion und Humusabbau, das wird in diesem Bodenschutzbericht 1993, aber auch 1992, sehr genau beschrieben, sind Monokulturen oder eingeengte Fruchtfolge beziehungsweise die Zunahme von offenen Flächen – hier ist insbesondere der Maisanbau gemeint – und Düngung, die den Verlust an organischer Substanz nicht auszugleichen vermag – es gibt ja eine mehr und mehr sich verstärkende Tendenz von der Festmistdüngung hin zur Gülledüngung. Diese Art von Düngung bringt nicht diese Mengen an organischer Substanz in den Boden ein, wie das bei der Festmistdüngung der Fall ist. Weiters Bodenbearbeitung bei zu feuchten Böden, Befahren des Bodens mit zu schweren Traktoren – auch das wird als Problematik genannt – und die Tatsache, daß mehr und mehr Heckenbiotopverbundsysteme aus der Landschaft verschwinden – also es noch immer in manchen Regionen zur Ausräumung der Landschaft kommt – beziehungsweise Entwässerung von Feuchtgebieten.

Diese Ursachen werden in den Bodenschutzberichten für Erosion und Humusabbau genannt. Es werden auch Maßnahmen empfohlen, dieses Problem oder diese Problembereiche zu korrigieren. Empfohlen wird beispielsweise eine immergrüne Bewirtschaftung des Bodens beziehungsweise ein Zwischenfruchtanbau, ein Anlegen von Biotopverbundsystemen, Fruchtfolge beziehungsweise die Reduktion von Maisanbauflächen. Es wird darauf hingewiesen, daß gerade Mais und auch Zuckerrübe – das ist für die Steiermark nicht so relevant –, also insbesondere Mais zu den stark erosionsfördernden Kulturen zählt. Es wird eine bodengerechte Bearbeitung des Ackers empfohlen, das hat etwas mit den Traktoren zu tun, mit der Schwere der Traktoren und dem Gerät, das verwendet wird, und ein verstärktes Zuführen von organischer Substanz, darunter ist zu verstehen Mulch, Festmist und Kompost.

Meine Damen und Herren, ich nehme diese sich auf einer allgemeinen Ebene befindlichen Anregungen der beiden Bodenschutzberichte 1992 und 1993 auf

und möchte Ihnen folgenden Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zu Gehör bringen: Es ist ein Beschlusantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Monika Kaufmann, Trampusch und Günther Prutsch, betreffend Erosion und Humusabbau bei steirischen landwirtschaftlichen Böden:

In den Bodenschutzberichten der Jahre 1992 und 1993 waren ausführliche Beiträge dem Bodenabtrag (Erosion) und dem Humusabbau gewidmet. Diesen Beiträgen konnte entnommen werden, daß der allmähliche Verlust fruchtbaren Bodens in manchen Regionen der Steiermark ein äußerst ernstzunehmendes Problem darstellt. Im Sinne der Intention des Bodenschutzgesetzes, nämlich der Erhaltung einer nachhaltigen Bodenfruchtbarkeit und der Verhinderung von Bodenerosion, sollten diese Phänomene regional bezogen genauer untersucht und bewertet werden sowie Gegenstrategien entwickelt und umgesetzt werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Forschungs- und Versuchstätigkeit zu den Problemen Erosion und Humusabbau in den davon besonders betroffenen Regionen zu intensivieren, Gegenstrategien, die langfristig Bodenfruchtbarkeit sicherstellen, zu entwickeln und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen; zweitens den Landtag in spätestens fünf Jahren im Rahmen des Bodenschutzberichtes über diese Aktivitäten und Ergebnisse zu informieren und drittens in den folgenden Jahren regelmäßig im Rahmen des Bodenschutzberichtes über die Probleme der Erosion und des Humusabbaues zu berichten.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung, meine Damen und Herren, und möchte hier noch dem Dozenten Köck und auch dem Herrn Dr. Krainer für den ausgezeichneten Bodenschutzbericht 1993 danken. (Beifall bei der SPÖ. – 21.31 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Eingebracht wurde ein Beschlusantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Monika Kaufmann, Trampusch und Günther Prutsch, betreffend Erosion und Humusantrag bei steirischen landwirtschaftlichen Böden.

Beschlusanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindesten vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterzeichnet werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen. Ich komme zur Abstimmung:

Erstens: Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zweitens: Wer dem Beschlusantrag von SPÖ-Abgeordneten zustimmt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 18 und 19 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen. Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

**18. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 290/5, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Ing. Kinsky, Majcen und Pußwald, betreffend die Novellierung des Behindertengesetzes,**

erteile ich der Frau Berichterstatterin, Landtagsabgeordneten Sieglinde Zach, das Wort.

**Abg. Zach** (12.32 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 26. Mai 1992 wurde obbezogener Antrag der Steiermärkischen Landesregierung zugewiesen. Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine Novelle des Behindertengesetzes vorzulegen.“ Als Begründung wurde dazu ausgeführt, daß die bisherigen Regelungen im Behindertengesetz, wonach das Pflegegeld erst ab dem sechsten Lebensjahr ausbezahlt werden kann, in der Praxis zu Härtefällen bei Kleinkindern, die pflegebedürftig sind, führen. Mit Inkrafttreten des Steiermärkischen Pflegegeldgesetzes vom 1. Juli 1993 ist dieser Antrag gegenstandslos geworden. Namens des Sozial-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Novellierung des Behindertengesetzes, wird zur Kenntnis genommen.

**Präsident Mag. Rader:** Nun erteile ich zum Tagesordnungspunkt

**19. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 325/5, zum Antrag der Abgeordneten Minder, Kaufmann, Dr. Bachmaier-Geltewa und Dr. Wabl, betreffend die Novellierung der Bestimmungen des Paragraphen 27 des Behindertengesetzes, LGBl. Nr. 316/1964, in der derzeit geltenden Fassung, LGBl. Nr. 70/1984,**

der Frau Berichterstatterin, Landtagsabgeordneten Erna Minder, das Wort.

**Abg. Minder** (21.33 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Da die Vorlage 325/5 nahezu wortident ist wie 290/5, ersuche ich um Kenntnisnahme.

**Präsident Mag. Rader:** Wer dem Bericht der Frau Kollegin Zach zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, einstimmig angenommen.

Wer dem Bericht der Frau Kollegin Minder zustimmt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Ebenso einstimmig angenommen.

**20. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 296/7, zum Antrag der Abgeordneten Vollmann, Dr. Flecker, Schleich, Dörflinger und Kanape, betreffend die jährliche Vorlage eines Tourismusberichtes.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Karlheinz Vollmann. In der Zwischenzeit wird der Landtag, nehme ich an, wieder so gefüllt sein, daß wir wieder beschlußfähig sind.

Herr Abgeordneter Vollmann, ich bitte um den Bericht.

**Abg. Vollmann (21.35 Uhr):** Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Vorlage beschäftigt sich mit dem seinerzeitigen Antrag von mir und meinen Kollegen Dr. Flecker, Schleich, Dörflinger, Kanape, betreffend die Vorlage des jährlichen Tourismusberichtes. Unter Bezugnahme auf den obbezogenen Antrag erstattet die Steiermärkische Landesregierung in der Vorlage folgenden Bericht:

Es wird mitgeteilt, daß auf Grund des Paragraphen 6 Absatz 4 des Steiermärkischen Tourismusgesetzes 1992, in der derzeit geltenden Fassung, jährlich dem Landtag vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung ein schriftlicher Bericht, also ein Tourismusbericht, übermittelt werden muß. Dieser Bericht für das Kalenderjahr 1993 wurde in der Sitzung der Steiermärkischen Landesregierung vom 11. Juli 1994 gemäß Paragraph 11 Absatz 1 der Geschäftsordnung für die Steiermärkische Landesregierung aufgelegt und in der Regierungssitzung am 17. Oktober 1994 beschlossen sowie in weiterer Folge dem Steiermärkischen Landtag zugeleitet. Damit wird auch der Zielsetzung des gegenständlichen Antrages der vorgeannten Abgeordneten, betreffend die jährliche Vorlage eines Tourismusberichtes entsprochen.

Die Steiermärkische Landesregierung und der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz stellen daher den Antrag, dieser betreffende jährliche Tourismusbericht möge zur Kenntnis genommen werden.

**Präsident Mag. Rader:** Wenn Sie das tun wollen, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, einstimmig angenommen.

**21. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 667/5, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Klaußer, Vollmann, Dr. Flecker, Gennaro, Gross, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser und Tilzer, betreffend die Gründung einer gemeinsamen Tourismus Ges. m. b. H. des Landes Steiermark und der Stadt Graz durch Zusammenlegung der bestehenden Tourismusgesellschaften.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Karlheinz Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Vollmann (21.36 Uhr):** Zu dieser Vorlage darf ich berichten, daß seinerzeit der Gedanke war, die Tourismus Ges. m. b. H. des Landes Steiermark mit der Tourismusgesellschaft der Stadt Graz zusammenzulegen. Beide Gesellschaften haben sich in ihren Stellungnahmen dagegen ausgesprochen, weshalb ich diese Vorlage in der Fassung zur Kenntnis bringe, daß derzeit eine Zusammenlegung der beiden Gesellschaften nicht erfolgen wird.

Ich bitte um Kenntnisnahme dieses Berichtes.

**Präsident Mag. Rader:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**22. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 485/6, zum Antrag der Abgeordneten Bacher, Grillitsch, Pußwald und Schützenhöfer, betreffend die Übernahme der auf die Murauer Frauenalpe führenden Privatstraße durch das Land Steiermark.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Bacher (21.37 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der Vorlage wird ausgeführt, daß eine Übernahme als Landesstraße zur Frauenalpe derzeit nicht möglich ist. Ich ersuche um Annahme des Berichtes.

**Präsident Mag. Rader:** Wenn Sie das auch so sehen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, einstimmig angenommen.

**23. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1025/3, zum Antrag der Abgeordneten Korp, Schrittwieser, Vollmann und Trampusch, betreffend den raschen weiteren Ausbau der B 114 im Bereich der Gemeinde Hohentauern (zwischen Sunk und Brodjäger).**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrittwieser (21.38 Uhr):** Das Straßenstück wurde schon genannt. Es geht um die B 114. Der Vollausbau ist ins Bauprogramm nicht aufgenommen worden. Jetzt wurde versucht, über die Sanierung diese Straße in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen. Die Fertigstellung wird mit Ende 1996 beziehungsweise 1997 erfolgen.

Ich ersuche um Annahme.

**Präsident Mag. Rader:** Wenn Sie das tun wollen, dann bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist einstimmig angenommen.

**24. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1100/1, betreffend den Landesstraßentausch im Markt-gemeindegebiet Birkfeld, Auffassung von Landesstraßen.**

Berichtersteller ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer** (21.39 Uhr): Meine Damen und Herren!

Die Vorlage des Verkehrs-Ausschusses liegt Ihnen vor. Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Gemäß Paragraph 8 Absatz 1 Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 wird die Landesstraße L 104, Breitenauer Straße, von Kilometer 38,225 bis Kilometer 39,460, die Landesstraße L 405, Vorauer Straße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,520 und die L 462, Edelseestraße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,745 aufgelassen und der Marktgemeinde Birkfeld beziehungsweise der Bundesstraßenverwaltung übergeben: Gleichzeitig wird die St.-Georgen-Straße (Gemeindestraße) von der Kreuzung L 104 in Birkfeld bis zur Kreuzung mit der B 72 im Gemeindegebiet Koglhof in einer Länge von 2,508 Kilometer als Landesstraße übernommen und die L 114 um 0,400 Kilometer verlängert. Der Straßentausch tritt mit dem Tag der Beschlußfassung beziehungsweise mit der Festlegung der neuen Bundesstraßenführung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in Kraft. Ich ersuche um Zustimmung.

**Präsident Mag. Rader:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 32 und 33 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidial-konferenz vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen. Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

**32. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1139/1, betreffend das Stadion Graz-Liebenau,**

erteile ich dem Berichterstatter, Landtagsabgeordneten Dr. Gilbert Frizberg, das Wort.

**Abg. Dr. Frizberg** (21.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht des Finanz-Ausschusses, er betrifft das Stadion Liebenau, und bringe den Antrag, der Hohe Landtag wolle den in der Regierungsvorlage enthaltenen Antrag mit folgender Ergänzung beschließen: Punkt 4. Der Beitrag des Landes beträgt maximal 120 Millionen Schilling.

**Präsident Mag. Rader:** Danke schön.

Zum Tagesordnungspunkt

**33. Selbständiger Antrag des Finanz-Ausschusses, Einl.-Zahl 1 139/3, betreffend das Stadion Graz-Liebenau,**

erteile ich ebenfalls Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Gilbert Frizberg das Wort zur Berichterstattung.

**Abg. Dr. Frizberg** (21.41 Uhr): Dieser betrifft ebenfalls das Stadion Liebenau. Ich stelle den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert zu erreichen, daß steirische Vereine der beiden obersten Spielklassen das Liebenauer Stadion zum Selbstkostenpreis nutzen können.

**Präsident Mag. Rader:** Wenn Sie dem ersten Bericht des Kollegen Frizberg zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wenn Sie dem zweiten Bericht des Kollegen Frizberg zustimmen, das ist der selbständige Antrag, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme.

**25. Bericht des Gemeinde-Ausschusses, Einl.-Zahl 1086/2, Beilage Nr. 128, über den Antrag, Einl.-Zahl 1086/1, der Abgeordneten Dr. Ebner, Mag. Rader, Mag. Bleckmann und Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend die Novellierung des Gesetzes vom 27. Jänner 1965 über die Haustorsperre und die Hausbeleuchtung im Gebiete der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 65/1965.**

Berichtersteller ist der Herr Landtagsabgeordnete Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura** (21.42 Uhr): Um klarzustellen, daß automatische Türschließenanlagen, ohne daß diese zusätzlich versperrt werden, dem Sperrgebot des Paragraphen 1 Absatz 1 entsprechen, stellen die unterfertigen Abgeordneten den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Erstens: Gesetz vom ..., mit dem das Gesetz vom 27. Jänner 1965 über die Haustorsperre und die Hausbeleuchtung im Gebiete der Landeshauptstadt Graz geändert wird. Zweitens: Dieses Gesetz tritt mit dem der Kundmachung folgen den Tag in Kraft. Drittens: In formeller Hinsicht wird gemäß Paragraph 11 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages beantragt, diesen Antrag dem Gemeinde-Ausschuß zuzuweisen. Ich stelle den Antrag, abzustimmen.

**Präsident Mag. Rader:** Nachdem sich alle jetzt endgültig auskennen, bitte ich jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke herzlich, einstimmig angenommen.

**26. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1070/1, der Abgeordneten Mag. Rader, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dr. Ebner und Peinhaupt, betreffend die Durchführung einer Volksbefragung gemäß Paragraphen 82 ff. Steiermärkisches Volksrechtgesetz über die Pflichtmitgliedschaft in der steirischen Landwirtschafts- und Landarbeiterkammer.**

Ich bin selbst Berichterstatter. Ich bitte Sie um Erlaubnis, daß ich die drei Sätze gleich vom Präsidium aus verlese.

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß ist nach Beratungen diesem Antrag nicht nahegetreten und stellt daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag der genannten Abgeordneten bezüglich einer Volksbefragung nach den Paragraphen 82 ff. Steiermärkisches Volksrechtgesetz über die Pflichtmitgliedschaft in der steirischen Landwirtschafts- und Landarbeiterkammer wird zur Kenntnis genommen.

Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

**27. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1097/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Lopatka, Dr. Cortolezis, Grillitsch, Dr. Karisch und Purr, betreffend die Erweiterung der Verfassungsautonomie der österreichischen Bundesländer.**

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Karisch** (21.44 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Österreichische Bundesverfassung enthält erheblich mehr Vorgaben für das Staatsrecht der Gliedstaaten als die Verfassungen vergleichbarer Bundesstaaten, wie zum Beispiel von Deutschland oder der Schweiz. Dadurch ist der Rahmen für autonome Entscheidungen der Länder über ihr Staatsrecht vergleichsweise eng gezogen. Die Bundesstaatlichkeit Österreichs würde gerade durch eine Rücknahme der Zahl dieser Vorgaben eine beträchtliche Stärkung erfahren.

Namens des Verfassungs-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Verlangen heranzutreten, Schritte für eine Rücknahme der Vorgaben des Bundes-Verfassungsgesetzes für das Staatsrecht der Bundesländer in die Wege zu leiten. Ziel sollte es sein, die für die Gestaltung der Landesverfassungen maßgeblichen Regelungen des Bundes-Verfassungsgesetzes auf ein Maß zurückzuführen, das jenem in den Verfassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz entspricht.

**Präsident Mag. Rader:** Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

**28. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1107/1, der Abgeordneten Trampusch, Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Kaufmann, Dr. Klauser, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Ussar und Vollmann, betreffend die Veröffentlichung von Erläuternden Bemerkungen zu Landesgesetzen in den Stenographischen Berichten.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Trampusch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Trampusch** (21.45 Uhr): Hohes Haus!

Es liegt ein mündlicher Bericht Nr. 79 vor. Demnach darf ich namens des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses folgenden Antrag stellen:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Paragraph 42 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hat wie folgt zu lauten:

„(4) Erläuternde Bemerkungen zu einem Landesgesetz sind jedenfalls als Beilage zu den Stenographischen Berichten abzudrucken.“

Ich bitte um Annahme.

**Präsident Mag. Rader:** Danke herzlich. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 20 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 und Paragraph 48 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages Beschlüsse über die Geschäftsordnung des Landtages nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen gefaßt werden können. Das Anwesenheitsquorum ist erfüllt. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**29. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1080/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Trampusch, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Kaufmann, Dr. Klauser, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Ussar und Vollmann, betreffend die Abhaltung einer Landtagsenquete zum Thema Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit bei Jugendlichen.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Siegfried Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ussar** (21.47 Uhr): Der Mündliche Bericht Nr. 80 liegt vor. Der Antrag lautet:

Der Hohe Landtag wolle den in der Einl.-Zahl 1080/1 enthaltenen Antrag wie folgt beschließen: Der Steiermärkische Landtag hält gemeinsam mit den sachlich tangierten Mitgliedern der Landesregierung eine Enquete zum Thema „Extremismus und Aus-

länderInnenfeindlichkeit von Jugendlichen" ab. Bei der Enquete soll sowohl der Ist-Zustand des Extremismus von Jugendlichen aufgezeigt werden sowie andererseits ein Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung und Verhinderung von Extremismus von Jugendlichen erarbeitet werden. Ich bitte um Annahme.

**Präsident Mag. Rader:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Trampusch.

**Abg. Trampusch (21.48 Uhr):** Hoher Landtag!

Namens der Abgeordneten Dr. Flecker, Trampusch, Dr. Lopatka, Beutl und Peinhaupt darf ich folgenden Beschlusantrag dazu einbringen:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Erstens: Die Landtagsenquete zum Thema „Extremismus und AusländerInnenfeindlichkeit bei Jugendlichen“ hat ehestmöglich stattzufinden. Zweitens: Für die Vorbereitung dieser Landtagsenquete wird ein qualifiziertes Team von fünf Abgeordneten eingesetzt: zwei ÖVP-, zwei SPÖ- und ein FPÖ-Vertreter. Ich bitte um Annahme.

**Präsident Mag. Rader:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Eingebracht wurde ein Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, ÖVP und FPÖ, betreffend die möglichst rasche Abhaltung der Landtagsenquete „Extremismus und AusländerInnenfeindlichkeit bei Jugendlichen“ sowie die Etablierung eines Vorbereitungsteams. Beschlusanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen. Ich werde in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters und zweitens über den Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, ÖVP und FPÖ, betreffend die möglichst rasche Abhaltung der Landtagsenquete „Extremismus und AusländerInnenfeindlichkeit bei Jugendlichen“ sowie die Etablierung eines Vorbereitungsteams.

Ich komme nun zur Abstimmung: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, ÖVP und FPÖ, betreffend die möglichst rasche Abhaltung der Landtagsenquete „Extremismus und AusländerInnenfeindlichkeit bei Jugendlichen“ sowie die Etablierung eines Vorbereitungsteams, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**30. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1079/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Vollmann, Dipl.-Ing. Grabner, Dr. Bachmaier-Geltewa, Kaufmann, Ussar, Dr. Flecker, Dörflinger, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Gross, Heibl, Herrmann, Dr. Klausner, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schuster und Trampusch, betreffend die Realisierung der Verkehrsverbände in der Obersteiermark sowie im Bezirk Hartberg.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrittwieser (21.50 Uhr):** Dieser Antrag behandelt die Einführung der Verkehrsverbände in der Obersteiermark und im Bezirk Hartberg. Die Vorlage berichtet, daß wir verspätet den Verkehrsverbund eingeführt haben, und die Vorlage berichtet auch, daß die betroffenen Gemeinden, bezogen auf die Finanzierung, gleich behandelt werden sollten wie die des Grazer Umlandes. Ich ersuche, diesen Antrag und diese Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident Mag. Rader:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

**31. Selbständiger Antrag des Petitions-Ausschusses, Einl.-Zahl 955/5, betreffend das Steiermärkische Tierschutz- und Tierhaltegesetz und die Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. Juni 1993 über gefährliche Hunde.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Ing. Sepp Kaufmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Kaufmann (21.51 Uhr):** Herr Präsident!

Der Antrag 955/5 ist ein selbständiger Antrag des Petitions-Ausschusses gemäß Paragraph 12 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, und der Petitions-Ausschuß stellt folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Steiermärkische Tierschutz- und Tierhaltegesetz und die Verordnung über gefährliche Hunderassen zu überdenken und dem Landtag darüber ehebaldigst Bericht zu erstatten. Ich bitte um Annahme.

**Präsident Mag. Rader:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist die einstimmige Annahme.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen eine schöne Heimfahrt und eine gute Nacht. (Ende der Sitzung: 21.52 Uhr.)